

Stenographisches Protokoll

39. Sitzung des Kärntner Landtages - 28. Gesetzgebungsperiode
Donnerstag, 4. April 2002

Inhalt

Fragestunde (S. 4881)

Aktuelle Stunde

Thema: Kontrolle der Landesvollziehung durch den Kärntner Landtag

Antragsteller: ÖVP-Klub

Redner: Dr. Wutte (S. 4894), Dr. Strutz (S. 4896), Mag. Dr. Kaiser (S. 4897), Sablatnig (S. 4898), Jost (S. 4899), Arbeiter (S. 4900), Ramsbacher (S. 4902), Dipl.-Ing. Gallo (S. 4903), Unterrieder (S. 4904), Mag. Grilc (S. 4905), Schwager (S. 4906), Mag. Cernic (S. 4907), 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag (S. 4908)

Zur Geschäftsordnung: Dr. Wutte (S. 4909), Unterrieder (S. 4910), Dr. Strutz (S. 4910)

Einberufung einer Obmännerkonferenz (S. 4910)

Zur Geschäftsordnung: Unterrieder (S. 4911)

Ldtgs.Zl. 572-7/28:

Antrag zur Geschäftsbehandlung von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Überprüfung des finanziellen Aufwandes der von Landeshauptmann Dr. Jörg Haider seit seinem Amtsantritt durchgeführten Flugreisen in europäische und außereuropäische Länder

Mehrheitliche Annahme (FPÖ: nein; SPÖ: ja; ÖVP: ja) (S. 4911)

Zur Geschäftsordnung: Unterrieder (S. 4911)

Abstimmung über die Anzahl der Mitglieder des Untersuchungsausschusses (FPÖ: nein; SPÖ: ja; ÖVP: ja) (S. 4911)

Wahl der Mitglieder des Untersuchungsausschusses (S. 4911)

Bekanntgabe des Wahlergebnisses (S. 4912)

Zur Geschäftsordnung: Unterrieder (S. 4912)

Ldtgs.Zl. 260-22/28:

Prüfungsverlangen des Landtages vom 4.4.2002 auf Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend die Überprüfung der vom Land Kärnten über die Abteilung 13 des Amtes der Kärntner Landesregierung abgewickelte Familienförderung (Referent LR Gerhard Dörfler) durch den Landesrechnungshof

Einstimmige Annahme (S. 4912)

Tagesordnung

1. Ldtgs.Zl. 147-16/28:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales und Gesundheit betreffend Nachmittags- und Ferienbetreuung für Schulkinder in ländlichen Bezirken

Berichterstatter: Steinkellner (S. 4913)

2. Ldtgs.Zl. 147-17/28:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales und Gesundheit betreffend Ausdehnung der Angebote für Kinder- und Jugendbetreuung am Nachmittag

Berichterstatter: Sablatnig (S. 4913)

Gemeinsame Generaldebatte zu TOP 1 und TOP 2

Redner: Warmuth (S. 4913), Wulz (S. 4914), Mag. Scheucher-Pichler (S. 4915)

Einstimmige Annahme des Abänderungsantrages zu TOP 1 (S. 4915)

Einstimmige Annahme TOP 2 (S. 4916)

3. Ldtgs.Zl. 572-4/28:

Anfragebeantwortung von LH Dr. Haider zur schriftlichen Anfrage von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend die Reise des Landeshauptmannes von Kärnten Dr. Jörg Haider zum Diktator Saddam Hussein

Verlesung durch den Schriftführer (S. 4916)

4. Ldtgs.Zl. 319-16/28:

Anfragebeantwortung von LR Mag. Dr. Schaunig-Kandut zur schriftlichen Anfrage von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend den Vergleich der Rettungsflugeinsätze

Verlesung durch den Schriftführer (S. 4916)

Mitteilung des Einlaufes

A. Dringlichkeitsanträge:

1. Ldtgs.Zl. 580-5/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend soziale Sicherheit in Kärnten - Sozialstaat Österreich

Zur Begründung der Dringlichkeit: Unterrieder (S. 4917)

Zur Dringlichkeit: Mag. Cernic (S. 4919), Wulz (S. 4919), Dr. Strutz (S. 4921), Mag. Scheucher-Pichler (S. 4922), Mag. Dr. Kaiser (S. 4923), Jost (S. 4924), Schlagholz (S. 4925), Steinkellner (S. 4927), Sablatnig (S. 4928), Arbeiter (S. 4929)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 4930)

Mehrheitliche Ablehnung des Inhaltes (FPÖ: nein; SPÖ: ja; ÖVP: nein) (S. 4930)

2. Ldtgs.Zl. 580-1/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend nachhaltige Sicherung des Sozialstaates in Österreich

Zur Begründung der Dringlichkeit: War-

muth (S. 4930)

Mehrheitliche Zuerkennung der Dringlichkeit (FPÖ: ja; SPÖ: nein; ÖVP: ja) (S. 4931)

Mehrheitliche Annahme (FPÖ: ja; SPÖ: nein; ÖVP: ja) (S. 4931)

3. Ldtgs.Zl. 580-3/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend soziale Sicherheit

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dr. Wutte (S. 4931)

Zur Dringlichkeit: Dipl.-Ing. Gallo (S. 4933), Koncilia (S. 4933), Kollmann (S. 4934)

Mehrheitliche Zuerkennung der Dringlichkeit (FPÖ: ja; SPÖ: nein; ÖVP: ja) (S. 4935)

Mehrheitliche Annahme (FPÖ: ja; SPÖ: nein; ÖVP: ja) (S. 4935)

4. Ldtgs.Zl. 584-1/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Transitverkehr

Zur Begründung der Dringlichkeit: Schwager (S. 4936)

Zur Dringlichkeit: Ramsbacher (S. 4936), Koncilia (S. 4937)

Ablehnung der Dringlichkeit (FPÖ: ja; SPÖ: nein; ÖVP: nein) (S. 4938)

Zuweisung: Ausschuß für Bauwesen und Verkehr (S. 4938)

C. Anträge von Abgeordneten (S. 4938)

D. Schriftliche Anfragen (S. 4939)

Beginn: Donnerstag, 04.04.2002, 09.02 Uhr

Ende: Donnerstag, 04.04.2002, 13.55 Uhr

Beginn der Sitzung: 09.02 Uhr

V o r s i t z : Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag**, Zweiter Präsident **Ferlitsch**, Dritter Präsident **Mitterer**

A n w e s e n d : 35 Abgeordnete

E n t s c h u l d i g t : **Schober**

M i t g l i e d e r d e s B u n d e s r a t e s :

Würschl, Mag. Trunk, Ing. Gruber

E n t s c h u l d i g t : **Ing. Klamt, Dr. Kanovsky-Wintermann**

A m R e g i e r u n g s t i s c h : Landeshauptmann **Dr. Haider**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy**, Landesrat **Dörfler**,

Landesrat **Schiller**, Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**;

Landesamtsdirektor **Dr. Sladko**

E n t s c h u l d i g t : Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger**, Landesrat **Wurmitzer**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 39. Sitzung des Kärntner Landtages und eröffne diese. Wie Sie aus der Ihnen übermittelten Einladung ersehen konnten, liegt heute eine sogenannte "verlangte" Landtagssitzung vor. Um durch einen Dringlichkeitsantrag die soziale Sicherheit in Kärnten erörtern zu können, haben Abgeordnete des SPÖ-Klubs in der erforderlichen Zahl die Abhaltung dieser Sitzung verlangt. Die Sitzung wurde auch fristgerecht einberufen. Ich darf die anwesenden Bundesräte hier begrüßen! Entschuldigt haben sich Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Karl Pfeifenberger und Landesrat Georg Wurmitzer sowie die Bundesräte

Ing. Georg Klamt und Dr. Renate Kanovsky-Wintermann. Ich begrüße die Mitarbeiter des Amtes der Landesregierung, die Medienvertreter wie auch die Zuhörer auf der Tribüne! Der Landtag ist beschlußfähig. Ich begrüße auch die Mitglieder der Landesregierung, die bisher eingetroffen sind.

Ich möchte vor Eingehen in die Fragestunde auch einer Tradition folgend zum Geburtstag gratulieren: Herrn Abgeordneten Ramsbacher, der vor einigen Tagen seinen Geburtstag gehabt hat, alles Gute und Gesundheit weiterhin! (*Beifall im Hause*) In Abwesenheit auch dem Herrn Landesrat Wurmitzer zu seinem übermorgigen Geburtstag gratulieren, sowie der Frau Abgeordneten Mag. Cernic gratulieren, die in wenigen Tagen ebenfalls Geburtstag hat, wie auch Herrn Abgeordneten Volautschnig, der in den nächsten Tagen ein Jahr älter werden wird. Ihnen allen darf ich herzlich zum Geburtstag gratulieren und hoffen, daß wir auch weiterhin in diesem Hause, dort wo wir gefordert sind, auch unsere Aufgaben erfüllen können.

Ich komme nun zur Fragestunde der 39. Sitzung des Kärntner Landtages.

Fragestunde

Die 1. Anfrage Ldtgs.Zl. 297/M/28, die Anfrage des Abgeordneten Ing. Eberhard an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Pfeifenberger kann nicht aufgerufen werden, da der Landeshauptmann-Stellvertreter nicht hier ist. Ich werde diese Anfrage bei der nächsten Sitzung wieder auf die Tagesordnung nehmen. Wir kommen zur 2. Anfrage, Ldtgs.Zl. 301/M/28, Anfrage der Abgeordneten Warmuth an Landeshauptmann Dr. Haider. Ich stelle fest, daß der Landeshauptmann noch nicht eingetroffen ist und ich werde diese Anfrage ebenfalls auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung stellen. Ich komme somit zur 3. Anfrage:

3. Ldtgs.Zl. 302/M/28:

Anfrage des Abgeordneten Jost an Landesrätin Mag. Dr. Schaunig Kandut

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Jost** (FPÖ):

Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landesrätin, meine Frage lautet, ob Sie etwas gegen diese signifikante Reduzierung bei den Pflegeeltern, die also Kinder, die fremduntergebracht sind aufnehmen, unternehmen wollen?

Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Statistik weist aus, daß wir seit dem Jahr 1998 einen Rückgang im Bereich der Pflegeeltern von in etwa 20 Personen haben - von 98: 345 bis 2001: 324. Für jemanden, der mit dieser Materie vielleicht nicht näher

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

befäßt ist, mag dieser Rückgang nicht ganz begreiflich erscheinen. Der Rückgang ist durch zwei Punkte signifikant beeinflusst. Zum einen durch eine statistische Umstellung. Es wurden im Jahre 98 auch noch Fremdunterbringungen bei Familienangehörigen miterfaßt. Das heißt, wenn Großeltern oder sonstige Familienangehörige Kinder aufgenommen haben, ist das statistisch als Fremdunterbringung aufgeschienen. Diese Unterbringungen wurden dann in den statistischen Erfassungen weitgehend aufgenommen und wir haben nur mehr echte Fremdunterbringungen, das heißt Fälle in denen Kinder bei familienfremden Personen betreut werden, in der Statistik erfaßt. Das ist ein Punkt, der für diesen Rückgang spricht.

Der zweite Punkt ist der, daß vor allem in den Jahren 99 und 2000 viele andere Formen der Betreuung von Minderjährigen forciert worden sind, so insbesondere der Bereich der Betreuung der Familien durch ambulante Familienbetreuungen und Familienintensivbetreuungen. Dadurch konnten in vielen Fällen Fremdunterbringungen zum einen überhaupt vermieden werden und zum anderen längere Zeit hinausgeschoben werden. Und wenn man weiß, daß Pflegeeltern vor allem sehr junge Kinder in Betreuung nehmen, dann ergibt sich durch das Hinauschieben der Fremdunterbringung auch die Tatsache, daß dann keine Unterbringung mehr bei Pflegeeltern erfolgt sondern in anderen Einrichtungen der Jugendwohlfahrt. Das heißt es gibt zwar einen Rückgang, der ist aber durch unterschiedliche Bereiche begründet.

Parallel dazu arbeiten wir seit einem Jahr an einem sehr umfangreichen Konzept für den Bereich der Pflegeeltern, das zum einen die Auswahl und die Schulung der Pflegeeltern vor der Übernahme eines Pflegekindes betrifft, zum anderen die psychologische Begleitung der Pflegeeltern während der Dauer des Pflegeverhältnisses und zum dritten ein sehr umfassendes Paket zur sozial- und arbeitsrechtlichen Absicherung. Und ich bin sehr stolz darauf, daß wir mit einem sehr profunden Träger der Jugendwohlfahrt, dem SOS Kinderdorf Kärnten einen Vertrag abschließen konnten, wo Pflegeeltern angestellt werden, entsprechend geschult und betreut werden und in weiterer Folge dort als angestellte Pflegeeltern in Kärnten mit einer entsprechenden Netzwerkabsicherung sowohl im

Bereich der Betreuung, ihrer Pfllegetätigkeit als auch in sozial- und arbeitsrechtlicher Absicherung dann entsprechend werden arbeiten können. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall! Seitens der ÖVP hat sich Frau Abgeordnete Mag. Scheucher-Pichler für eine Zusatzfrage gemeldet. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Scheucher-Pichler** (ÖVP):

Schönen guten Morgen! Frau Landesrätin, eine konkrete Zusatzfrage: Sind Sie für den Ausbau bzw. für die Ausweitung des Bereiches der Arbeit von Pflegeeltern und Pflegefamilien in Kärnten?

Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Daß ich diesen Bereich massiv unterstütze, zeigt sich schon darin, daß wir eben neue Konzepte erarbeiten. Ich glaube auch, daß es eine sehr sinnvolle Betreuungsform vor allem für jüngere Kinder ist, die aus dem Familienbereich herausgenommen werden müssen. Wobei man generell im Bereich der Jugendwohlfahrt beachten sollte, daß immer das gelindeste Mittel zur Anwendung kommt. Das heißt in der ersten Phase eine Betreuungs- und Unterstützungsform in der Familie und erst wo dort nicht entsprechende Erfolge erzielt werden können eine Herausnahme und eine Maßnahme sozusagen der vollen Erziehung im Bereich der Jugendwohlfahrt. Ich teile aber die Auffassung, daß Pflegeeltern ein sehr, sehr wichtiger Bestandteil in diesem Bereich sind und deshalb auch die Initiative hier Vorsorge zu treffen für eine entsprechende laufende Unterstützung und auch eine Absicherung dieses wichtigen Bereiches, der ja vor allem auch Frauen betrifft. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens des Fragestellers noch eine Zusatzfrage gewünscht? - Dann bitte ich, sie zu stellen!

Abgeordneter **Jost** (FPÖ):

Es gibt laut Statistik nicht nur einen Rückgang bei den Pflegeeltern sondern laut statistischen Jahrbuch auch einen Rückgang bei den Schulungen für Pflegeeltern. Auch hiebei die Frage: Wird da versucht die Schulungen in stärkerem Ausmaß als bisher durchzuführen?

Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Herr Abgeordneter, hätten Sie meinen Ausführungen bisher aufmerksam zugehört, so hätten Sie dem entnommen, daß es da ein ganz tolles neues Konzept gibt. Der Vertrag mit dem SOS Kinderdorf ist soweit fertig und unterschriftsreif. Das werden wir nächste Woche machen. Und zu dem bereits vorhandenen, sehr gutem Schulungsprogramm, das in vielen Punkten auch bereits vom SOS Kinderdorf und meiner Fachabteilung gemacht wird, kommt noch ein weiteres Angebot dazu, das aus meiner Sicht einen Meilenstein für die Pflegeeltern in Kärnten bedeuten wird. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 3. Anfrage erledigt. Die 4. Anfrage Ldtgs.Zl. 303/M/28, des Abgeordneten Schlagholz an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Pfeifenberger kann nicht aufgerufen werden. Ich werde diese Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zur mündlichen Beantwortung setzen. Wir kommen zur 5. Anfrage.

5. Ldtgs.Zl. 304/M/28:

Anfrage des Abgeordneten Dr. Strutz an Landeshauptmann Dr. Haider

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Warum wurde nicht die erstgereichte Frau aus dem Objektivierungsverfahren von der Landesregierung zur Leiterin der Kulturabteilung bestellt?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Klubobmann! Meine Damen und Herren! Die Entscheidung der Landesregierung ist mehrheitlich auf einen anderen Kandidaten gefallen. Nachdem die aus dem Objektivierungsverfahren hervorgegangene erstgereichte Persönlichkeit nicht die Mehrheit gefunden hat, hat die Landesregierung einen Abänderungsbeschluß gefaßt, der auf eine andere Person lautet, die einmal Zweitgereichter und einmal Drittgereichter gewesen ist. Also, daß jetzt die Möglichkeiten nach Ausstellung des Bescheides bestehen, den Unabhängigen Verwaltungssenat um Rechtshilfe anzurufen. Sie sehen also, daß sich hier die von uns durchgeführte oder eingeführte Rechtsschutzmaßnahme im Rahmen des Objektivierungsverfahrens durchaus auszahlt, weil damit die Möglichkeit gegeben ist für Kandidaten, die sich ungerecht behandelt fühlen, eine gerichtliche Überprüfung anzuordnen oder zu begehren. Und zum zweiten wird sicherlich auch diese Frage einer Überprüfung nach dem Gleichbehandlungsgesetz nach sich ziehen, weil immerhin eine eindeutige Reihung einer Frau an erster Stelle in der Landesregierung nicht akzeptiert worden ist, was dem Prinzip des Gendermainstreamings der Europäischen Union widerspricht, was aber auch dem Prinzip des Gleichbehandlungsgesetzes des Landes Kärnten widerspricht, das eindeutig vorsieht, daß eben Personen, die entsprechend gereiht sind, auch zum Zuge kommen müssen. Im Zweifelsfalle würde sogar einer Frau, wenn es einen Punktegleichstand gäbe, der Vorzug einzuräumen sein. In dem Fall gibt es keinen Punktegleichstand sondern die Frau war in allen Bereichen besser als die übrigen Mitbewerber. Und daher ist also von der Sache her diese Frage im Rechtswege jetzt auszutragen. Und wie dann der UVS und die Gleichbehandlungsinstitutionen entscheiden, so wird dann auch die Bestellung vorgenommen werden. Ich vertraue hier voll auf die rechtliche Überprüfung.

Dr. Haider

Ich habe den Bescheid gestern unterschrieben, so daß die betroffenen Kandidaten jetzt selbst den Rechtsschutz wählen können. Ich habe es nur bedauert, daß die einzige Frau in der Landesregierung, die Sozialreferentin und Frauenreferentin auch mit ihrer Stimme gegen eine Frau gestimmt hat. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Pfui!*) Das habe ich also sehr bedauert und möchte auch hier vor dem Landtag keinen Hehl daraus machen, daß ich erwartet hätte, daß wenigstens die Frau für die Frau, noch dazu wo die Frau Erstgereichte und Bestgereichte und auch punktemäßig vorne liegt, und damit eine eindeutige Entscheidung möglich gemacht hätte. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? - Frau Mag. Cernic, ich bitte, diese zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Wie erklärten Sie den eklatanten Unterschied zwischen den Stellenausschreibungen für den Posten des Kulturamtsleiters bzw. der Kulturamtsleiterin vom September 2000 und Juli 2001, wobei man in der zweiten Ausschreibung auf die unbedingte Forderung nach mehrjähriger Praxis in Mitarbeiterführung mit disziplinärer Verantwortung sowie nach Kenntnis der Kärntner Kulturszene in allen Ausprägungen und nach Kenntnis des Kärntner Kulturlebens, einschließlich der Festspielkultur, verzichtet hat - dagegen die Hauptqualifikation der von Ihnen favorisierten Bewerberin, Ausbildung in Organisationsentwicklung und Marketing, plötzlich als besonders wesentlich erachtet hat? (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Hätten Sie sich auch bewerben können?*)

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es gab keine Präferenz für irgendwelche Kandidaten, wie Sie wissen, sondern es gibt eine korrekte Ausschreibung, die auf der Grundlage der im Rahmen der

wirkungsorientierten Landesverwaltung beschlossenen Schwerpunktsetzungen der einzelnen Referate beruht, das heißt wir haben auch in der Landesregierung beschlossen, daß die Abteilungen (einschließlich der Kulturabteilung) stärker unter dem Gesichtspunkt mit Führungskräften auszustatten sind, die auch quasi Managementfähigkeiten haben, um im konkreten Fall im Kulturbereich - ihr habt das sogar mitbeschlossen - entsprechende Managementfunktionen einzubringen. Dies deshalb, weil wir ja nicht eine Kulturverwaltung im klassischen Sinne haben wollen, sondern eine projektbezogene Umsetzung wie etwa Landesausstellungen und ähnliche Dinge, die weniger mit der Verwaltung im klassischen Sinn zu tun haben, denn bei der Verwaltung reduziert sich das Ganze auf das Abwickeln des Förderungswesens. Die Förderungsabwicklung wird also auch zunehmend neutralisiert. Wenn ich daran erinnern darf, daß wir etwa bei der Frage der Ankaufspolitik von Gemälden heute einen Weg beschritten haben, daß hier eine internationale Kommission aufgrund von eingereichten Vorschlägen entsprechende Entscheidungen trifft und es nicht mehr im Bereich der Kulturverwaltung oder des Kulturreferenten liegt, welche Bilder angekauft werden, so reduziert sich sozusagen die Förderungsverwaltung und die klassische Administration. Es ist notwendig, ein stärkeres Kulturmanagement vorzusehen. Und das war auch der Grund, warum in der Ausschreibung das entsprechend verankert worden ist. Es hätte aber auch die Möglichkeit bestanden, für jeden der Bewerber von vornherein die Ausschreibung in Frage zu stellen. Das heißt, wenn man sich einläßt auf einen Bewerb, dann gelten für alle die gleichen Spielregeln. Es haben sich die Kandidaten alle mit der Ausschreibung einverstanden erklärt, mit den Spielregeln einverstanden erklärt, und damit ist das Verfahren in der Form durchzuführen gewesen.

Es ist ja so, daß alle Gutachter in diesem Verfahren eindeutig die Frau an erste Stelle gereiht haben. Es ist ja nicht so, daß das eine kritische Entscheidung gewesen ist oder daß es eine Knappheit gegeben hat, sondern es gibt eine eindeutige Entscheidung! Das ist das Verwunderliche, daß bei einer eindeutigen Entscheidung dann mit einer Mehrheit in der Landesregierung ein Abänderungsantrag gemacht wird, der noch dazu jetzt die kuriose Situation hat, daß der Ab-

Dr. Haider

änderungsantrag auf eine andere Person lautet, als die, die beim Objektivierungsverfahren als Bestgereichte hervorgegangen ist - daß aber die Begründung nicht geändert wurde, so daß die Begründung auf die Bestgereichte lautet, aber der Name ein anderer ist als die Bestgereichte.

Der UVS wird sich also mit großer Freude auf diese Frage stürzen, daß die Landesregierung einen Bescheid ausstellt, wo mit einem Mehrheitsbeschluß jemand weiter hinten Gereichter als zu bestellender Kulturamtsleiter beschlossen wird, aber gleichzeitig in der Begründung gesagt wird: "Besser ist ohnedies die Erstgereichte." Das ist eine ganz interessante Formulierung! Offenbar hat man in der Eile oder in der Hitze des Gefechts vergessen, auch die Begründung nachzuschieben, warum eigentlich jetzt eine Umreihung - entgegen dem Objektivierungsgesetz! - vorgenommen werden soll.

Ich sage noch einmal dazu, mein Prinzip wird auch in Zukunft sein: Der- oder diejenige, die aus dem Objektivierungsverfahren als Bestgereichte hervorgeht, wird von mir vorgeschlagen. Das ist bisher so gemacht worden. Es gibt keine einzige Abänderung in der Richtung. Ich bedauere zutiefst, daß man gerade in der Frage, wo es um eine Frau geht, eine Abänderung gemacht hat, um einem Mann den Vorzug zu geben! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage gestellt? - Frau Abgeordnete Mag. Scheucher-Pichler, bitte!

Abgeordnete **Mag. Scheucher-Pichler** (ÖVP):

Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Was werden Sie konkret unternehmen, um das negative Image, das aufgrund dieser monatelangen Diskussionen entstanden ist, rund um die Kulturabteilung, was werden Sie also konkret unternehmen, um dieses negative Image, das rund um die Kulturabteilung entstanden ist und das letztlich auch der Kulturszene Kärntens massiv schadet, zu korrigieren?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Frau Abgeordnete, ich glaube nicht, daß ein negatives Image der Kulturszene entstanden ist, aber Sie könnten sehr hilfreich dabei sein, indem Sie Ihren Parteiobmann in der Landesregierung einladen, diese Entscheidung zu korrigieren und so, wie das Objektivierungsverfahren es ergeben hat, der Bestgereichten auch die Chance für die Leitung der Kulturabteilung zu geben. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hat der Fragesteller noch eine Anfrage? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die 5. Anfrage erledigt. - Wir kommen zur 6. Anfrage. (*LH Dr. Haider: Du, wenn man ... Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Herr Landeshauptmann! (*LH Dr. Haider: ... dann würde keiner zum Zug kommen. Also, da mußt du fair sein!*) Herr Landeshauptmann, Sie haben jetzt gerade Gelegenheit gehabt, zu antworten.

6. Ldtgs.Zl. 305/M/28:**Anfrage des Abgeordneten Ing. Rohr an Landesrätin Mag. Dr. Schaunig-Kandut**

Ich bitte, die Frage zu stellen!

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Frau Landesrätin Mag. Dr. Schaunig, ich frage Sie: Wie beurteilen Sie die soziale Sicherheit in Kärnten? (*Lärm im Hause*)

Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Hoher Landtag! Herr Abgeordneter! Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der derzeitige sozialpolitische Kurs in Kärnten und in Österreich und die darin zum Ausdruck kommende sozialpolitische Grundhaltung der neoliberal-konservativen FPÖ/ÖVP-Koalition sind

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

besorgniserregend. Neben einer Vielzahl von Positionen im Sozialbereich, die absolut unzureichend dotiert sind, ist es beängstigend, daß sich im Rahmen dieser Koalition auch massive Anklänge an längst überwunden geglaubte autoritäre Elemente der sozialpolitischen Tradition finden.

Die Politik der Reichen in dieser Koalition zielt darauf ab, selektive sozialpolitische Maßnahmen zugleich mit repressiven Maßnahmen gegen die Interessen der Arbeitnehmerinnen zu verbinden. Tituliert wird das meist mit schönen und behührenden Begriffen wie "sozialer Treffsicherheit", "das Unternehmen Kärnten", "Unternehmen Universität" und "Unternehmung Bildung", wie sie auch alle heißen mögen, und ähnlichen Begriffsumschreibungen, die diesen sozialpolitischen Kurs verschleiern sollten.

Hält man sich aber vor Augen, was die Aufgabe des Staates und des Landes in der sozialpolitischen Diskussion sind, so sind die Themenbereiche ganz andere. Der Staat hat gesamtwirtschaftliche Leistungsfunktionen und hat die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dafür zu definieren. Er hat für Wohlfahrt, für gerechte Verteilung, für Schaffung von Infrastruktur, für Versicherung gegen Risiken wie Arbeitslosigkeit, Behinderung, schlechte soziale Ausgangsbedingungen und ähnliches vorzusorgen.

Die Koalition auf der Bundes- und Landesebene konzentriert sich aber auf den Umbau von Staat und Gesellschaft in Richtung eines nationalen Wettbewerbsstaates. Als Vehikel dafür und als verschleiernde Begründung wird das Nulldefizit herangezogen. Als Deckmäntelchen für den Sozialabbau ist das Nulldefizit das wichtigste Projekt dieser Sozialabbau-Koalition geworden: „Statt sozialer Rechte soll das Prinzip des Marktes walten. Wer nicht bestehen kann, der soll unter die Räder kommen.“ Das Projektziel ist klar definiert. Die Errichtung eines Nationalliberalismus mit autoritären Einfärbungen, der in Anlehnung an eine gute alte Zeit die Wiedereinrichtung des in Auflösung befindlichen regiden Patriarchatmodells und Nationalismus mit scheinbar vorwärts gerichteter Konkurrenzideologie einführen sollte.

Zur wirksamen Erreichung von verteilungspolitischen Zielsetzungen gibt es unterschiedliche Instrumente. Das wichtigste Instrument dabei ist

ein Angebot an öffentlicher Infrastruktur. Das ist das wichtigste Element wirksamer Sozialpolitik: ein gutes, öffentliches Schulsystem, das allen sozialen Schichten Zugang zu Bildung ermöglicht; ein öffentliches Gesundheitssystem, das dafür sorgt, daß Kranke nicht ausgegrenzt werden; öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen, die es Frauen ermöglichen, Einkommen zu erzielen und soziale Chancengleichheit zu haben sowie öffentlicher Wohnbau, der die unabdingbare Voraussetzung zur Sicherung eines Grundrechts auf Wohnen ist, öffentliche Zuschüsse oder Einrichtungen, die es Pflegebedürftigen und Menschen mit besonderem Betreuungsbedarf ermöglichen, ihr Leben selbstbestimmt zu führen.

Was passiert aber derzeit? - All diese wichtigen Voraussetzungen werden ganz einfach negiert. Ausnahmslos werden alle angeführten Bereiche, die zu einer umfassenden sozialen Gesellschaftspolitik beitragen, demontiert. Das öffentliche Schulsystem wird durch drastische Einsparungen qualitativ verschlechtert. Das Gesundheitswesen wird einer unsicheren Zukunft ausgesetzt. Die Pflichtaufwendungen für Kindergärten sollen gekürzt werden; wozu noch erschwerend kommt, daß auch der Bund sich aus der Finanzierung im Kinderbetreuungsbereich zurückzieht. Der öffentliche Wohnbau - insbesondere hier in Kärnten - ist massiv gefährdet. Durch den Verkauf der Darlehen im Wohnbauförderungsbereich und die Aufgabe der Gemeinnützigkeit von einzelnen Bauvereinigungen, die zur privaten Gewinnmaximierung freigegeben worden ist, ist die Absicherung vieler Menschen im Wohnbereich gefährdet. Wer heute die Zeitungen aufgeschlagen hat, wird auch dem aktuellen Bericht entnommen haben, daß die Wohnkosten in Kärnten massiv steigen - entgegen aller wunderhübschen Plakate, die vor der Landtags- und Nationalratswahl in Kärnten groß plakatiert worden sind. Die Absicherung pflegebedürftiger Menschen ist gefährdet, da für Investitionen keine entsprechende Vorsorge getroffen worden ist.

Sozialpolitik ist die Korrektur ungleicher Verteilung von Möglichkeiten. Ein wesentliches Element dazu ist das Erkennen dieser Verteilungsnotwendigkeit und die Berücksichtigung. Das wichtigste Element dabei ist ein ausgewogenes Freiheitsempfinden und Respekt vor Menschen,

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

die besondere Bedürfnisse haben!

Was heißt das, was heutzutage passiert, für die Betroffenen? - Das neue Gesellschaftskonzept fordert die Umwandlung von Arbeitnehmerinnen in neue Selbständige oder, besser gesagt, neue Unselbständige und Abhängige, bei gleichzeitigem Abbau von sozialrechtlichen Schutzmechanismen. Große Unternehmen machen dankbar davon Gebrauch und überlassen, bei Überwälzung des Unternehmerrisikos, ihre Arbeit neuen Selbständigen. Arbeitslosen wird statt aktiver Arbeitsmarktpolitik - denn die Mittel des AMS werden laufend gekürzt - geraten, ihr eigenes Unternehmen zu gründen, statt, wie man es formuliert, „sozialschmarotzerisch Leistungen der Arbeitslosenversicherungen in Anspruch zu nehmen“, für die sie jahrelang einbezahlt haben. Für einkommensschwache Gruppen werden Sozialmärkte, in weiterer Folge wohl auch Sozialschulen, Sozialkrankenhäuser und -siechenhäuser errichtet - statt strukturelle Sozialpolitik zu betreiben.

Wenn man sich vor Augen führt, daß Österreich eines der reichsten Länder der Welt ist, gekennzeichnet durch einen breiten Wohlstand der Bevölkerung, so sind diese Maßnahmen unverständlich! Die Belastungswelle, die die Bevölkerung - von der Bundesebene ausgehend - überrollt, brauche ich nicht näher aufzählen; die kennt jeder einzelne nur allzu gut; vor allem spüren es viele Betroffene ganz unmittelbar allmonatlich in ihren Brieftaschen.

Was heißt das aber für Kärnten? - Die soziale Sicherheit in Kärnten erscheint in meinen Augen zur Zeit nicht entsprechend gesichert. Im Budget fehlen viele Bereiche, die unterdotiert sind! Für die Pflegeheime fehlen allein für den laufenden Betrieb rund 30 Millionen Schilling. Es fehlen für notwendige Investitionen in Pflegeheime 400 Millionen. Ein kleiner Blick über die Landesgrenzen hinaus beweist, daß andere Bundesländer hierbei weit mehr Verantwortung übernehmen. Wir haben in Kärnten rund 120 bis 140 Millionen Schilling pro Jahr Investitionen für Pflegeheime, Behinderteneinrichtungen und psychiatrische Außenpflegestellen. In den Bundesländern Niederösterreich und Oberösterreich werden pro Jahr rund 1,2 Milliarden Schilling derzeit investiert, um den stationären Pflegebereich entsprechend auszubauen. Ich denke, die Zahlen sprechen für sich und ergeben ein sehr

trauriges Bild für Kärnten!

In vielen anderen Bereichen gibt es ebenfalls Unterdotierungen, wie bei den Frauenhäusern, bei Streetwork, bei Mutter-Kind-Wohnung, wo viele Finanzierungen nicht entsprechend abgesichert sind. Für den Bereich der Versorgung mit psychosozialen Dienstleistungen fehlen ebenfalls rund 5 Millionen Schilling. Gerade dieser Bereich ist einer im Hinblick auf zunehmende Problematiken von jungen Menschen, die eine entsprechende budgetäre Dotierung erforderlich machen.

Wenn man das zusammenfaßt, so ist die klare Botschaft der derzeitigen Politik von schwarzblau unumstößlich. Die Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene schädigen besonders Bezieherinnen kleiner und mittlerer Einkommen. Die Forderung nach dem "schlanken Staat" erschallt nur dort, wo der Staat Aufgaben übernimmt, die den politischen Vorstellungen widersprechen. Die soziale Absicherung, die Wahrung öffentlicher Interessen im Wirtschaftsleben und die Unterstützung gesellschaftlicher und kultureller Freiräume: diesen Umbau kann man nur schwer offen argumentieren. Vorgeblich wird hier mit „finanziellen Engpässen“ argumentiert. Faktum ist aber: Den schlanken Staat, den können sich nur die Reichen leisten!

Welchen Grundsätzen muß nun - und hier wiederhole ich etwas, was ich in diesem Landtag schon sehr oft angeführt habe, in der Hoffnung, daß die Wiederholung das Erinnerungsvermögen auch entsprechend schult - eine integrative und zukunftsorientierte Sozialpolitik folgen? Sie ist keine Almosenpolitik, sondern sie beruht auf dem Bekenntnis, daß Sozialpolitik eine gesellschaftliche Verpflichtung aufgrund erworbener Rechte ist.

Sie schafft gesellschaftliche Integration und keine Zweiklassengesellschaft. Sie bekennt sich zu gesellschaftspolitischer Gesamtverantwortung und versucht nicht, Probleme zu privatisieren. Und vor allem versucht sie nicht, die unter dem Deckmantel "Nulldefizit" angestrebten gesellschaftspolitischen Veränderungen zu legitimieren. Sozialer Zusammenhalt wird nur dann empfunden, wenn Jede und Jeder, nicht nur die Sicherheit fühlt, sondern auch den Rechtsanspruch auf soziale Absicherung hat ohne sich

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

jemals als Außenseiter in unserer Gesellschaft fühlen zu müssen. Das ist im Wesentlichen eine Frage des Respekts vor dem Menschen. Aber ich frage Sie: Wovor hat diese Bundesregierung und Teile dieser Landesregierung denn wirklich Respekt? (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der FPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? - Herr Abgeordneter Jost, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Jost** (FPÖ):

Frau Landesrätin! Was würde es bedeuten, wenn das, was der Chef der SPÖ, Alfred Gusenbauer, vor kurzem in einem Interview mit der Presse gesagt hat, daß er das Pflegegeld für ökonomisch falsch hält und offenbar abschaffen will. Was würde das für Kärnten bedeuten?

Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Ein derartiges Zitat ist mir nicht bekannt und dürfte offenbar auf einer Mißinterpretation Ihrerseits beruhen. Die Diskussion kann – wenn – nur darum gehen, ob man Geld- oder Sachleistungen präferiert. Und ich denke, das ist eine durchaus legitime, die zu führen ist und beweist, daß die SPÖ nicht nur in der Vergangenheit hohe sozialpolitische Kompetenz gehabt hat sondern auch für alle hinkünftigen Herausforderungen die entsprechende Kompetenz aufweist. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? - Frau Abgeordnete Mag. Scheucher-Pichler, bitte!

Abgeordnete **Mag. Scheucher-Pichler** (ÖVP):

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Halten Sie die Rücknahme der erhöhten Kärntner Familienförderung die Sie - und vor allem auch Ihre Partei, die Kärntner SPÖ - mitzuverantworten hat, von circa 350 Millionen Schilling auf rund 100 Millionen Schilling, durch einen SPÖ/FPÖ-Mehrheitsbeschluß hier in diesem Haus gegen die Stimmen der Kärntner Volkspartei. Halten Sie diese Reduzierung der Kärntner Familienförderung für einen Beitrag zur sozialen Sicherheit in Kärnten?

Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich glaube, es liegt nicht an der Rücknahme oder an der Ausweitung der Familienförderung - und Sie wissen, daß ich gestern den Vorsitz in entsprechenden Gremien zurückgelegt habe - sondern es liegt primär an den organisatorischen Strukturen, daß die Menschen, die diese Forderung brauchen sie auch rechtzeitig bekommen. Hier ist im vergangenen Jahr verfehlt und offenbar wider besseren Wissen verfehlt budgetiert worden. Im Gegensatz zum vorhandenen Budgetbedarf wurde nur rund ein Drittel zum Budget angemeldet, was dazu geführt hat, daß rund 2000 Kärntnerinnen und Kärntner bis dato auf die Auszahlung der ihnen zustehenden Förderungen warten. Eine sehr lange Zeit, wenn man weiß, wie niedrig die Einkommensgrenzen in diesem Bereich sind. Und das kann ganz sicher einen sozialpolitischen und einen familienpolitischen Aspekt nicht entsprechend erfüllen. Ich gebe Ihnen hier vollkommen Recht, weil man hier auf monatliche Zuschußleistungen angewiesen ist und im nachhinein auch ein höher ausbezahlter Förderbetrag sehr viele Notsituationen nicht wird abfedern können.

Ich habe meine Konsequenzen daraus gezogen. Ich trage die Verantwortung dafür nicht mit. Hier ist der zuständige Referent gefordert, Lösungen zu treffen. Und, wie gesagt, ich hielte es für eine gute Idee, wenn er den Vorsitz in diesem Gremium übernimmt und hier die Verant-

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

wortung im vollen Umfang dann auch trägt.
(*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens des Fragestellers noch eine Anfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Anfrage 6 erledigt.
Wir kommen zur Anfrage

7. Ldtgs.Zl. 306/M/28:**Anfrage des Abgeordneten Mag. Dr. Peter Kaiser an Landesrat Schiller**

Ich möchte die Abgeordneten des Hohen Hauses darauf aufmerksam machen, daß die Uhr stehen geblieben ist. (*Die im Saale befindliche, für jeden ersichtliche Uhr ist nicht mehr in Betrieb. - Dies löst Lärm und mehrere Zwischenrufe im Hause aus. - Abg. Dr. Wutte: Seine Zeit ist abgelaufen!*) Es ist jetzt 09.33 Uhr.

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Ohne Hemingway aus "Wem die Stunde schlägt" zu zitieren, möchte ich mich der Anfrage widmen. Herr Landesrat! Die lange Phase der Trockenheit hat einmal mehr den Wert des Wassers, die Wichtigkeit des Wassers, als sprichwörtliches Lebenselixier unterstrichen.

Ich frage Sie daher: Welche Maßnahmen zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung der Kärntner Bevölkerung wurden in den letzten Jahren von Ihnen getroffen bzw. eingeleitet?

Landesrat **Schiller** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Ich möchte mit einem Zitat des französischen Schriftstellers Antoine de Saint-Exupéry aus dem Jahre 1944 beginnen, der in prophetischer Art und Weise das Problem geschildert hat in einem (*Zwischenruf von Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo.*) Spruch, der uns eigentlich Leitspruch sein sollte - Herr Abgeordneter Gallo, deine Zitate sind ... "Das nächste Jahrhundert

wird das Jahrhundert des Wassers. Wer es hat wird reich, wer es vergeudet ein Dummkopf und wer es verschmutzt ein Verbrecher sein." Auf die Anfrage, welche Maßnahmen eingeleitet worden sind, möchte ich die Uhr zehn oder elf Jahre zurückdrehen - um gleich auf den Zwischenruf des Abgeordneten Gallo einzugehen - hatten wir im Lavanttal eine ähnliche Situation, wie wir sie heute vorfinden, nämlich zwei äußerst trockene Sommerhalbjahre 1990/1991 und die (*Mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten der ÖVP-Fraktion. - Abg. Mag. Ragger: Nur mehr ein Mal in der Woche duschen! - Lärm im Hause.*) dringende Notwendigkeit im Tal eine Wasserschiene zu installieren. Wir haben damals, 1991, in der Stadtgemeinde Wolfsberg die Verhandlungen aufgenommen und haben Mitte der 90iger-Jahre mit der Realisierung dieser Schiene begonnen, die in der Zwischenzeit fertiggestellt wurde und 1997 in Betrieb gegangen ist. Diese Schiene mit einem Kostenaufwand von rund 120 Millionen Schilling, also etwas mehr als acht Millionen Euro, hat uns in die Lage versetzt, zumindestens den Bereich des mittleren und unteren Lavanttales in Krisenzeiten mit Wasser zu versorgen.

Und ich möchte im Vorfeld zu dieser Entscheidung schon erwähnen, Herr Abgeordneter Gallo, daß die einzige Partei, die damals zwischen Wolfsberg und St. Paul diese Wasserschiene massiv unterstützt hat und auch beschlossen hat, die Sozialdemokratische Partei war. (*Abg. Mag. Ragger: Fragts die Wolfsberger heute!*) Die Sozialdemokratische Partei ist in ihren Entscheidungen weitsichtig gewesen und hat es ermöglicht, daß diese Wasserschiene umgesetzt werden konnte. In anderen Gemeindestuben hat es vor allem von Seiten der ÖVP Widerstände gegeben. Aber es hat auch die FPÖ in der einen oder anderen Gemeinde, dieser vier betroffenen Gemeinden, diese Strategie nicht mitvollzogen. Wenn man also davon ausgeht, daß Sie damals die Mehrheiten gehabt hätten in den Gemeindestuben von Wolfsberg bis St. Paul, dann hätte es diese Wasserschiene nicht gegeben, Herr Abgeordneter Gallo! Und dann wäre nicht nur Auto waschen und Garten sprengen heute nicht mehr erlaubt, (*Unruhe im Hause.*) sondern dann hätten unten die Menschen dieses Tales nämlich kein Wasser mehr zum Trinken. Ich muß sagen, die Trinkwasserversorgung (*Abg. Lutschounig: Pre-*

Schiller

blauer Wasser!) ist heute noch aufrecht, funktioniert Dank dieser Wasserschiene. Redens einmal heute mit den Leuten unten und sprechen Sie mit den Vertretern des Tales. (*Es herrscht Unaufmerksamkeit im Hause.*) Wir haben in der Zwischenzeit eine Besprechung durchgeführt, wo alle anderen Bürgermeister - auch die Gemeinde Frantschach - vielleicht mit Abstrichen noch, begeistert sind von der Idee, diese Wasserschiene auszubauen, auch von den Kilometern her auszubauen. Das heißt also, die Wasserschiene von 40 Kilometer auf 110 zu verlängern mit einem Kostenaufwand von rund weiteren 120 Millionen Schilling.

Das heißt also, wir haben reagiert, Herr Abgeordneter Gallo. Und Sie wissen das ganz genau. Ihr Zwischenruf erfolgt wider besseren Wissen. Und Sie wissen auch, daß jenes Gebiet das jetzt angesprochen wurde, jenes Gebiet Kärntens ist, das momentan die größten Probleme hat. Wir haben hier Untersuchungen der letzten Monate was die Niederschläge betrifft. Und wir haben in diesem Bereich Reduktionen gegenüber den Jahren davor zwischen 50 und 90 Prozent. Das heißt, wir haben in Kärnten ein West/Ost-Gefälle, im Schnitt 1200 Millimeter Niederschlag pro Jahr. Derzeit haben wir im Lavanttal vom Dezember bis zum heutigen Tage kaum einen Niederschlag, liegen also weit unter dem Jahresmittel. Und wir sollten diese Krisensituation, die es hier gibt ausnutzen, um jene Strategie auf ganz Kärnten umzulegen. Und ich habe hier einen Artikel in der Kleinen Zeitung vorgefunden, den sich alle Abgeordneten und Regierungsmitglieder zu Gemüte führen sollten. "Immer Wasser für Kärnten" und auch die notwendigen Schlüsse daraus ziehen sollten für die zukünftigen politischen Entscheidungen, in dem nämlich ganz klar zum Ausdruck kommt, daß Kärnten kein Land ist das an Wassermangel leidet, sondern daß wir genügend Wasser zur Verfügung haben, daß wir kein Versorgungsproblem in unserem Land haben, sondern ein Verteilungsproblem. Es wird also die Anstrengung aller politischen Kräfte in den nächsten Jahren notwendig machen, dieses Verteilungsproblem auch zu lösen. Wir haben also in der Kärntner Landesregierung, um auf Ihre Frage jetzt näher einzugehen Herr Abgeordneter, im Oktober des Jahres 2000 einen Beschluß gefaßt, in welchem folgendes festgehalten ist: "Kärnten

ist ein wasserreiches Land, denn lediglich 1,5 Prozent der Niederschläge werden genutzt. Obwohl in Kärnten ein ausreichendes Wasserdargebot zur Verfügung steht, kommt es in niederschlagsarmen Zeiten - und die haben wir seit Monaten jetzt - in einigen Bereichen zu Versorgungsengpässen. In Zukunft wird daher die Minimierung der Wasserverluste und die Optimierung der Versorgungssysteme zur Schaffung eines Wasserverbundes, das heißt, Zusammenschluß von Mangel- und Überschußgebieten und in letzter Konsequenz die Erschließung neuer Wasservorkommen erforderlich sein."

Es ist die Aufgabe des Landes Kärnten die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, daß das vorhandene und qualitativ hochwertige Wasserdargebot des Landes Kärnten, gesichert, geschützt und unter gemeinwirtschaftlichen Aspekten bestmöglich verteilt und genutzt wird. Dazu wäre eine Gesellschaft zu gründen, die im Einflußbereich des Landes liegt und im Speziellen folgende Aufgaben zu erfüllen hätte: 1. Die Koordination und Realisierung eines Wasserclusters gemäß dem Entwicklungsleitbild "Zukunft Kärnten". 2. Den Ankauf von Quellen und potentiellen Brunnenstandorten inklusive der Umsetzung erforderlicher Schon- und Schutzgebiete. 3. Die Planung, Finanzierung und den Bau und den Betrieb von Verbund- und Verteilungseinrichtungen und 4. die sinnvolle Vermarktung zugunsten der Kärntner Bevölkerung. Mit diesem Beschluß wurde ich als zuständiger Referent beauftragt, dieses Projekt in Angriff zu nehmen. Und ich kann Ihnen heute - und das wird morgen der Öffentlichkeit vorgestellt - jene Studie präsentieren, die notwendig ist, um weitere politische und finanzielle Entscheidungen zu treffen, nämlich das Gutachten der Firma Quantum, zur Findung einer Rechtskonstruktion betreffend die nachhaltige Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in Kärnten. Das heißt also, hier wurde gearbeitet, hier wurden die notwendigen Maßnahmen eingeleitet und hier wurden Verhandlungen mit den Städten Klagenfurt und Villach geführt, mit dem Lavanttal, wo eine weitere Studie in Auftrag gegeben wurde, die wir vom Land her bezahlen, um die von mir schon früher erwähnte Erweiterung der Wasserschiene durchzuführen. Es gibt Gespräche mit den Vertretern der Landwirtschaft, mit den Bauernvertretern im Krappfeld. Das heißt

Schiller

also, wir haben die Voraussetzungen geschaffen, die theoretischen Voraussetzungen, um die praktische Umsetzung in den nächsten Monaten in Angriff zu nehmen.

Und ich muß Ihnen eines sagen, geschätzte Damen und Herren! Wir brauchen einfach eine neue Denkphilosophie in der Causa "Wasser", das heißt also, in der Versorgung mit diesem wichtigen Lebensmittel. Wir haben aufgrund der Statistik festgestellt, daß in den letzten 40 Jahren zwei Schwerpunkte in der Wasserversorgung erfolgt sind, nämlich zwischen 60 und 70 sozusagen die Erstphase, Wasser im eigenen Bereich einmal zur Verfügung zu stellen. Und in den Jahren 80 bis 90, wo es also einen verstärkten Boom im Neubaubereich gegeben hat, zusätzliche Wasserversorgungen notwendig waren und wo im Schnitt rund 100 bis 120 Millionen Schilling aufgewendet worden sind, um diese Versorgung zu fixieren. Damals ist es darum gegangen den eigenen Bereich abzusichern und niemand hat sich eigentlich vorstellen können, daß es einmal zwei oder drei Sommer hintereinander geben wird, wo kaum Wasser vom Himmel fällt oder daß es eine Trockenperiode geben könnte, wie sie in den letzten 150 Jahren in Kärnten in dieser dramatischen Situation noch nie eingetreten ist. Der Engpaß liegt vor allem in der Region Lavanttal, aber auch darüber hinaus. Und da spreche ich auch die Vertreter der Landwirtschaft an, auch im landwirtschaftlichen Bereich, wo es um die Ernährungsgrundlage unseres Landes geht.

Das heißt also, wenn wir wissen, daß sich die Klimabedingungen auf der ganzen Welt verändern, so haben wir die Aufgabe in zukünftigen Überlegungen, finanziell und auch politischen Überlegungen, regional und überregional zu denken. Das heißt, weg vom Kirchturm hin zum Verbund, hin zur Kooperation unter gemeinwirtschaftlichen Aspekten. Dazu dient diese Grundlage. Und ich habe gestern mit dem Präsidenten des Kärntner Gemeindebundes ein Gespräch geführt. Es wird dieses Gutachten der Firma Quantum noch in dieser Woche bzw. Anfang nächster Woche dem Städtebund und dem Gemeindebund einmal zur Stellungnahme übermittelt, damit jene die Hauptbetroffene sind, nämlich die Gemeinden - und sie tragen ja über 80 Prozent der Wasserversorgung in unserem Lan-

de; sie machen das auch ausgezeichnet - über diese Strategie Bescheid wissen und miteingebunden werden sollen in diese zukünftigen Entscheidungsprozesse.

Über eines müssen wir uns im klaren sein: Es wird viel Geld kosten, was uns hier als Vision vorschwebt. Und die Vision kann ja nur lauten, jene Gebiete, die ich hier eingezeichnet habe, das sind also die Wasserüberflußgebiete im mittleren Drautal, im unteren oder mittleren Gailtal - Förolach ist ein Begriff, im Krappfeld und vor allem im Jaunfeld mit jenen Gebieten zusammenzuführen, in den Wasser gebraucht werden wird in den nächsten zehn, fünfzehn Jahren, das ist vor allem der Zentralraum und das ist vor allem der Bezirk Wolfsberg. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der FPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? - Herr Abgeordneter Dipl.-Ing., ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Landesrat Schiller, nachdem Sie aus der Vergangenheit keine zielführenden Maßnahmen auflisten konnten - sonst hätten wir das aktuelle Versorgungsproblem in Wolfsberg nicht - *(Vorsitzender: Bitte, die Frage zu stellen!)* frage ich Sie nach Ihren künftigen konkreten Maßnahmen, ausgenommen jene, die der Kollege Kaiser sicher noch ansprechen wird und Ihre ständige Jammerei nach mehr Geld und mehr Personal zum Inhalt hat? *(BR Mag. Trunk: Mehr Wasser!)*

Landesrat **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter, ich weiß nicht was die Frage soll! Sie haben offensichtlich nicht aufgepaßt bei meiner Anfragebeantwortung. Erstens einmal habe ich Ihnen schon erklärt, daß es durch meine Initiative möglich war, die erste Wasserschiene als Pilotprojekt Mitte der 90er Jahre im Lavanttal zu realisieren, gegen den Willen vor allem auch Ihrer Partei. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das funktioniert in*

Schiller

Wolfsberg nicht!) Das funktioniert! 120 Millionen Schilling und auch der ÖVP, das muß man dazu sagen.

Zweitens einmal haben wir in vielen Verhandlungen einige Grundlagen dafür geschaffen. Wir haben die theoretischen Grundlagen für die Entscheidungen zukünftiger Verbundsysteme am Tisch. Das heißt wir kommen jetzt in die Verhandlungsphase und das ist keine Jammerei, hier wird gearbeitet und es sind konkrete Ergebnisse am Tisch. Mir wäre es lieber, wenn Sie sich als Kommunalpolitiker in diese Aktionen miteinbringen, positiv miteinbringen und mithelfen, als Landtagsabgeordneter jene Strukturen zu schaffen, die wir für die Kärntner Bevölkerung brauchen. Weil in zehn oder fünfzehn Jahren, lieber Herr Abgeordneter, wird uns keiner fragen, wer etwas gemacht oder nicht gemacht hat, sondern ob wir überhaupt was gemacht haben. Die Politik ist kein Wunschkonzert sondern besteht auch in der Vision oder in der Sicht der Dinge für die nächsten zehn und fünfzehn Jahre und davon lasse ich mich von Ihnen nicht abbringen. Ich werde diesen Weg konsequent weitergehen. Im Lavanttal werden wir dieses Problem im nächsten Jahrzehnt - so lang dauern solche Entscheidungen von der Planung, von der Umsetzung der Planung in die Finanzierung vergehen sieben bis acht oft zehn Jahre - nicht abbringen lassen. Und ich glaube, die Kärntnerinnen und Kärntner unterstützen diesen Weg und haben kein Verständnis dafür, daß man auf dem Rücken existentieller Grundlagen wie des Trinkwassers, politisches Kleingeld verdienen will. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? - Herr Abgeordneter Lutschounig, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Landesrat, daß die Situation sehr ernst ist und daß dringender Handlungsbedarf besteht ist uns allen klar. Werden Sie auch in den nächsten Budgets dafür Sorge tragen, daß

auch eine etwaige Ausweitung der Schongebiete in Kärnten finanziell auch eine Absicherung für die Grundbesitzer erfährt?

Landesrat **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter, ich unterstütze Ihr Vorhaben, aber bitte gleichzeitig im Umkehrschluß auch um Unterstützung des Kärntner Landtages, weil das Budget wird hier herinnen beschlossen. Wenn Sie mir die Möglichkeit geben und den Bürgermeistern die Möglichkeit geben hier auch die notwendigen finanziellen Ressourcen für Grundbesitzer zur Verfügung zu stellen, bin ich gerne bereit auch diesem Ansinnen und diesen Wünschen zu entsprechen. Natürlich werden wir in den nächsten Jahren auch dafür Geld brauchen. Nutzungsbeschränkungen und Einschränkungen aufgrund der Nutzung für Trinkwasser werden notwendig sein. Aber ich sage einen wichtigen Satz, den Sie sich - glaube ich - auch einprägen sollten. Ich will nicht, daß Wasser, das Kärntner Trinkwasser, das qualitativ in Ordnung ist, von dem wir genug haben - ich habe es früher erwähnt -, das wir nur richtig verteilen müssen, zum Spekulationsobjekt wird. Wir sollen Menschen in unserem Lande am Wasser nicht verdienen lassen, sondern es soll in erster Linie dafür gearbeitet werden in der Politik, daß ausreichend Wasser zur Verfügung gestellt wird, das sich die Menschen in unserem Lande auch leisten können. Kärnten geht vor und alles andere, was über Wasserelexport oder Verkauf von Wasser ins Ausland nachgedacht wird, ist im Moment für mich kein Thema, so lang nicht zwischen Heiligenblut und Lavamünd eine optimale Wasserversorgung am Tisch ist. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens des Fragestellers noch eine Zusatzfrage gewünscht? - Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Landesrat, in welchem Zeitraum und mit welchem finanziellen Aufwand ist

Dr. Kaiser

das Netzwerk "Wasserschiene in Kärnten" realisierbar?

Landesrat **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hoher Landtag! Ich habe das früher schon erwähnt beim Abgeordneten Gallo, daß ein Zeitraum für die Umsetzung dieses Zukunftsprojektes - und ich bezeichne es durchaus als Jahrhundertprojekt, was die Existenzsicherung unseres Landes, der Bevölkerung aber auch der wirtschaftlichen Entwicklung anbelangt - mit zehn bis fünfzehn Jahren anzusetzen und mit 100 Millionen Euro zu veranschlagen ist. Das heißt es wird vor allem die Anstrengung der Kärntner Landespolitik notwendig sein, die Unterstützung des Bundes, weil eine Belastung der Bürgerinnen und Bürger in dem Bereich - glaube ich - nicht sinnvoll ist, wenn wir die politische Aufgabe ernst nehmen. Dieser Zeitraum und die finanziellen Mittel, die ich genannt habe, werden aber sicher in den nächsten Jahren aufzubringen sein. *(Abg. Dr. Kaiser: Danke schön! - Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit, Hohes Haus, ist die 7. Anfrage erledigt. Wir kommen zur 8. Anfrage.

8. Ldtgs.Zl. 307/M/28:**Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrat Schiller**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Landesrat Schiller! Glaubt man Medienberichten, dann startet der Bau des Müllofens in Arnoldstein im Juni. Die Betreiber waren "glücklich", daß der Umweltsenat in Wien grünes Licht für den Baubeginn gegeben hat. Es gibt das Versprechen, daß die Auflagen des Umweltsenates erfüllt werden. Die Bürgerinitia-

tive will, daß die Betreiber die Sorgen ernst nehmen und die Versprechen einhalten. Und zu diesen Auflagen gehört auch eine Kapazitätsbeschränkung der Anlage auf 80.000 Jahrestonnen. Was mit der Tonnage, die darüber hinaus anfällt, passieren soll, darüber hat auch der Herr Peterle als Chef der Müllverbände nur sehr kryptische Andeutungen gemacht.

Daher frage ich Sie: Wie wird ab 2004 jener Kärntner Hausmüll entsorgt werden, der über die für die Müllverbrennungsanlage Arnoldstein genehmigte Höchstgrenze von 80.000 Jahrestonnen hinaus anfällt?

Landesrat **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hoher Landtag! Es ist nicht nur der Betreiber aus guten Gründen glücklich, es sollte überhaupt der Landtag und die Kärntner Bevölkerung glücklich sein, daß diese Entscheidung getroffen worden ist. Weil letztendlich mit diesem Baustein "Müllverbrennung" der letzte Schritt in einer modernen Abfallwirtschaft in Kärnten realisiert wird. Wir haben gemeinsam zehn Jahre lang darum gerungen oder acht Jahre lang darum gerungen vom Konzept angefangen bis zur Rechtsentscheidung, die vor wenigen Tagen in Wien gefallen ist.

Zu Ihrer Frage: Nachdem erst am 21.03. eine Rechtssicherheit in der Umsetzung gegeben war, haben wir nach diesem Datum mit dem verantwortlichen Vorsitzenden der KRV, Herrn Stadtrat Peterle, ein Gespräch geführt. Und ich habe mich bereit erklärt im Zusammenhang mit den Umsetzungsstrategien für den Tag X, also den 01.01.2004, eine Studie in Auftrag zu geben, um mögliche Einsparungspotentiale, die Sie angesprochen haben, einmal genauer untersuchen zu lassen. Diese Studie wird in den nächsten Wochen vorliegen. Aber wir wissen, daß sich einiges getan hat und noch tun wird in Sachen Müllvermeidung und Mülltrennung in unserem Bundesland. Und da ist großes Lob auszusprechen an die Kärntner Gemeinden, ohne die diese Aktionen und dieser Erfolg nicht möglich gewesen wären, aber vor allem an die Kärntner Bevölkerung, an jede Bürgerin, an jeden Bürger. Wenn ich hier eine Statistik aus dem Jahre 1990 zitieren darf, wo wir insgesamt an Altstoffen

Schiller

18.000 Tonnen zur Wiederverwertung gebracht haben, Altstoffe angesprochen: Papier, Glas, Textilien, Metall, biogene Abfälle und anderes, so haben wir im Jahr 2000 - das ist die letzte mir zur Verfügung stehende schlüssige Statistik - bereits 73.000 Tonnen in die Wiederverwertung gebracht. Das heißt hier haben wir noch einige Möglichkeiten vom derzeitigen Stand rund 105 bis 108.000 Tonnen herunterzukommen - erstens einmal.

Zweitens wissen wir, daß im Bereich des Hausmülls - weil halt deponieren heute noch billig ist, noch billig ist, sage ich - viele Anteile an Betriebsmüll vorhanden sind, die normalerweise dort gar nicht hingehören auf eine Hausmülldeponie sondern in andere Verwertungsschienen gebracht werden können und auch sollen. Und um das in die Wege zu leiten, ist diese Studie notwendig. Aufbauend auf die Ergebnisse dieser Studie wird es dann Gespräche mit den einzelnen Verbänden geben, um weitere Maßnahmen zu überlegen. Es wird sicher notwendig sein im Jahr 2003 und vielleicht auch schon davor - vielleicht Herbst dieses Jahres - eine weitere Offensive in Sachen Mülltrennung und Müllvermeidung zu starten.

Wir haben ja vor kurzem noch einmal dieses Mülltrennometer aufgelegt und ich bin eigentlich zuversichtlich, daß die Kärntner Bevölkerung dieses Strategie mitgehen und mittragen wird. Weil es kann uns nichts Schlimmeres passieren, wir bauen eine Anlage und die ist nicht ausgelastet. Wir wissen das aus anderen Anlagen und deswegen ist sie bewußt sehr knapp gehalten, weil wir vermeiden wollen, daß hier andere Bundesländer oder womöglich das Ausland Müll herankarren und in Arnoldstein verbrennen, wurde diese Größe mit 80.000 Tonnen gewählt. Und Sie wissen, welche Probleme derzeit im Bereich der Deponierung in Frohnleiten in der Steiermark öffentlich diskutiert werden, die Hausmüll aus Italien anliefern. Mit 80.000 Tonnen ist es eine durchaus knapp bemessene Menge, aber eine Menge, die ausreichen wird, daß diese Anlage voll in Betrieb gehen kann und auch kostengünstig in Betrieb gehen kann und die Kärntnerinnen und Kärntner damit auch kostenmäßig entlastet werden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP? - Das ist auch nicht der Fall. Dann hat der Anfragersteller noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Landesrat, durch welche konkreten Maßnahmen Ihrerseits schließen Sie zu 100 Prozent aus, daß der über 80.000 Tonnen liegende Müll auf einer anderen Verwertungsschiene beispielsweise in einem Industriebetrieb Kärntens oder im Kraftwerk St. Andrä zur Verbrennung landet?

Landesrat **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hoher Landtag! Die Anlagen außerhalb von Arnoldstein sind nicht dazu geeignet Hausmüll anzunehmen. Das heißt also, das ist auszuschließen. Und ich schließe es deswegen aus, weil ich überzeugt bin, daß die Bürgermeister und die Kärntnerinnen und Kärntner hier mitwirken werden, daß diese Grenze nicht überschritten wird. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Fragestunde ist somit beendet. Wir kommen zur Aktuellen Stunde. Es liegt ein entsprechender Antrag des ÖVP-Klubs vor. Nach dem Rotationsprinzip ist die ÖVP an der Reihe. Das Thema lautet "Kontrolle der Landesvollziehung durch den Kärntner Landtag". Ich erteile dem Redner der Antragsteller als ersten das Wort, es ist dies der Abgeordnete Klubobmann Dr. Wutte. Ich mache aufmerksam, daß die Redezeit mit fünf Minuten vorgeschrieben ist und ich bitte, sie auch entsprechend einzuhalten. Bitte, zu sprechen!

Dipl.-Ing. Freunschlag

Aktuelle Stunde

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Artikel 54 der Kärntner Landesverfassung sieht vor, daß die Mitglieder der Landesregierung hinsichtlich ihres Wirkens dem Landtag gegenüber verantwortlich sind. Artikel 67 der Landesverfassung sieht vor, daß der Landtag das Recht hat, alle Mitglieder der Landesregierung hinsichtlich ihrer Amtsführung zu überprüfen. Und das hat seinen guten Grund. Denn wir leben in einer Demokratie, in einem Rechtsstaat, wo Gewaltenteilung und Kontrolle Selbstverständlichkeiten sind und in einer Verfassung festgeschrieben sind. Und die Legislative hat die Exekutive zu kontrollieren. Das ist seit der französischen Revolution Allgemeingut eines Rechtsstaates und so sollte es nicht nur außerhalb Kärntens sein sondern sollte auch einmal in Kärnten Geltung bekommen. Artikel 69 der Landesverfassung sieht vor, daß zu dieser Überprüfung der Amtstätigkeit der Regierungsmitglieder auch ein Untersuchungsausschuß eingerichtet werden kann. Ein solcher wurde bekanntlich für die Überprüfung der Reisetätigkeiten des Landeshauptmannes am 21. Feber dieses Jahres im Rahmen einer Sonderlandtagssitzung hier im Hohen Haus beschlossen, rechtmäßig eingesetzt und unter Vorsitz des Präsidenten ordnungsgemäß konstituiert. Was dann geschah, meine Damen und Herren, das ist einmalig in der Geschichte unseres Landes. Es geht der Herr Landtagspräsident her und bekämpft den von ihm selbst herbeigeführten Beschluß. Er unternimmt alles, um das Wirksamwerden dieses Beschlusses zu behindern und zu boykottieren. Er bekämpft das mit allen Mitteln, mit solchen auch für die sogar die Altpräsidentin Trattinig kein Verständnis mehr aufbringt und nur noch Kopfschütteln bei ihr sowie bei der übrigen Bevölkerung auslöst.

Das ist also ein deutlicher Boykott, der nichts anderes ist als Mißbrauch der Macht, die der Präsident hat, als Mißbrauch seines Amtes. Denn der Präsident, meine Damen und Herren, hat kein nachträgliches Prüfrecht über einen Antrag, den er bereits zur Beschlußfassung herbeigeführt hat. Mag das Privatgutachten, das er

dann in Auftrag gibt, noch so schwindelig und noch so halbseiden sein: Es legitimiert ihn nicht dazu, (*Lärm im Hause*) was er vorgenommen hat, nämlich den Boykott des Untersuchungsausschusses durchzuführen. Ein solches Amtsverständnis, meine Damen und Herren, ist mittelalterlich, hat in einer modernen Demokratie nichts zu suchen und ist der eindeutige Beweis dafür, daß der Präsident nicht geeignet ist, die Funktion die er innehat, auch tatsächlich auszuüben. Er ist an sich rücktrittsreif.

Hätten wir eine Möglichkeit, hier im Kärntner Landtag im Rahmen der Verfassung einen Mehrheitsbeschluß herbeizuführen für seine Abwahl, so täten wir dies. Das haben wir leider nicht. Wir fordern daher auch an dieser Stelle dazu auf, nachzudenken, ob wir die Verfassung nicht dahingehend ändern, daß auch der Landtagspräsident vom Vertrauen der Mehrheit der Abgeordneten getragen werden muß, das heißt (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*) eine Mehrheitsentscheidung herbeizuführen ist über die Wahl- und über die Abwahlmöglichkeit des Präsidenten sowie auch des Landeshauptmannes, nebenbei gesagt.

Was ist das für eine Demokratie, meine Damen und Herren, wo der Präsident des Landtages einen Mehrheitsentscheid bekämpft, den er selbst herbeigeführt hat, wo es von der Willkür des zu prüfenden Organs, nämlich des Landeshauptmannes, abhängt, ob man überprüfen darf und in welchem Umfang. Das ist geradezu grotesk, daß jene Person, die es zu überprüfen gilt, selbst bestimmt, ob und in welchem Umfang sie überprüft werden darf. Das ist ein Akt der unzulässigen Selbstimmunisierung. Meine Damen und Herren! So kann es nicht sein, daß die Mitglieder der Landesregierung sich aussuchen, durch wen, wann, wie und ob sie überhaupt untersucht und kontrolliert werden können. Das ist ein geradezu, möchte ich sagen, ein mittelalterliches Majestätsgehabe, das hier an den Tag gelegt wird und ein wirklicher demokratiepolitischer Skandal, den wir jedenfalls nicht akzeptieren können! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Feststeht, meine Damen und Herren - und das ist

Dr. Wutte

durch ein wirklich wissenschaftlich fundiertes Gutachten auch belegt -, daß der Landtag zuständig ist und befugt und berechtigt ist, die Reisetätigkeit zu prüfen. Es hat ja kurioserweise Prof. Mayer gestern selbst eingelenkt, daß man auch in diese Richtung tätig werden kann. Er hat also offenbar ganz vergessen, was er in seinem ersten, komischen, Gutachten geschrieben hat.

Feststeht auch, meine Damen und Herren, daß der Beschluß des Kärntner Landtages gültig und rechtmäßig ist und daß er eine Grundlage ist für die Arbeit des Untersuchungsausschusses. Deshalb kommen wir auch zu dem Ergebnis, meine Damen und Herren, daß wir (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute, bitte!*) an dem gefaßten Beschluß und am eingesetzten Untersuchungsausschuß festhalten. Dieser bleibt für uns aufrecht, und zwar als Mahnmal gegen die parteipolitische Willkür in diesem Land und gegen dieses arrogante und zynische selbstherrliche Verhalten des Landtagspräsidenten und seine undemokratische Vorgangsweise. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Nachdem ich weiß, daß die Einsicht des Präsidenten nicht einkehren wird, auch mit heutigem Tag und trotz häufiger (*Vorsitzender: Die Zeit ist abgelaufen, Herr Klubobmann!*) und eindringlicher Appelle, werden wir auch einem zweiten Weg zustimmen, der zwar nur der zweitbeste ist, aber auch einen zweiten Weg dazu nutzen und in die Wege leiten, um dem demokratischen Kontrollrecht des Landtages tatsächlich zum Durchbruch zu verhelfen. Danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Als nächster hat sich Klubobmann Dr. Strutz zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm dieses.

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Es geht hier nicht um Boykott, es geht nicht um Behinderung, sondern es geht um die Einhaltung der Verfassung und der Geschäftsordnung des Kärntner Landtages. (*Abg. Dr. Wutte: Jawohl!*)

Dann macht es!)

Wenn, Hoher Landtag, heute ein neuer Antrag beschlossen werden soll, dann ist das wohl das Eingeständnis, daß jener Antrag der ÖVP nicht der Verfassung, nicht der Geschäftsordnung entsprochen hat, und Präsident Freunschlag ist in seiner Haltung eindeutig bestätigt. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Hoher Landtag! Auf Seite 136 heißt es: "In Angelegenheiten, die nicht zum selbständigen Wirkungsbereich des Landes gehören, ist die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses unzulässig; ein derartiger Beschluß wäre absolut nichtig." Das steht in der Geschäftsordnung. Und auf Einhaltung dieser Geschäftsordnung, auf Einhaltung der Verfassung, hat der Präsident mit großer Aufmerksamkeit gewacht.

Wenn heute von seiten der SPÖ ein Antrag eingebracht wird, der - ich entnehme den Text der APA-Aussendung - beinhaltet: "Die Überprüfung der Aufwendungen des Landes für alle Reisen, die Haider seit seinem Amtsantritt als Landeshauptmann gemacht hat.", dann entspricht dieser Antrag der Geschäftsordnung, dann entspricht er der Verfassung, und dann wird selbstverständlich über diesen Antrag hier im Landtag beschlossen und befunden werden können. Das was im Antrag der ÖVP steht, das war gegen die Verfassung. (*Abg. Dr. Wutte: Aber nur gegen die freiheitliche Verfassung!*) Das war gegen die Geschäftsordnung. (*Abg. Dr. Wutte: Aber nur gegen deine!*) Und Klubobmann Wutte hat ja tunlichst hier verschwiegen, daß selbst Prof. Funk in seinem Gutachten, das die ÖVP in Auftrag gegeben hat, geschrieben hat, daß der Inhalt (*Abg. Dr. Wutte: Das werden wir prüfen. Das müssen wir ja prüfen.*) der parlamentarischen Kontrolle auf amtliche Tätigkeiten von Staatsorganen beschränkt ist und daß privates Handeln ohne Staatsbezug nicht zum Gegenstand parlamentarischer Kontrolle gemacht werde. Weiters sagt er, daß die Abgrenzung „amtlich“ und „privat“ nicht vom äußeren Geschehen her erfolgen kann, (*Abg. Dr. Wutte: Wohl!*) sondern sie ergibt sich aus der Anwendung rechtlicher Maßstäbe. Selbst Prof. Funk bestätigt die Haltung des Präsidenten hier eindeutig. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Aber, Hoher Landtag, es geht hier ja einerseits um kleinkariertes Agieren vor allem der ÖVP-

Dr. Strutz

Fraktion. (*Abg. Dr. Wutte: Das glaubst du aber selber nicht!*) Ich glaube, gerade die Aussage vom Klubobmann Wutte, der gesagt hat: "Und jetzt müssen wir die Verfassung ändern, damit auch der Landtagspräsident gewählt wird.", zeigt ja, in welchen Kategorien hier gedacht wird. (*Lärm in der ÖVP-Fraktion*) Zum Glück hat die Freiheitliche Partei eine Stärke, daß die Verfassung ohne uns nicht geändert wird. (*Abg. Dr. Wutte: Demokratie kein Problem. Demokratie und Mehrheit!*) Wir sind die Hüter der Verfassung in Kärnten. (*Heiterkeit in der ÖVP-Fraktion. - Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Es geht hier, Hoher Landtag, (*Lärm im Hause*) um kleinkariertes Agieren - oder es geht um weitsichtiges Agieren und Handeln, vor allem des Landeshauptmannes. (*Abg. Dr. Wutte: Das ist ja peinlich!*) Der Untersuchungsausschuß hat nur einen Sinn: einen erfolgreichen Landeshauptmann in seiner Arbeit für Kärnten zu behindern, (*Abg. Sablatnig: Im Irak!*) einen erfolgreichen Landeshauptmann zu diskreditieren und mit Dreck zu bewerfen. Dieser Untersuchungsausschuß hat nur einen Sinn: einem erfolgreichen Landeshauptmann, der auch international erfolgreich ist (*Abg. Sablatnig: Der bei undemokratischen Staatspräsidenten erfolgreich ist!*) und weitsichtig handelt, politisch zu schaden.

Ich wünsche Ihnen, Kollege Sablatnig, auf dieser Reise, auf diesem Weg viel Erfolg! Für die Streitereien, die vor allem von eurer Fraktion angezettelt werden, hat die Bevölkerung in Kärnten eigentlich wenig Verständnis. (*Abg. Dr. Wutte: O ja, hat sie schon!*) Der Untersuchungsausschuß ist das einzige Thema, das einzige Thema der ÖVP in den letzten zwei Jahren, mit dem Sie einigermaßen in der Öffentlichkeit für Aufmerksamkeit gesorgt haben.

Hoher Landtag! Wir arbeiten für Kärnten. Wir arbeiten für die Wirtschaft, daß etwas weitergeht, mit neuen Ideen; Landesrat Pfeifenberger mit seiner Tourismusförderungsinitiative. (*Abg. Dr. Wutte: Die Zeit ist abgelaufen!*) Wir arbeiten im Sozialbereich mit neuen Ideen, mit Kindergeld, mit Familienförderung. Wir arbeiten im kulturellen, im touristischen Bereich (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit, bitte!*) mit neuen Veranstaltungen am See.

Ich appelliere daher an den Hohen Landtag, an SPÖ und ÖVP: Lassen Sie Landeshauptmann

Jörg Haider in seiner Arbeit für Kärnten in Ruhe! Lassen Sie ihn in Ruhe für Kärnten arbeiten, dann geht es mit diesem Land weiterhin aufwärts! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Abg. Ing. Rohr: Du bleibst Parteiboss Strutz; mit der Rede schon!*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Dr. Kaiser das Wort.*)

Abgeordneter Mag. Dr. Kaiser (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Die SPÖ hat diesen heutigen Antrag eingebracht, um der Öffentlichkeit zu zeigen, daß auch ein Landtagspräsident die Kärntner Verfassung nicht willkürlich in seinem Sinne interpretieren kann. Das ist - und das wird auch zukünftig eine der Aufgaben der Fraktionen dieses Hauses sein -, die Kontrollrechte auf ihre verfassungsmäßige Einhaltung zu garantieren. Davon werden wir uns nicht von einem Landtagspräsidenten und davon werden wir uns auch nicht von einem mit ihm sehr eng verbündeten Landeshauptmann beirren lassen, meine Damen und Herren! (*Beifall von der SPÖ- und der ÖVP-Fraktion*) Dessen kann sich die Kärntner Bevölkerung sicher sein!

Ich verhehle nicht, daß ich persönlich Herrn Landtagspräsidenten Freunschlag schätze. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Na, siehst du es!*) Aber trotzdem ist es wichtig, der Öffentlichkeit darzustellen, wie sehr politische Verbindungen zu, aus meiner Sicht, willkürlichen Handlungen führen. Ich zitiere aus den Kärntner Landesverfassung zu den Rechten und Pflichten des Präsidenten. Im Abs. 2 des § 10 heißt es: "Der Präsident hat unbeschadet der im nach anderen Bestimmungen dieses Gesetzes übertragenen Aufgaben darüber zu wachen, daß die Würde und die Rechte des Landtages gewahrt, die dem Landtag obliegenden Aufgaben erfüllt und die Verhandlungen ohne unnötigen Aufschub durchgeführt werden."

Meine Damen und Herren! Eben dieser Herr Präsident hat hier im Hohen Haus bei der vorletzten Sitzung eine Abstimmung über einen Untersuchungsausschuß zugelassen. Eben dieser Präsident hat hier (zwei Säle weiter) die Konstituierung dieses Ausschusses durchgeführt. Und, meine Damen und Herren, eben dieser Präsident hat eine schriftliche Anfrage mit demselben

Dr. Kaiser

Inhalt, die auch der Untersuchungsausschuß hatte, dem Herrn Landeshauptmann zugestellt, auch mit der Aufforderung, wenn sie nicht zu beantworten sei, dies schriftlich zu begründen.

Meine Verwunderung war groß, als ich in meinem Abgeordnetenfach die schriftliche Beantwortung des Herrn Landeshauptmannes vorfand, der damit die Chance nicht genutzt hat, sich der ihm scheinbar von Präsidentenmeinung verfassungsrechtlich richtigen Aussage einer Privatreise entschlagen zu können. Meine Damen und Herren! Spätestens das war für mich der Beweis, daß hier politische Willkür vorliegt. *(Beifall von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion)*

Ich verhehle eines nicht, meine Damen und Herren: Wir sollten zurückkommen dazu, worum es eigentlich geht. Es war nicht die SPÖ-Fraktion, es war nicht die ÖVP-Fraktion, es war auch nicht der Herr Landtagspräsident, der zum irakischen Diktator Saddam Hussein gereist ist, ihm die Hand geschüttelt hat, das als humanitäre Tat kaschiert hat und letztlich auch noch die solidarischen Grüße des österreichischen Volkes überbracht hat. Das sind Dinge, die wir überprüfen wollen. Ich bin nicht einer der präjudiziert. Nur, meine Damen und Herren, wenn mir heute noch erklärt wird, daß das private Reisen sind, in deren Folge Geschäftsanbahnungen, Friedensbotschaften und, und und geführt werden: dann weiß ich nicht mehr, was privat ist. Dann halte ich es mit dem Klubobmann, Dr. Strutz: Wir werden Herrn Haider nicht behindern, aber nicht behindern in seiner Funktion als Privatmann. Wir werden ihn sehr wohl kontrollieren: dort, wo er als Landeshauptmann für das Land Kärnten tätig wird oder gegen das Land Kärnten. *(Beifall von der SPÖ- und der ÖVP-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Sablatnig das Wort.)

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! In den vergangenen Wochen wurde der Kärntner Landtag, als oberstes politisches Gremium des Landes, Zeuge eines noch nie dagewesenen Tabubruches. Noch nie zuvor wurden in der Landesverfassung festgeschriebene Regeln und Rechte parteipolitisch mißbraucht.

Ich wurde als Abgeordneter auf die Landesverfassung auf die Bundesverfassung vereidigt, und ich möchte die Entwicklungen, die sich derzeit in Kärnten abspielen, nicht mitverantworten.

Geschätzte Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann und der Herr Landtagspräsident haben mehrfach das Überprüfungsrecht anerkannt: erstens durch die schriftlichen Anfragen zur Irakreise, zu den außereuropäischen Reisen, hat der Herr Landeshauptmann das beantwortet. Wäre es eine "Privatreise" gewesen, hätte er keine Antwort darauf zu geben brauchen. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Er macht es eh freiwillig! Worauf willst du denn hinaus?)* Zum zweiten hat er gemeint, daß er alle Rechnungen, Belege und sonstige Dinge dem Landesrechnungshof zur Verfügung stellen will. Der Landesrechnungshof ist auch nicht für Privatreisen zuständig, weil sonst müßte der Rechnungshofpräsident sich mit Rechnungen aus Tarvis beschäftigen.

Geschätzte Damen und Herren! An welchem kritischen Punkt ist eine parlamentarische Demokratie angekommen, die gewählten Vertretern ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen läßt? Diese Tage sind aus demokratiepolitischer Sicht für unser Land besonders bedenklich. Sie beweisen, daß alle Mahnungen von vernünftigen Landesbürgern in den Wind geschlagen werden. *(Abg. Steinkellner: Wer ist das?)*

Die Freiheitliche Partei Kärntens hat endgültig den Boden des demokratischen Rechtsstaates verlassen. Dieser Vorwurf, geschätzte Damen und Herren, *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das mußst du dem Schlüssel sagen!)* dieser Vorwurf muß bei euch jedenfalls Unruhe verursachen; zumindest bei den Denkenden. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Dann bist du der einzige!)*

Geschätzte Damen und Herren! *(Lärm in der FPÖ-Fraktion)* Dieser Tabubruch gegen die parlamentarische Demokratie ist von einer neuen, noch nie dagewesenen negativen Qualität. Bisher waren es lediglich Worte, die unserem Land Schaden zugefügt haben. Die Freiheitliche Partei ist zu den Taten übergegangen. Der Landeshauptmann verweigert dem Landtag seine Kontrollmöglichkeiten.

Der Landtagspräsident mißbraucht sein Amt, weil er den Landeshauptmann schützen möchte. Mittlerweile ist es klar, daß die Freiheitliche

Sablatnig

Partei Zeit gewinnen möchte, um alle Möglichkeiten, die es im Bereich von Buchhaltungen, im Bereich von Abrechnungen gibt, das zu frisieren. *(Mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten und aufgebrauchte Stimmung unter den Abgeordneten der FPÖ-Fraktion. - Lärm im Hause. - Abg. Lobnig: Das ist eine Unterstellung! Das ist eine Unterstellung!)* Und ich mache diesen Vorwurf deshalb, weil er öffentlich bekannt ist und weil es bereits neue Rechnungen gibt, die ausgestellt werden mußten. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion. - Abg. Lutschounig: Zeitgewinn war die Vorgabe!)*

(Lärm im Hause.) Geschätzte Damen und Herren! Aus den Medien ist zu entnehmen, daß es im Zuge der Auslandsreisen eine Reihe von Ungereimtheiten gibt. Und das Schlimmste was ich erlebt habe in diesem Haus seit 13 Jahren ist, *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das die Glocke nach Rom geflogen ist!)* daß der Herr Landtagspräsident einem durch ihn konstituierten Ausschuß jede Infrastruktur verweigert. Daß er nicht einmal in der Lage ist, eine Post weiterzugeben. Daß er meint, daß dieser Ausschuß nichtig sei, obwohl er ein Gutachten, ein von der FPÖ bestelltes beauftragtes Gutachten hat. *(Unaufmerksamkeit im Hause. - Zwischenruf von Abgeordneten Dr. Strutz.)* Es geht hier nicht um die Person; es geht hier um die Sache. Wir haben eine große Verantwortung für das Land Kärnten - und diese Verantwortung wollen wir wahrnehmen. *(Dies löst aufgelöste Stimmung unter den Abgeordneten der FPÖ-Fraktion aus. - Mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten der FPÖ-Fraktion.)* Und mit dem Slogan ... und mit dem Slogan "Macht braucht Kontrolle", haben Sie die Kärntner Bevölkerung hinters Licht geführt! Jetzt wollen wir diese Macht kontrollieren und Sie behindern mit allen ungesetzlichen und vermeintlich gesetzlichen Auslegungen diese Machtkontrolle zu verhindern. *(Beifall der ÖVP-Fraktion.)*

Geschätzte Damen und Herren! Wir haben uns als Untersuchungsausschuß die Aufgabe nicht leicht gemacht. Wir haben eine Protestnote verfaßt und ich werde dem Herrn Präsidenten die Protestnote, die wir ihn in sein Amt übermittelt haben, auch hier öffentlich übergeben. Vielleicht hat er die Muße, diese Protestnote zu lesen und einzusehen, daß die Freiheitliche Partei

in dieser Frage einen kalten Putsch vorgenommen hat. *(Vorsitzender Erster Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit. - Der Redner übergibt dem Vorsitzenden das erwähnte Schreiben. - Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Abgeordneter **Jost** (FPÖ):

Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Zu den Worten meines Vorredners fällt mir nur ein Zitat von Karl Kraus ein, der einmal festgestellt hat: "Besserwisser benehmen sich gegenüber der Klugheit als wäre sie etwas Unanständiges". Meine Damen und Herren ... *(Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Abg. Dr. Strutz: Das hat er jetzt nicht verstanden! - Abg. Dr. Wutte: ... Hast im Klub nichts zu reden! - Lärm und Unruhe im Hause.)* Klug, klug, meine Damen und Herren, klug wäre es und der Würde dieses Hauses würde es entsprechen, wenn Sie einen Antrag zu einem Untersuchungsausschuß einbrächten, der sich auf dem Boden der Verfassung bewegt, meine Damen und Herren. Und dafür, was also am Boden der Verfassung ist, gibt es eine sehr prägnante und interessante Zusammenfassung, die der Professor Walter Mayer vor einigen Tagen *(Ständige Zwischenrufe von Abgeordneten der ÖVP-Fraktion. - Abg. Dr. Wutte: Der heißt nicht Walter!)* Professor Mayer ... Entschuldigung, Professor Heinz Mayer, vor einigen Tagen im Standard veröffentlicht hat. *(Es herrscht Lärm unter den Abgeordneten der ÖVP-Fraktion.)* Und wörtlich schreibt Professor Mayer: "Die Landtagsmehrheit hat diesen Beschluß" - gemeint ist der letzte im Bezug auf den Untersuchungsausschuß - "hat diesen Beschluß gefaßt und hat sich in der heiklen Angelegenheit, gelinde ausgedrückt, auffallend sorglos verhalten ... auffallend sorglos verhalten. *(Zwischenruf von Abgeordneten Dr. Wutte.)* Hätten die Abgeordneten einen Blick in den Kommentar zur Geschäftsordnung ihres Landtages, von Dr. Havranek und von Dr. Sturm getan, so hätten sie dort gelesen, daß ein Untersuchungsausschuß für den selbständigen Wirkungsbereich des Landes eingesetzt werden darf und daß bei einem Darüberhinausgehen der Landtagsbeschluß absolut nichtig ist. Absolut nichtig ist! Absolut nichtig ist, meine Damen und Herren! Und so gesehen hat sich der Herr Präsident

Jost

Freunschlag ganz korrekt, auf dem Boden des Gesetzes und der Verfassung benommen, indem er (*Dies löst mehrere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten der ÖVP-Fraktion aus. - Abg. Dr. Wutte: Er hätte die Abstimmung nicht zulassen sollen! - Abg. Lutschounig: Das hätte er verhindern sollen! - Lärm im Hause.*) diesen nichtigen Beschluß nicht vollzogen hat. "Das Chaos ist also in Kärnten hausgemacht" - schreibt Professor Mayer. Schadenfreude ist trotzdem nicht angebracht - Kopfschütteln schon. Und das werden Sie wohl selber festgestellt haben, daß ein allgemeines Kopfschütteln über diesen Untersuchungsausschuß herrscht, weil auch jedem, jedem ... (*Mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten der ÖVP-Fraktion. - Lärm und Unruhe im Hause.*) einleuchtet, daß ein Untersuchungsausschuß des Landes nicht private Angelegenheiten überprüfen kann. (*Abg. Dr. Wutte: Das ist keine private Angelegenheit! - Unruhe im Hause.*) Und auch dazu hat der Professor Mayer ein ganz klares Wort gefunden. "Untersuchungsausschüsse sind eben nicht befugt, alles was als politisch bedeutsam angesehen wird zu untersuchen. Das mag man bedauern ... (*Lärm im Hause.*) das mag man bedauern, ist aber verfassungsrechtlich auch in allen anderen Bundesländern in derselben Weise festgelegt." "Es kann auch nicht" - und so schreibt Professor Mayer weiter - "jedes Organ des Rechtsstaates unbegrenzt tätig werden. Es gibt beschränkte Zuständigkeiten. (*Abg. Dr. Wutte: Ja, auch für den Landeshauptmann!*) Auch die Sicherheitsbehörden können nicht jeden Verdacht aufklären. Es gilt also, das ist ein Grundsatz, daß jedes Organ des Staates sich nur in dem Rahmen bewegen darf, der ihm eben von der Verfassung vorgegeben ist.

Und deshalb, meine Damen und Herren, ersuche ich Sie einen Antrag einzubringen, der verfassungskonform ist, (*Mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten der SPÖ- und ÖVP-Fraktion. - Abg. Dr. Wutte: Damit du mitstimmen kannst! Stimmst mit, Sigi?! Werst mitstimmen?*) damit auch die Kontrolle der Landtagsmehrheit über die Bühne gehen darf. Denn eines sage ich hier ganz offen. Wir bekennen uns selbstverständlich zu den Kontrollrechten des Landtages. Wir anerkennen die Mehrheit im Landtag, wenn sie bestimmte Dinge (*Anhaltende Zwischenrufe von Abgeordneten der ÖVP-Fraktion. - Lärm und*

Unruhe unter den Abgeordneten der ÖVP-Fraktion.) ... wir anerkennen die Mehrheit im Landtag, wenn sie bestimmte Dinge überprüfen will. Das steht außer Frage. Und Herr Klubobmann Wutte, ich möchte Sie nur an eines erinnern. (*Weitere Zwischenrufe von Abgeordneten Dr. Wutte. - Unruhe unter den Abgeordneten der ÖVP-Fraktion.*) Als ich im Kontrollausschuß den Antrag gestellt habe, daß der Rechnungshof die Überprüfung dieser Reisen vorziehen möchte und sie mit besonderem Vorrang erledigen möchte, haben Sie als allererstes zur Geschäftsordnung gegriffen und geschaut ... (*Der Vorsitzende: Eine halbe Minute Redezeit!*) ob dieser, mein Antrag, korrekt sei. Sie haben genau das gemacht, was der Präsident Freunschlag in der Angelegenheit "Untersuchungsausschuß" durchgeführt hat. (*Abg. Dr. Wutte: Das hätte der Präsident auch machen müssen. - Der Präsident hat ...*)

Abschließend möchte ich noch etwas sagen. (*Der Vorsitzende: Die Redezeit ist abgelaufen!*) Früher sind Untersuchungsausschüsse eingerichtet worden, um große Brocken des Landesbudgets zu untersuchen. Heute, mit dem Untersuchungsausschuß im Bezug auf die Reisetätigkeit des Landeshauptmannes, konzentrieren Sie 100 Prozent Ihrer Kräfte und Ihrer Aufmerksamkeit auf zwei Tausendstel des Landesbudgets. (*Einsetzender Beifall der FPÖ-Fraktion.*) Das sagt alles über die Wertigkeit dieses Ausschusses.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Als nächster Redner hat sich Abgeordneter Arbeiter gemeldet. (*Es beginnt ein Handy zu läuten.*) Ich darf ersuchen, die Handys abzustellen. Es ist auch für Besucher nicht erlaubt, das Handy zu aktivieren und ich bitte, unsere Vereinbarung einzuhalten und bei Verstoß ein Bußgeld von 10 Euro abzuliefern.

Abgeordneter **Arbeiter** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich hätte es mir erspart auf die verschiedenen Gutachten einzugehen, wenn nicht die Vorredner der FPÖ hier wieder einmal die Unrechtmäßig-

Arbeiter

keit umgekehrt dargestellt hätten und möchte dann doch ein paar Worte zu dem Gutachten verlieren. Zuerst allerdings habe ich mir gestern die Pressekonferenz des Herrn Landeshauptmannes angehört und ich möchte nur unterstreichen, was mein Kollege und Vorredner Dr. Kaiser bereits gesagt hat. Ich glaube, die Würde des Landtages wurde auch gestern mit seiner Wortmeldung eindeutig in Frage gestellt, indem er gesagt hat, naja und wenn ich will und zum Ausschuß gehe, dann können sie mich natürlich auch über private Dinge befragen und wenn es mir irgendwie paßt, werde ich dann auch Antwort geben. So quasi, laßt die Todeln fragen, irgendetwas werde ich ihnen schon sagen. (*Abg. Dr. Strutz: Also die Todeln, das ist Eure Definition! - Zwischenruf von Abgeordneter Steinkellner!*) Nachdem er nicht eine von den Persönlichkeiten (*Abg. Dr. Strutz: Das ist deine Interpretation! ... das ist meine Interpretation, selbstverständlich - (Abg. Dr. Strutz: Damit beleidigst du aber ...)*) Ich beleidige damit überhaupt niemanden, sondern nach dieser Aussage ist das eindeutig herausgekommen. (*Abg. Dr. Strutz: Mit dieser Interpretation beleidigst du ...*) Ich nehme an, (*Abg. Dr. Strutz: Es gibt nicht nur Pflichten, es gibt auch Rechte!*) daß jeder auch die Rechte und die Pflichten kennt, deswegen auch nur zur Erinnerung. Unter § 10 Absatz 3 ist folgende Formulierung zu finden: "Er hat seine Entscheidungen gerecht und unparteiisch zu treffen. Wenn ein Fall eintritt, für welchen dieses Gesetz keine Bestimmungen enthält, hat der Präsident den Landtag um dessen Meinung zu befragen". Das ist eindeutig klar und ich glaube, daß ich das nicht interpretieren muß. Das versteht, hoffe ich, jeder in diesem Haus. (*Abg. Lutschounig: Sogar der Strutz!*) Aber damit endlich auch die Bevölkerung einmal erfährt, welche Aufgaben eigentlich der soviel diskutierte Ausschuß hat, möchte ich sie in ein paar Punkten hier auch dem Landtag einmal kundtun. Was hat der Ausschuß beschlossen und verlangt? Eine Auflistung aller Mitarbeiter des Amtes der Kärntner Landesregierung, die direkt oder indirekt mit der Abwicklung der europäischen und außereuropäischen Reisen des Landeshauptmannes seit seinem Amtsantritt zu tun hatten oder noch haben. Auflistung sämtlicher über den Voranschlag Landesregierung "Reisegebühren-Ausland" für außereuropäische Reisen des Lan-

deshauptmannes seit Amtsantritt abgewickelten Zahlungen samt der Belege. Vollständige Teilnehmerlisten aller Teilnehmer an diesen Reisen, deren Namen ja bekannterweise auch schon über die Medien genannt worden sind. Auflistung der von Mitarbeitern des Landeshauptmannes im Zusammenhang mit den Reisen des Landeshauptmannes in außereuropäische Länder seit Amtsantritt erfolgten Dienstverrichtungen. Auflistungen - was auch sehr interessant ist - aller Gastgeschenke oder sonstiger Zuwendungen an dritte Personen oder Istsituationen bei diesen diskutierten Reisen. Auflistung aller Zuwendungen dritter Personen oder Unternehmungen an Landeshauptmann Haider oder an die FPÖ zur Finanzierung von Reisen des Landeshauptmannes in außereuropäische Länder seit Amtsantritt. Und einige andere Punkte. Ich glaube, das waren die wesentlichen Punkte die in diesem Ausschuß sehr korrekt und klar besprochen worden sind. Und wenn es nichts zu verbergen gäbe, wären meiner Meinung nach die Antworten jederzeit und leicht zu geben.

Ich möchte auch die Kleine Zeitung einmal zur Hand nehmen und die von mir noch immer sehr geschätzte und vor allem in den sachlichen Diskussionen immer sehr hart aber sehr sachlich agierende, (*Abg. Dr. Wutte: Die Hilde!*) die Hilde Trattng einmal hier kundtun. Damit bräuchten wir eigentlich den Streit über den Gutachter gar nicht führen, weil sie sagt eindeutig und klar in dieser Presseaussage: "Wenn Haider die Größe des Volkes überbringt, dann kann man nicht von einer Privatreise sprechen." Und das ist für mich ... (*Zwischenruf von Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo. - Abg. Dr. Wutte: So ist es!*) So ist es. Das hat ja die Frau Trattng gesagt und nicht ich. Und daß die Optik nicht gut ist und diese Dinge möchte ich gar nicht wiederholen, weil ich annehme, daß die Kleine Zeitung jeder der Abgeordneten liest. Aber jetzt zu diesem Untersuchungsausschuß. Der Kollege Strutz ist ein Experte im Vorlesen von halben Absätzen oder nicht ganzen Formulierungen. Das ist richtig was er gesagt hat, aber er hat natürlich wieder einmal in dem Gutachten, das er scheinbar hat - was er auch haben sollte - unterlassen (*Abg. Dr. Wutte: Ist ja öffentlich!*) folgende - Entschuldigung - (*Der Redner muß niesen.*) Formulierung ... (*Der Vorsitzende: Eine halbe Minute Redezeit noch!*) "Der Landtag hat das Recht, die Landes-

Arbeiter

regierung oder einzelne ihrer Mitglieder hinsichtlich ihrer Amtsführung zu überprüfen und durch Anfragen aller einschlägige Auskünfte zu verlangen. Das sogenannte "Interpellationsrecht". Der Landtag hat weiterhin das Recht, seine Wünsche über die Ausübung der Vollziehung des Landes durch die Landesregierung oder einzelner ihrer Mitglieder in Entschließungen Ausdruck zu geben - das "Resolutionsrecht".

Der Landtag hat das Recht durch Beschluß in den Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches des Landes (*Der Vorsitzende: Die Redezeit ist abgelaufen!*) Untersuchungsausschüsse einzusetzen - und nachdem die Redezeit mit fünf Minuten leider verdammt kurz ist, oder sehr kurz ist - das Ergebnis dieses Gutachtens von einem ganz bekannten, mindestens gleich bekannten, Verfassungsfachmann ... Der Kärntner Landtag ist zuständig und befähigt zu prüfen, ob Auslandsreisen des Landeshauptmannes, bei dem es Kontakte mit ausländischen Staatsorganen gegeben hat, in amtlicher Funktion des Landeshauptmannes als Repräsentant des Landes oder in dessen Eigenschaft als Privatmann erfolgt ist. (*Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen. - Herr Abgeordneter! Ihre Redezeit ist weidlichst ausgenützt!*) Ich darf aber auch hier zum Schluß dem Herrn Präsidenten die Protestnote im Namen von uns beiden im Untersuchungsausschuß Tätigen, Kollege Kaiser und mir, übergeben. (*Der Redner übergibt die Protestnote an den Vorsitzenden. - Der Vorsitzende: Die Redezeit betrug 5 Minuten und 46 Sekunden.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Ramsbacher das Wort.*)

Abgeordneter **Ramsbacher** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich glaube, wenn der Abgeordnete Jost hier kopfschüttelnd gezeichnet hat, so muß ich schon dazu sagen, ist in Österreich schon ein großes Kopfschütteln, denn SPÖ-Klubobmann Dr. Fischer, Dr. Graf, Dr. Öhlinger und nunmehr Universitätsprofessor Dr. Funk ... (*Zwischenruf von Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo.*)

die können Ihnen wahrscheinlich nicht weismachen, daß etwas, das wirklich in ganz Österreich

Kopfschütteln verursacht, wenn jemand sagt: "Ich überbringe die Grüße des Landes" und auf der anderen Seite gestern noch extra dazu erklärt - (*Heiterkeit in der FPÖ-Fraktion*) das ist ja unverständlich - er habe sich politisch arrangiert im Interesse der Staatsvermittlung, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Nicht arrangiert sondern engagiert!*) um vielleicht Saddam Hussein oder Gaddafi nach Kärnten zu bringen und dann zu sagen: eine Privatreise. Und genau das hat Öhlinger und Funk bestätigt. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Wer ist der Öhlinger?!*) Auch hier gilt es, daß dem Landtag die Zugangskontrolle mit dem Hinweis verwehrt werden darf, daß es sich um eine rein private Reise gehandelt habe. Eben dies ist ja zu untersuchen und es liegt in der Kontroll- und Beurteilungskompetenz des Landtages, diese Fragen auch durch einen Untersuchungsausschuß zu klären. Wenn sich aufgrund dieser Untersuchung herausstellt, daß eine rein private Reise vorliegt, dann endet die weitere politische Kontrolle durch den Landtag. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*) Wir wollen nicht die privaten Reisen des Herrn Dr. Haider untersuchen, (*Abg. Stangl: Euch glauben wir nichts mehr!*) sondern es muß geklärt werden, ob es sich um private, um halboffizielle oder offizielle Reisen handelt. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ich werde das erläutern! - Beifall von der ÖVP-Fraktion*) Bitte, das ist der Grund! Nur eines verstehe ich nicht, Ihr seid unheimlich wehleidig. Ihr habt in der letzten Periode zwei Mißtrauensanträge gegen Landeshauptmann Zernatto eingebracht, die sogar noch durchgegangen wären. (*Unruhe in der FPÖ-Fraktion*) Wir dürfen nicht einmal einen wirklich gesetzlich fundierten, von fünf Fachgutachten fundierten, Untersuchungsausschuß, (*Abg. Dr. Strutz: Deswegen macht Ihr heute einen Neuen! - Lärm in der ÖVP-Fraktion*) wo ja gar nicht gesagt ist, (*Unruhe im Hause - Der Vorsitzende, das Glockenzeichen gebend: Am Wort ist der Abgeordnete Ramsbacher!*) daß etwas herauskommt. Wir wollen endlich haben, Herr Dr. Strutz, daß diese Verdunkelung, diese Verschleppung und was noch alles dabei ist, daß ein Sekretär das Essen zahlt, daß ein Pressesprecher Flüge zahlt, daß Probleme mit dem Zoll und humanitärer Hilfe usw. ... Wobei man ja am 28. Jänner gesagt hat: "Wir fliegen ja trotzdem zum Saddam, wenn auch keine humanitäre Hilfe genehmigt wird". Das ist ja der Grund! Es muß

Ramsbacher

ja nicht etwas herauskommen, daß er sofort die Ministeranklage kriegt und der Adamovich entscheiden muß. (*Heiterkeit in der FPÖ-Fraktion*) Das muß ja gar nicht sein. Ihr habt ja sicherlich eine Riesenangst, daß eine Ministeranklage doch herauskommen könnte, und daß es vielleicht doch stimmt, das Gerichtsurteil, das der Adamovich als einziges - was vom Haider übrigens nicht widerlegt oder auch angekämpft wird, ... Der Adamovich hat in der Kleinen Zeitung gesagt: "Der Dr. Haider lügt". Er hat gelogen und er hat es nicht dementiert. Wir haben wirklich die höchste Auszeichnung vom Verfassungsgerichtshof, daß unser Landeshauptmann ein Lügner ist. Und ich glaube, daß er ein bißchen Angst hat davor, mit der ganzen Ortstafelproblematik, die da also liegt. Und das glaube ich schon! Wenn nichts drinnen ist, sind wir froh. Denn dann können wir Kärntner uns wieder hinstellen, aber momentan genießen wir uns. Momentan genießen wir uns für diesen Landeshauptmann! Das ist das Problem und nicht nur in Kärnten sondern wenn man nach Wien oder in ein anderes Bundesland fährt (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*) oder auch in Europa herum kommt, dann wird gefragt: "Was habt denn ihr in Kärnten?" (*Zwiesgespräche im Hause*) Gäste, die aus Deutschland kommen, schütteln auch den Kopf genauso. Und da steht dann jemand her und sagt: "Er versteht nicht, warum es nicht anständig ist, was der Landeshauptmann gemacht hat."

Meine Damen und Herren! Wir haben hier in diesem Landtag leider das Problem gehabt, daß ein Landesobmann gleichzeitig auch Präsident war. Das hat er abgelegt, scheinbar! Aber anscheinend ist die Abhängigkeit noch viel größer geworden. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*) Die Abhängigkeit ist noch viel, viel größer geworden. (*Heiterkeit in der FPÖ-Fraktion - 3. Präs. Mitterer: Ihr habt ja nur den Neid, weil Ihr keinen Präsidenten stellt!*) Und es ist optisch wirklich eine Katastrophe, ... (*Vorsitzender: Eine halbe Minute Redezeit noch, Herr Abgeordneter!*) Die Kleine Zeitung schreibt, es ist der letzte Tag wo der Präsident heute noch auf dem Boden der Gesetzmäßigkeit zurückkommt.

Wir haben lange diskutiert, ob wir diesem Antrag wirklich zustimmen sollten auch in Richtung SPÖ-Antrag. Ich sage Ihnen eines, nur aus dem Grund, daß endlich die Verschleppung und Verdunkelung hier endlich aufgedeckt wird, und

daß gearbeitet wird und auch zur Reputation - wenn Ihr es wollt - auch eures Landeshauptmannes. Wenn er nichts getan hat, dann soll es klar gestellt werden! (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!*) Wenn er keine Zoll- und keine andere Schwierigkeiten gemacht hat. Und deshalb fordern wir, daß so schnell wie möglich untersucht wird im Interesse Kärntens und des Ansehen Kärntens und sonst gar nichts. (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! - Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort.*)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

(*Abg. Dr. Strutz: Mit dem habt Ihr eine Mordsfreude!*) Sehr geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist leider weniger beeindruckend als einigermaßen erheiternd, wenn man hier miterleben muß, was herauskommt, wenn Schwarze weißer sein wollen als der Schnee selbst. (*Abg. Dr. Wutte: Deine Vergleiche sind auch ...!*) Immerhin wissen wir jetzt, was Verschleppung und was Verdunkelung bedeutet. Aber, meine lieben Freunde von der ÖVP, machen Sie sich auch einmal Gedanken über jene Zeit und vielleicht stellen Sie auch da einmal einen Prüfungsauftrag über die Zeit, als ein Herr Dr. Zernatto Landeshauptmann war. Über die Zeit, in welcher er Golf spielend die größte Landesverschuldung eines Bundeslandes verursacht hat, die es je in dieser Republik gegeben hat. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion - Abg. Ramsbacher: Wenn wir eure Stromregelung beschlossen hätten, dann hätten wir weit über eine Milliarde Schulden gehabt!*) In Wirklichkeit stehen Sie vor der größten Blamage Ihrer Fraktion in diesem Landtag. Denn mit der Zustimmung zum SPÖ-Antrag sagen Sie selbst, dokumentieren Sie selbst, daß Ihr Antrag nicht verfassungskonform und nicht vollziehbar war. (*Lärm in der ÖVP-Fraktion - Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Und bezeichnend dazu sind auch die Zitate. Der Herr Klubobmann Wutte hat die Artikel 54 und 67 der Landesverfassung zitiert, nicht aber den Artikel 69, (*Zwischenruf vom Abg. Dr. Wutte*) wo eindeutig ... Das wäre einer gewesen, nämlich der wesentliche, aus dem eindeutig hervorgeht, daß der

Dipl.-Ing. Gallo

Landtag nur das Recht hat, durch Beschluß in den Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches des Landes Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Das ist der springende Punkt! Und Sie greifen zu Verbalinjurien, sprechen wider besseres Wissen von Mißbrauch der Macht. Wer hat denn die Macht? Es ist ja keine Partei hier, die eine absolute Macht hat. (*Lärm in der SPÖ- und ÖVP-Fraktion*) Sie unterstellen Beamten der Landesverwaltung Manipulationen der Buchhaltungsunterlagen. Das machen Sie! Sie sprechen vom kalten Putsch! (*Abg. Dr. Strutz: Ungeheuerlich!*)

Herr Abgeordneter Sablatnig, ein Wort noch zu dir, weil eigentlich bist du nur Bestandteil eines rechtlichen Nullums und damit auch eine Null, (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) aber immerhin am Holzweg von Kühweg zu ganz weg. Laß dir das einmal sagen. (*Abg. Sablatnig: Das ist die Auslegung Gallo!*) Das mag sein. Dazu stehe ich auch. Aber hier von einem kalten Putsch zu sprechen, das ist wohl der Gipfel der Einfallslosigkeit. (*Lärm in der ÖVP-Fraktion*) Und im übrigen regst du dich einerseits auf, daß der Herr Landeshauptmann etwas nicht beantworten will und andererseits kritisierst du, daß er eine Anfrage hier im Landtag beantwortet hat. (*Abg. Sablatnig: Was denn für eine, bitte?! - Unruhe in der ÖVP-Fraktion*) Also da soll sich noch jemand auskennen. (*Abg. Sablatnig: Das hast du nicht verstanden, okay!*) Sie sind zwar in sehr guter Gesellschaft mit einigen Medien, die auch bar jeder Objektivität und bar jeder rechtlichen Grundlage eine Hatz auf den Landtagspräsidenten veranstalten, aber sie werden nicht weiterkommen. Die Menschen wollen das nicht. Die wollen, daß wir hier arbeiten, daß wir hier konkrete Beschlüsse fassen, daß im Land etwas weitergeht. (*Lärm in der ÖVP-Fraktion*) Und wenn jemand behindert, dann sind Sie das, die hier nicht arbeiten wollen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) Die Ausschubarbeit ist gelähmt, weil sofort der Vorwurf kommt, ein anderer Ausschuß blockiert den sogenannten privaten Untersuchungsausschuß eines selbst ernannten Scharfrichters. Hier müssen Sie zu einer Regelung kommen, die zumindest für die Menschen verständlich ist.

Das was Sie hier machen steht nicht einmal im Einklang mit dem, was Sie selbst im Parteigut-

achten des Herrn Professors Funk vorlegen. Denn auch da ist in eindeutiger Weise festgeschrieben - und ich werde Ihnen drei Passagen zitieren - "daß die Abgrenzung zwischen amtlich und privat nicht allein vom äußeren Geschehen her erfolgen kann, sondern sie ergibt sich aus der Anwendung rechtlicher Maßstäbe." Das war auch die Richtschnur des Präsidenten bis jetzt. (*LH-Stv. Dr. Ambrozy: Weiter lesen und Schlußfolgerungen daraus ziehen! - Lärm in der ÖVP-Fraktion*) Sie müssen nur vollständig zitieren! Dann ein weiterer Punkt: "Es ist davon auszugehen, daß privates Verhalten nicht dem Untersuchungsrecht des Landtages unterliegt." Und weiter: "Es wäre nicht zulässig einen Untersuchungsausschuß mit einem Erkundungsauftrag zur Prüfung eines Verhaltens einzusetzen." Sie müssen das alles nur vollständig lesen. Und weil Sie den Präsidenten so angreifen, (*Abg. Dr. Wutte: Das mußt du aber verstehen!*) darf ich Ihnen aus ... Ja, der einzige, der was versteht ist der Herr Wutte, deshalb hat er es im Leben noch zu nichts gebracht außer zum Parteiheini. (*Abg. Dr. Wutte: Des Lesens bist du mächtig, aber des Verstehens nicht! - Abg. Lutschounig: Das ist eine Frechheit, was der da sagt!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die ... (*Vorsitzender: Sie haben noch 20 Sekunden Redezeit, Herr Abgeordneter!*) Noch zwei Sätze: Ich erwähne, daß im Parlament in Wien in einer ähnlichen Situation zum Beispiel der Abgeordnete Wabl - also nicht von der FPÖ - gemeint hat, daß die Entscheidung nicht bei den Juristen liegt, deren Gutachten unterschiedliche Meinungen zum Ausdruck bringen, sondern jetzt beim Präsidenten. Und der Herr Präsident Fischer sagt dann - auch nicht Mitglied der FPÖ - (*Abg. Steinkellner: Nein, sicher nicht!*) "Er ist es jetzt aber seiner Funktion schuldig, nach sorgfältiger Abwägung aller Umstände auf die Rechtsfrage konzentriert eine Entscheidung zu treffen." (*Der Vorsitzende, das Glockenzeichen gebend: Herr Abgeordneter, die Redezeit ist abgelaufen!*) Das hat auch der Präsident Freunschlag gemacht. Das war rechtskonform und damit ist alles, was hier dem Präsidenten vorgeworfen wurde und weiterhin wird, Null und nichtig. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Herr Abgeordneter! Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf, weil Sie den Abgeordneten Sablatnig als Null bezeichnet haben und das ist nicht der Stil der Hauses. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Als nächster hat sich Abgeordneter Klubobmann Unterrieder gemeldet. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Je mehr verteidigt wird, warum man einen Untersuchungsausschuß, der demokratisch eingesetzt worden ist in diesem Hause, nicht arbeiten läßt, desto mehr verstärkt sich der Verdacht, daß diese Irak-Reise vieles in sich verbirgt, was einer dringenden Aufklärung bedarf. *(Abg. Dr. Wutte: Genau!)* Das ist heute einmal bestätigt. *(Beifall von der SPÖ- und ÖVP-Fraktion)*

Ich darf eines feststellen: Es ist ein sehr dunkles Kapitel des Kärntner Landtages, mit welchem wir uns zu beschäftigen haben. Der Herr Präsident hat eine demokratische Entscheidung aus juristischen, formal juristischen oder sonstigen Gründen nicht zur Kenntnis genommen und hat gesagt: Er ist nicht rechtens eingesetzt. Es gibt Gutachten, die sprechen dagegen. Daß der Präsident Recht hat, das ist eines. Und es gibt viele Gutachter, die sagen, der Landtag hat zu Recht diesen Untersuchungsausschuß eingesetzt und er kann untersuchen. Um das geht es aber nicht. Und ich muß sagen, der Landtag hat Kontrollrechte. Und ich habe das schon einmal gesagt und ich war insgesamt acht Jahre Erster Präsident dieses Hohen Hauses. Diese Kontrollrechte sollte sich der Landtag nie nehmen lassen. Nie nehmen lassen und nicht auf der juristischen Ebene hin und her streiten. Aus diesem Grund interessiert mich das Kapitel - wer Recht hat, wer nicht Recht hat - nicht mehr. Aus diesem Grund werden wir (haben wir ja vereinbart) einen Antrag einbringen, damit wir endlich in die Untersuchungsphase kommen, damit der Herr Präsident endlich seiner Sorgfaltspflicht nachkommen kann und den Damen und Herren Mitgliedern des Untersuchungsausschusses die notwendige Struktur zur Verfügung stellen kann.

Aus diesem Grund wird der Antrag eingebracht, damit man dann sieht, daß diese Irak-Reise wo der Herr Landeshauptmann die Grüße der Kärntner Bevölkerung an den blutrünstigen Diktator weitergebracht hat, daß an dieser Irak-Reise doch einiges anscheinend zu verbergen sein könnte. Mehr wollen wir nicht! Wir wollen Aufklärung haben!

Und mich hat es sehr verwundert, wie schnell der Rechnungshof hier agiert hat und wie schnell es eine Stellungnahme gegeben hat im Zusammenhang mit dieser Irak-Reise aufgrund unseres Ersuchens. Weil immer die Strategie der Freiheitlichen Partei ... Ich hoffe nicht, daß der Rechnungshof eine Einrichtung der Freiheitlichen Partei ist, weil sonst muß ich sagen, müssen wir sehr lange darüber diskutieren. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das ist die nächste Unterstellung!)* Die Strategie ist genau gewesen: Rechnungshofuntersuchung ja, Untersuchungsausschuß nein. Da werden wir nicht mitspielen, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus! Wir wollen diesen Rechtsstreit beenden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)* Und ich muß Ihnen eines noch sagen: Die Bevölkerung will Aufklärung haben. *(Abg. Dr. Wutte: Genau!)* Das Bild, das wir in der Öffentlichkeit österreichweit darstellen, ist ein fatales Bild. Ein fatales Bild! Und dieses ständige Verhindern einer Untersuchung, indem wir streiten - es reicht! Geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus, es reicht!

Wir werden heute diesen Antrag einbringen mit der Formulierung: "Der Kärntner Landtag wolle beschließen: Der Kärntner Landtag setzt einen Untersuchungsausschuß zur Überprüfung und Feststellung ein, wie hoch der finanzielle Aufwand der von Landeshauptmann Dr. Jörg Haider seit seinem Amtsantritt durchgeführten Flugreisen in europäische und außereuropäische Länder gewesen ist, wer für diesen Aufwand aufgebracht ist, insbesondere inwieweit Mittel des Landes Kärnten dafür verwendet wurden und ob bei diesen Flugreisen alle Rechtsvorschriften eingehalten wurden.

Die Zahl der Mitglieder des Untersuchungsausschusses soll weiterhin mit fünf festgesetzt werden."

Ich werde am Beginn des Eingehens in die Tagesordnung laut Geschäftsordnung diesen An-

Unterrieder

trag einbringen und werde den Präsidenten dann ersuchen, diese Wahl durchzuführen. Ich bitte alle Damen und Herren Abgeordneten und auch die Freiheitliche Partei, die sich immer auf die Rechtssituation ausredet, hier mitzustimmen, daß wir Licht ins Dunkel bringen, wenn sie eh immer sagt, sie will ja Aufklärung haben, aber der Antrag war nicht rechtens, was nicht meine Rechtsmeinung ist zu diesem Thema.

Aus dem Grund Aufforderung: Machen wir gemeinsam einen Beschluß! Wir sind ja alle in diesem Untersuchungsausschuß dann vertreten, aufgrund der Stärkeverhältnisse. Und jetzt kommt die Stunde der Wahrheit, geschätzte Damen und Herren der Freiheitlichen Partei! Stimmen Sie mit! Gehen Sie in den Untersuchungsausschuß! Klären Sie mit auf! Dann können wir diese unrühmliche Causa für unser Land beenden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Grilc das Wort.)

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Nichtjurist war ich einigermaßen erstaunt über die Art der Debatten im Zusammenhang mit diesem ersten Ausschuß. Natürlich prallen die beiden Meinungen aufeinander. Wir gehen aufgrund des Gutachtens vom Univ.-Prof. Funk davon aus, daß unser Antrag korrekt war, daß der Ausschuß auch ordnungsgemäß einberufen wurde - aber das ist ja hinlänglich diskutiert worden.

Daß er behindert wurde, weiß man mittlerweile. Ich möchte nicht haben, daß das Ganze sozusagen auf akademischer Ebene in einer endlosen Diskussion mündet, sondern ich gebe in dem Fall Klubobmann Unterrieder durchaus recht. Die Sache gehört einmal aufgeklärt! Das ist auch der wesentliche Grund, warum wir diesem zweiten Ausschuß, der heute antragsmäßig eingebracht wird, von seiten der ÖVP zustimmen werden. Ich betone noch einmal: Aufgrund der Gutachten gehen wir natürlich davon aus, daß unser Vorgehen zwar richtig war, aber um genau eben eine allfällige politische Blockade zu verhindern, ist diese Möglichkeit geboten mit dem zweiten Ausschuß. Wir werden daher diesen Antrag mittragen. *(Beifall von der ÖVP-*

Fraktion)

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Schwager das Wort.)

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Eingehend, bevor ich mich mit dem Untersuchungsausschuß befasse, möchte ich doch auf die Vorredner von ÖVP und SPÖ eingehen. Sie sind da in einer fatalen Lage, vor allem die der ÖVP, weil der Bundes-ÖVP und den vom Ramsbacher zitierten anderen Bundesländern, ist es eher peinlich, was ihr hier aufführt. Ihr selber alle weißt, vor allem Klubobmann Wutte, daß er von der Bundes-ÖVP mehrmals schon gemahnt wurde, in Kärnten zur Sacharbeit überzugehen und nicht solche nutzlose Spektakel abzuführen. *(Abg. Dr. Wutte: Aber geh!)*

Bei der SPÖ ist es leider umgekehrt. Die SPÖ will eh nicht so richtig. Die wird aber wieder getrieben von der in Opposition befindlichen Bundes-SPÖ und von ihrem Vorsitzenden Gusenbauer, der - in Ermangelung von Sachthemen - auf Bundesebene schaut, irgendwo dem „Meilenstein der freiheitlichen Bewegung“, dem Dr. Haider und dem Landeshauptmann von Kärnten, irgend etwas am Zeug zu flicken, damit das eben für die Freiheitlichen nicht ganz so gut ausschauen sollte. Das ist einmal die Ausgangsbasis von dem, was wir hier haben.

Ich bin auch nicht der Meinung des Klubobmannes der SPÖ, daß die Bevölkerung Aufklärung haben will, weil ich bin genug unterwegs und genug bei den Leuten, die immer wieder sagen, *(Abg. Dr. Wutte: Von dir erwarten sie eh keine Auskunft!)* im Hinblick auf alle Parteien im Kärntner Landtag: "Bitte schön, tut Sacharbeit leisten, da drunten in Klagenfurt, und nicht immer streiten!" Eine nicht ganz neue Studie und Umfrage hat klar herausgebracht, daß die Bevölkerung mehrheitlich, mit einer großen Mehrheit, der Meinung ist, daß die Arbeit des Landeshauptmannes von Kärnten *(Abg. Dr. Wutte: Eher nicht so gut ist!)* durch SPÖ und ÖVP behindert wird. *(Lärm im Hause)* Da schaut es ja dann nicht so gut aus. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Abg. Dr. Wutte: Jeden Blödsinn las-*

Schwager

sen wir ja nicht durchgehen!)

Zum Untersuchungsausschuß und zum Kärntner Landtag: Auch ich sehe, daß da sehr bedenkliche Strömungen sich in diesem Landtag breitmachen. Da möchte ich gleich einmal darauf verweisen, daß jeder - und man braucht kein Verfassungsjurist zu sein -, der die Geschäftsordnung lesen kann, feststellen muß, daß es diesen von der ÖVP beantragten und dann eingesetzten und mit Nichtigkeit behafteten Untersuchungsausschuß nicht geben kann. Man kann eben im Kärntner Landtag sehr wohl Kontrolle den Regierungsmitgliedern gegenüber ausüben, aber man kann auch nicht alles machen, weil sonst könnte der Kärntner Landtag mit Mehrheit beschließen - was auch da schon einmal gesagt worden ist -, den Freiheitlichen die Mandate abzuerkennen und solche Sachen. (*Abg. Sablatnig: Das habt ja ihr versucht!*) Das geht eben nicht! Wir haben eine Geschäftsordnung, und der Kärntner Landtag hat sich daran zu halten.

Da möchte ich massiv die ÖVP- und die SPÖ-Redner hier kritisieren, weil ein Fundament dieser Demokratie, das ist die Präsidiale. Den Präsidenten in einer unqualifizierten Art und Weise hier ständig anzugehen, zu kritisieren, ihm das Fachliche abzusprechen und ihm die Ausgewogenheit hier abzusprechen, das ist mit aller Schärfe, die zur Verfügung steht, da einmal zurückzuweisen! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Verehrte Damen und Herren! Wir ziehen uns ja selber mit solchen Bemerkungen, die ihr macht, den Boden unter den Füßen weg. Wenn dann sogar angeregt wird - und das vom Klubobmann Wutte -, daß da die Verfassung geändert werden soll, daß der Präsident wieder irgendwie ausgepackelt werden soll, wenn eine Mehrheit des Landtages, hat er gesagt, das will. (*Abg. Dr. Wutte: Eine Mehrheit ist besser als eine Minderheit!*) Die Mehrheit des Wählers ist wichtig und nicht die Mehrheit des Landtages! (*Aus der ÖVP-Fraktion: Uiiiih-Rufe. - Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Lärm im Hause.*)

Die FPÖ hat halt bei der letzten Wahl mehr als doppelt so viel Stimmen gehabt als die ÖVP. Und das ist dann auch mit irgendwelchen Päckeleien nicht wegzubringen. Ich sage euch: Wenn man die Verfassung ändert, so gehe ich sogar noch weiter, (*Lärm in der SPÖ-Fraktion. - Der*

Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.) dann gehört halt der Landeshauptmann direkt vom Volk gewählt, damit diese Manipulationsmöglichkeiten, die hier schon stattgefunden haben, auch nicht mehr möglich sind! (*Abg. Dr. Strutz: Bravo! - Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Lärm im Hause. - Abg. Unterrieder: Wo bleibt die Demokratie? Ich habe gedacht ... Du bist der einzige Ehrliche, du sagst genau das, was die Meinung ist: Wir brauchen einen Landeshauptmann und sonst niemanden! - Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Am Wort ist der Herr Abgeordnete Schwager, bitte!*) Wir Mandatare sind vom Volk gewählt, deshalb sitzen wir hier, deshalb stehen wir hier und können reden: für die Bevölkerung in Kärnten. Und ich bin der Meinung, (*Abg. Dr. Wutte: Der Haider hat aber keine Mehrheit!*) daß die wichtigsten Positionen im Lande Kärnten auch direkt vom Volk gewählt werden müssen, (*Abg. Dr. Wutte: Der Landtagspräsident!*) damit die unschönen Zustände, die es vor Jahren gegeben hat, vor allem in den neunziger Jahren, eben nicht mehr stattfinden. Das möchte ich euch auch sagen! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Die SPÖ hat auch nichts dabei gefunden - um noch eine Antwort zu geben -, daß über Jahrzehnte hinweg der Landeshauptmann, der Erste und der Dritte Landtagspräsident und der Erste Landeshauptmann-Stellvertreter auch von der SPÖ immer bestellt wurden. Und wir haben das damals auch nie in Frage gestellt, weil (*Abg. Sablatnig: Weil solche Zustände hat es noch nie gegeben!*) eben das die Bevölkerung, der wahlberechtigte Kärntner so hat haben wollen. Und ihr versucht ja schon seit 1989 ... (*Vorsitzender: Herr Abgeordneter, die Redezeit ist abgelaufen. Ich bitte, zum Schluß zu kommen!*) Ich komme gleich zum Ende.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, die Botschaft ist drübergekommen. Zur Sacharbeit zurückzukommen, möchte ich mahnen hier und nicht zu polemisieren und Sachen, die gelaufen sind und längst positiv abgehandelt sind, weil das bringt ja etwas für Kärnten, wenn auch der Landeshauptmann Außenpolitik betreibt, (*Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Herr Abgeordneter ...*) daß wir zur Sacharbeit zurückkommen (*Vorsitzender: ... bitte, zum Ende zu kommen!*) und nicht polemisieren und das auch laufend! (*Abg. Dr. Strutz: Bravo! - Beifall von*

Schwager

der FPÖ-Fraktion.)

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Cernic das Wort.)

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ohne jetzt das, was schon x-mal gesagt worden ist, noch einmal wiederholen zu wollen, möchte ich einfach nur kurz auf meine persönlichen Gefühle eingehen, die ich so empfinde, wenn ich über die Wahrnehmung oder die Möglichkeiten nachdenke, die es gibt, um die demokratischen Kontrollrechte des Landtages zu sichern. Ich muß dazu sagen: Eigentlich sind meine persönlichen Gefühle dazu schlecht.

Was ich hier erlebt habe, ist zum Beispiel eine Kultur der Anfragebeantwortung durch einige Mitglieder der Landesregierung, (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Schiller?) die bedauerlich ist und die eigentlich demokratiepolitisch bedenklich ist.

Es ist sehr, sehr häufig so, daß Anfragen unzulänglich beantwortet werden, daß die Antworten unzureichend sind, daß sie gelegentlich nicht einmal sehr viel zu tun haben mit der Fragestellung. Das gilt für die mündlichen, besonders aber auch für die schriftlichen Anfragebeantwortungen.

Auch mein Gefühl den Herrn Präsidenten betreffend ist nicht besonders gut. (Heiterkeit beim Abg. Dr. Strutz) Zu oft mußten wir im Laufe der vergangenen Legislaturperiode darauf hinweisen, daß sein Verhalten nicht den im Artikel 7 festgelegten Rechten und Pflichten entspricht, sondern daß er eigentlich extrem parteilich agiert. (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Können Sie ihn deswegen nicht zum Geburtstag einladen?)

Auch die Nutzung des juristischen Interpretationsspielraumes in der Angelegenheit dieses Untersuchungsausschusses, auch die Nutzung dieses Interpretationsspielraumes ist demokratiepolitisch, glaube ich, bedenklich. Schließlich und endlich haben wir diesen Untersuchungsausschuß unter anderem deshalb benötigt, weil der Landeshauptmann von Kärnten selber nicht genau weiß, ob er dem Diktator Saddam Hussein im Namen des österreichischen Volkes privat oder in öffentlicher Funktion die Hand geschüttelt hat.

Insgesamt, meine sehr geehrten Damen und Herren, denke ich, daß es von entscheidender Bedeutung ist, daß wir diesem Untersuchungsausschuß einen Rahmen einräumen, in dem er auch arbeiten kann. Insgesamt aber halte ich - so wie einige meiner Vorredner auch - die gesamte Vorgangsweise in dieser Angelegenheit als bedenklich und sehr bedauerlich! (Beifall von der SPÖ-Fraktion. - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das kann man jetzt zweifach interpretieren!)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es liegt keine Wortmeldung zur Aktuellen Stunde mehr vor.

Lassen Sie mich, nach all diesen Wortmeldungen zu diesem Thema, abschließend noch einmal die Ereignisse und Fakten zusammenfassen! Bereits anlässlich der Sitzungsunterbrechung am 21. Februar 2002 habe ich in der Obmännerkonferenz die Parteien nach Befragen der Leiterin des Verfassungsdienstes aufgefordert, doch einen gesetzeskonformen Antrag einzubringen bzw. die Abstimmung über den offensichtlich gesetzeswidrigen Antrag auf die nächste Landtagssitzung zu verschieben, um eine fundierte rechtliche Prüfung des Antrages durchführen zu können und um sich letztlich die Blamage eines später als absolut nichtig anerkannten Aktes zu ersparen.

Dies, meine Damen und Herren, wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Ich bedauere es aus der heutigen Sicht um so mehr, da es wir uns ersparen hätten können, eine wochenlange parteipolitische Streiterei, über ein Thema, das sicherlich von Interesse für den Landtag ist, in dieser Hinsicht hier zu führen.

Ich möchte hier eines noch einmal klarstellen: Da es keine Abänderung dieses Antrages gegeben hat und er formal richtig eingebracht war, war ich - im Gegensatz zu vielen Behauptungen in der Öffentlichkeit - gemäß der Geschäftsordnung verpflichtet, diesen Antrag abstimmen zu lassen und auch anschließend diesen Ausschuß zu konstituieren.

Meine Damen und Herren! Nach diesem Akt wurde von mir, wie allen angekündigt, ein Rechtsgutachten über die Frage der Rechts- und

Dipl.-Ing. Freunschlag

Verfassungskonformität des Antrages bzw. die Einsetzung des Untersuchungsausschusses in Auftrag gegeben und Prof. Heinz Mayer von der Universität mit der Erstellung beauftragt. Sie alle kennen das Ergebnis. Mein Rechtsverständnis wurde darüber hinaus auch noch von namhaften Verfassungsjuristen, wie zum Beispiel Prof. Novak aus Graz oder Prof. Schäfer aus Salzburg und anderen, bestätigt. Auch Prof. Funk - von dem heute schon die Rede war - schreibt in seiner (wohl als Gegengutachten gemeinten) Expertise, daß der Inhalt der parlamentarischen Kontrolle auf amtliche Tätigkeiten von Staatsorganen beschränkt ist und daß privates Handeln ohne Staatsbezug nicht zum Gegenstand parlamentarischer Kontrolle gemacht werden darf. (*Abg. Dr. Wutte: Aber das muß man ja untersuchen!*) Ich möchte Sie nur hinweisen, den Antrag genau zu lesen. Dann werden Sie genau draufkommen, daß hier dieser Meinung nicht entsprochen wurde. (*Abg. Dr. Wutte: Das ist absurd!*)

Weiters sagte er, daß die Abgrenzung "amtlich" und "privat" nicht vom äußeren Geschehen her erfolgen kann, sondern sie ergibt sich aus der Anwendung rechtlicher Maßstäbe.

Hohes Haus! Nach dieser Darlegung ist es um so verwunderlicher, wie Prof. Funk die Kehrtwendung seiner Argumente schafft und den Untersuchungsausschuß dann trotzdem für rechtmäßig hält und die wirklich entscheidende Frage unbeantwortet läßt bzw. nicht zum Gegenstand seines Gutachtens macht.

Hohes Haus! Erwähnen möchte ich noch, daß der mittlerweile verstorbene Landtagspräsident von Salzburg, Prof. Schreiner, ähnlich vorgegangen ist und anhand eines Gutachtens von Prof. Schäfer einem von der FPÖ Salzburg verlangten Untersuchungsausschuß die Konstituierung verwehrt.

Er hat auf die Einhaltung ... (*Es herrscht Unruhe und Lärm im Hause. - Mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten der SPÖ-Fraktion.*) er hat auf die Einhaltung der Geschäftsordnung (*Abg. Unterrieder: Ich möchte den Präsidenten nicht kritisieren, aber Sie fangen wieder an genau den gleichen Fehler zu machen ...*) Ich möchte nur eine Zusammenfassung und eine Klarstellung hier geben. Und das sei mir gestattet, nachdem

ich doch sehr scharf angegriffen wurde. Er, der Präsident, meine Damen und Herren, hat auch auf die Einhaltung der Geschäftsordnung zu achten, weil es so ist, daß sich die Funktion des Landtagspräsidenten von den Rechten und Pflichten der übrigen Abgeordneten abhebt. Und er hat die Möglichkeit zu schaffen, wie die Parteien ihr Handeln im Landtag auf dem Boden der Gesetze gestalten sollen. Und nichts anderes, meine Damen und Herren, war und ist mein Bestreben. Alle Mitglieder dieses Hauses wissen das und ich habe diese Möglichkeiten, wie wir hier weiterkommen können, mehrmals aufgezeigt und wiederholt, indem ich immer wieder gesagt habe, bringen Sie einen geschäftsordnungskonformen Antrag ein und dann können wir dieses Anliegen auf einem gesicherten rechtlichen Fundament durchführen.

Auch der Öffentlichkeit gegenüber lautete meine Stellungnahme, daß ich weder Prüfungstätigkeiten unterdrücken noch jemanden schützen wolle, sondern daß alle Akte auf dem Boden der Verfassung und geschäftsordnungskonform stattfinden haben. Umso mehr erstaunen mich die in manchen Medien wider besseren Wissen wiederholt verbreiteten sachlichen falschen Darstellungen, die aber heute vielleicht doch aufgeklärt werden konnten. (*Abg. Dr. Wutte: Das geht aber nicht ... - Zwischenruf Abgeordneter Sablatnig.*) Wenn wir diese Causa heute in einem neuen gesetzeskonformen Antrag vorerst beschließen - der Bericht des Untersuchungsausschusses wird natürlich wieder zu Debatten führen - so sehe ich damit meine Intention bestätigt, die Kontrollrechte des Landtages und schließlich die Arbeit eines Untersuchungsausschusses auf Basis der Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit abzusichern. Ein auf solche Art zu Stande gekommener Untersuchungsausschuß wird seine Arbeit selbstverständlich mit allen ihm zustehenden Rechten und Pflichten in diesem Haus aufnehmen und durchführen können. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wir kommen jetzt zur ... (*Abg. Dr. Wutte meldet sich zur Geschäftsordnung.*) Bitteschön, zur Geschäftsordnung!

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Ich möchte doch namens unserer Fraktion festhalten, daß ich die letzte Erklärung seitens des Präsidenten für eine ebenfalls unzulässige Interpretation seiner Rechte betrachte, denn es wäre dem Präsidenten anheim gestellt gewesen, diese, seine Position, auch im Rahmen der Debatte darzulegen und nicht mißbräuchlich hier vom Stuhl des Präsidenten seine politische Meinung zu vertreten. (*Abg. Dr. Strutz: Was heißt mißbräuchlich! Der Präsident kann das Wort ergreifen ... was heißt mißbräuchlich!*) Ich möchte der Richtigkeit halber feststellen, daß Sie das Gutachten des Professor Funk unrichtig zitiert haben, denn Sie haben insbesondere verschwiegen, daß das Ergebnis folgend lautet: "Der Kärntner Landtag ist zuständig und befugt zu prüfen" - genau das hat er verschwiegen (*Abg. Dr. Egger: Nein!*) - "ob Auslandsreisen des Landeshauptmannes, bei dem es Kontakte mit ausländischen Staatsorganen gegeben hat in amtlicher Funktion oder als Privatmann erfolgt sind". Und es ist die Aufgabe des Untersuchungsausschusses diese Frage nach dem amtlichen Charakter, nach dem objektiven Gesamtbild des Geschehens einzuschätzen und nicht von der Selbsteinschätzung des zu kontrollierenden Organs abhängig zu machen. Feststellung: Der Beschluß des Kärntner Landtages vom 21. Feber 2002, mit dem ein Untersuchungsausschuß zur Überprüfung der von Landeshauptmann Dr. Haider in dieser Legislaturperiode durchgeführten Reisen eigens zu diesem Zweck ist gültig und rechtmäßig. Er ist auch ausreichend bestimmt, um als Grundlage für die Arbeit des Untersuchungsausschusses zu dienen. Ich möchte das in aller Klarheit feststellen und ich möchte mich auch namens meiner Fraktion für die von Ihnen vorgenommene Medienbeschimpfung distanzieren. Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich möchte festhalten, Herr Klubobmann, daß der Präsident jederzeit das Recht hat zu reden und ich glaube, es ist auch richtig und wichtig, hier eine Klarstellung betreffend die Fakten zu treffen. Hohes Haus! Ich komme nun ... (*Abge-*

ordneter Unterrieder meldet sich zur Geschäftsordnung.) Bitteschön, zur Geschäftsordnung, Herr Klubobmann Unterrieder!

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Ich darf Sie über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 32, 64 der Kärntner Landtagsgeschäftsordnung mit folgendem Wortlaut ersuchen, darüber zu befinden und abstimmen zu lassen.

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Der Kärntner Landtag setzt einen Untersuchungsausschuß zur Überprüfung und Feststellung ein, wie hoch der finanzielle Aufwand der von Landeshauptmann Dr. Jörg Haider seit seinem Amtsantritt durchgeführten Flugreisen in europäische und außereuropäische Länder gewesen ist? Wer für diesen Aufwand aufgekommen ist, insbesondere inwieweit Mittel des Landes Kärnten dafür verwendet wurden und ob bei diesen Flugreisen alle Rechtsvorschriften eingehalten wurden?

Ich darf bitten, darüber abzustimmen, Herr Präsident!

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! Ich bin noch nicht in die Tagesordnung eingegangen, aber ich nehme das diese Geschäftsordnungsmeldung zur Kenntnis. Ich möchte die Sitzung unterbrechen, um diesen Antrag der mir jetzt vorgelegt worden ist ... (*Abg. Unterrieder: Nein, wir sollten abstimmen über die Einsetzung des Ausschusses. Dann müssen wir abstimmen über die Zahl der Mitglieder des Untersuchungsausschusses - die fünf. Und dann können wir ... Abg. Dr. Strutz meldet sich zur Geschäftsordnung.*)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Präsident! Der freiheitlichen Fraktion liegt dieser Antrag nicht vor. Wir kennen den Inhalt nicht und bevor es zu einer Abstimmung kommt, ersuche ich den Antrag der freiheitlichen Fraktion zu übermitteln und die Sitzung zu unterbre-

Dr. Strutz

chen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Gut, kein Problem! Das wollte ich ja haben, weil es liegt dieser Antrag noch niemandem vor. Ich unterbreche die Sitzung, um eine kurze Prüfung dieses Antrages vornehmen zu können. Und ich bitte auch die entsprechenden Vorschläge - nachdem ich glaube, daß dieser Antrag eine Mehrheit bekommen wird - für die personelle Ausgestaltung dieses Ausschusses dann vorzubereiten, damit wir in den Wahlvorgang gehen können. Ich unterbreche die Sitzung auf 10 Minuten und berufe die Obmännerkonferenz jetzt bitte ein. *(Unterbrechung der Sitzung um 11.07 Uhr.)*

(Fortsetzung der unterbrochenen Sitzung um 11.32 Uhr.)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Ich setze die unterbrochene Landtagssitzung fort, um in die Tagesordnung einzutreten. Zur Geschäftsordnung hat sich noch einmal Klubobmann Unterrieder gemeldet!

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich darf noch einmal ersuchen gem. §§ 32 und 64 der Kärntner Landtagsgeschäftsordnung die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses mit folgendem Wortlaut zu beschließen:

Der Kärntner Landtag setzt einen Untersuchungsausschuß zur Überprüfung und Feststellung ein, wie hoch der finanzielle Aufwand der von Landeshauptmann Dr. Jörg Haider seit seinem Amtsantritt durchgeführten Flugreisen in europäische und außereuropäische Länder gewesen ist, wer für diesen Aufwand aufgekommen ist, insbesondere inwieweit Mittel des Landes Kärnten dafür verwendet wurden, und ob bei diesen Flugreisen alle Rechtsvorschriften einge-

halten wurden.

Herr Präsident, ich darf Sie bitten, über diesen Antrag abzustimmen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! Es ist Ihnen dieser Antrag zugegangen, er ist auch in der Obmännerkonferenz beraten worden. Nach erster Prüfung auch durch die Verfassungsabteilung bestehen bei diesem Antrag keinerlei Bedenken hinsichtlich einer Verfassungswidrigkeit. Das wollte ich vor der Abstimmung hier klar machen. Und ich bitte, wer für diesen Antrag stimmt, ein Zeichen mit der Hand zu geben! *(Abg. Sablatnig: Herr Strutz, Herr Strutz!)* Das ist mit Mehrheit von SPÖ und ÖVP so beschlossen. *(Abg. Unterrieder: Herr Präsident! Ich darf mich noch einmal zur Geschäftsordnung melden!)* Ja, bitte!

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Ich darf Sie bitten, die Zahl der Mitglieder des Untersuchungsausschusses mit fünf festzulegen, um geschäftsordnungsgemäß vorzugehen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Es ist ein Antrag gestellt, die Anzahl der Mitglieder dieses Ausschusses mit fünf festzulegen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen! Das ist mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Es liegen hier nun auch bereits die Vorschläge für die Mitglieder dieses Ausschusses vor. Das ist seitens der Freiheitlichen Fraktion ... Hinsichtlich der Freiheitlichen Fraktion ist das Landtagsabgeordnete Dr. Claudia Egger und Landtagsabgeordneter Dipl.-Ing. Johann Gallo; seitens der SPÖ Landtagsabgeordneter Gebart Arbeiter und Landtagsabgeordneter Dr. Peter Kaiser und seitens der ÖVP Herr Landtagsabgeordneter Ferdinand Sablatnig. Es sind diese Persönlichkeiten nun zu wählen und ich bitte nach unserer Geschäftsordnung die Wahl der Mitglieder nach dem Verhältniswahl-

Dipl.-Ing. Freunschlag

recht durchzuführen. Sie erfolgt durch ankreuzen der schriftlichen Wahlvorschläge, die von mehr als der Hälfte der Fraktionsmitglieder unterzeichnet sein müssen. Ich bitte nun nach unserer Geschäftsordnung die drei jüngsten Abgeordneten der Klubs zur Mithilfe bei der Wahl. Es sind dies für die FPÖ Mag. Christian Ragger; für die SPÖ Abgeordneter Manfred Volautschnig - nein, Rohr! Ich muß mich da korrigieren, der hat mich ... Ing. Rohr und für die ÖVP Klubobmann Dr. Klaus Wutte. Sie werden als Stimmzähler für diesen Wahlakt fungieren. Ich ersuche die Stimmzähler ihres Amtes zu walten und ersuche den Schriftführer die Damen und Herren Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge nach der Stärke der Fraktionen zur Stimmenabgabe aufzurufen.

Ich bitte den Schriftführer um Verlesung!

Schriftführer Direktor Mag. Weiß:

Abgeordneter Baumann, *(Nachdem sich Mag. Ragger nicht bei der Wahlurne befindet. - Vorsitzender: Ich bitte, die Wahlhelfer zur Urne zu kommen, damit wir dort eine Wahl abführen können!)* Abgeordnete Dr. Claudia Egger, Herr Erster Präsident Dipl.-Ing. Jörg Freunschlag *(Während des Wahlganges des Vorsitzenden übernimmt 3. Präs. Mitterer den Vorsitz.)* Abgeordneter Dipl.-Ing. Johann Alois Gallo, Abgeordneter Bernhard Gritsch, Abgeordneter Siegfried Jost, Abgeordnete Dietlinde Kreutzer, Abgeordneter Josef Lobnig, Dritter Präsident Peter Mitterer, Abgeordneter Mag. Christoph Neuner, Abgeordneter Mag. Christian Ragger, Abgeordneter Franz Schwager, Abgeordneter Gerhard Stangl, Abgeordnete Sigrid Steinkellner, Abgeordneter Dr. Martin Strutz, Abgeordnete Wilma Warmuth; Abgeordneter Gebhart Arbeiter, Abgeordnete Mag. Nicole Cernic, Zweiter Präsident Johann Ferlitsch, Abgeordneter Mag. Dr. Peter Kaiser, Abgeordneter Alfred Kollmann, Abgeordneter Dietmar Koncilia, Abgeordneter Ing. Reinhart Rohr, Abgeordneter Hans-Peter Schlagholz, Abgeordneter Adam Unterrieder,

Abgeordneter Manfred Volautschnig, Abgeordnete Anita Wulz, Abgeordneter Ing. August Eberhard, Abgeordneter Mag. Raimund Grilc, Abgeordneter Helmut Hinterleitner, Abgeordneter Robert Lutschounig, Abgeordneter Johann

Ramsbacher, Abgeordneter Ferdinand Sablatnig, Abgeordnete Mag. Elisabeth Scheucher-Pichler, Abgeordneter Dr. Klaus Wutte.

(Nachdem alle Abgeordneten ihre Stimmzettel in die Wahlurne abgegeben haben und die Stimmzähler die Stimmen gezählt haben, gibt der Vorsitzende folgendes Wahlergebnis bekannt.)

Vorsitzender Erster Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag (FPÖ):

Meine Damen und Herren, ich möchte das Ergebnis der Wahl der Mitglieder zum Untersuchungsausschuß mitteilen. Von abgegebenen 35 Stimmen - ich hole nach: Abgeordneter Schober ist wegen Krankheit für heute entschuldigt - erhielten Abgeordnete Dr. Claudia Egger 23 Stimmen, Abgeordneter Dipl.-Ing. Johann Alois Gallo 21, Abgeordneter Gebhart Arbeiter 19, Abgeordneter Mag. Dr. Peter Kaiser 18 und Abgeordneter Ferdinand Sablatnig 19 Stimmen und sind somit als Mitglieder des Ausschusses gewählt. Gemäß unserer Geschäftsordnung möchte ich nach der Sitzung zur Konstituierung in den Kleinen Wappensaal einladen; den Vorsitz führt der Älteste. *(Abg. Koncilia: Steht er wohl zur Verfügung?)* Der Saal ist immer zur Verfügung gestanden, aber trotzdem nur ausnahmsweise. *(Der Vorsitzende lacht.)* Aber alle anderen Erzählungen sind in den Bereich der Märchen abzulegen. - So, meine Damen ... *(Abg. Unterrieder: Zur Geschäftsordnung!)* Bitte!

Abgeordneter Unterrieder (SPÖ):

Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, darf ich einen Antrag stellen, gemäß § 64 der Kärntner Landtagsgeschäftsordnung betreffs Überprüfung der vom Land Kärnten über die Abteilung 13 des Amtes der Kärntner Landesregierung abgewickelten Familienförderung (Referat Landesrat Gerhard Dörfler), Überprüfung durch den Landesrechnungshof (§ 30 Abs. 2 Z. 1 K-LTGO)

Die Abgeordneten der SPÖ stellen folgenden Antrag. Der Kärntner Landtag wolle beschließen: Der Landesrechnungshof wird aufgefordert, die seit durch Änderung der Referateinteilung erfolgte Übernahme der Familienförderung (Ab-

Unterrieder

teilung 13 des Amtes der Kärntner Landesregierung) durch Landesrat Gerhard Dörfler abgewickelten bzw. nicht abgewickelten Förderungen dahingehend zu überprüfen, ob die Grundsätze der Rechtmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit eingehalten wurden.

Nachdem ja sehr schnell gearbeitet wird, hoffen wir, daß wir bald auch wieder hier mit einem Ergebnis rechnen können. Herr Präsident, ich darf bitten, darüber abzustimmen! Ich darf Ihnen das überreichen (*übergibt den Antrag*).

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich möchte über diesen Geschäftsordnungsantrag zur Prüfung der Abteilung 13 des Amtes der Kärntner Landesregierung, betreffend die Abwicklung der Familienförderung, abstimmen lassen. Wer damit einverstanden ist, bitte um ein zustimmendes Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich komme nun zum 1. Punkt der Tagesordnung

Tagesordnung**1. Ldtgs.Zl. 147-16/28:****Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales und Gesundheit betreffend Nachmittags- und Ferienbetreuung für Schulkinder in ländlichen Bezirken**

Die Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Steinkellner.

Ich möchte mitteilen, daß in der Obmännerkonferenz vereinbart wurde, die Punkte 1 und 2 in einer Generaldebatte abzuhandeln. - Ich bitte Frau Abgeordnete Steinkellner zu berichten!

Berichterstatterin Abgeordnete **Steinkellner** (FPÖ):

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geschätzter Herr Präsident! In der letzten Ausschußsitzung für Familie, Soziales und Gesundheit wurden zwei Anträge beraten und zwar über Nachmittags- und Ferienbetreuung für Schulkinder in ländlichen Bezirken. Geschätzte Damen und Herren! Im Sozialausschuß ist bei der endgültigen Formulierung des freiheitlichen Antrages ein technisches Versehen passiert. Man hat sich aber darauf verständigt, in der heutigen Sitzung folgenden Änderungsantrag einzubringen.

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem AMS und den Gemeinden für Schulkinder und Jugendliche eine Nachmittags- und Ferienbetreuung in ländlichen

Bezirken umzusetzen.

Ich ersuche um das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich eröffne die Generaldebatte und unterbreche sie, um zum Tagesordnungspunkt 2, Ldtgs.Zl. 147-17/28 zu kommen.

2. Ldtgs.Zl. 147-17/28:**Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales und Gesundheit betreffend Ausdehnung der Angebote für Kinder- und Jugendbetreuung am Nachmittag**

Berichterstatter ist Abgeordneter Sablatnig. - Ich bitte, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Die Abgeordneten der Kärntner Volkspartei haben am 31. Jänner 2002 im Kärntner Landtag einen Antrag eingebracht, welcher die Ausdehnung der Angebote für Kinder- und Jugendbetreuung am Nachmittag vorsieht. Es gibt dabei im Konkreten folgendes: Daß die Ursache der zunehmenden Alkohol- und Suchtgiftproblema-

Sablatnig

tik bei unseren Kindern wohl darin liegt, daß es am Nachmittag meist keine ausreichende Betreuung gibt, insbesondere in ländlichen Bereichen wo beide Elternteile berufstätig sind. Und daher ist es vernünftig, daß jeder Schilling, jeder Euro, der in diese Maßnahme investiert wird, auch zur Verbesserung der Situation der Jugendlichen und der Familie beitragen kann. Deshalb fordern wir in diesem Antrag die Ausdehnung der Jugendbetreuung am Nachmittag für schulpflichtige Kinder.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte zu den Tagesordnungspunkten 1. und 2. und erteilt Abg. Warmuth das Wort.)

Abgeordnete **Warmuth** (FPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Der heutige Beschluß ist der richtige Beschluß in Richtung Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ich freue mich, daß es gelungen ist. Auch die ÖVP hat nach unserem diesbezüglichen Antrag heute einen Antrag hier eingebracht, für die Familien, für die Schulkinder mehr zu tun. Die Schulzeit der Kinder bedeutet für die Familie einen neuen Lebensabschnitt, der zusätzliche Kompetenzen mit neuen Aufgaben mit sich bringt. Die Auseinandersetzung mit der Schule ist eine Entwicklungsaufgabe der Kinder, die auch im Hort Thema sein muß, das heißt, nicht Stunden lange Hausaufgabenbetreuung sondern Vermittlung von geeigneten Arbeitshaltungen, Lernstrategien und das Angebot von Beratung und Unterstützungen bei Problemen in der Schule ist Aufgabe der Hortpädagoginnen. Auch die sinnvolle Freizeitgestaltung nimmt einen wesentlichen Schwerpunkt ein. Derzeit werden in Kärntens Horten 2461 Schulkinder betreut, vorwiegend in den Bezirksstädten.

Eine echte Alternative für den ländlichen Raum ist das Projekt BÜM (ausgeschrieben: Betreuen, Üben, Miteinander). Das BÜM-Kärnten wurde 1986 gegründet und bietet einerseits den arbeitslosen Pädagoginnen einen befristeten, aber ausbildungsadäquaten Arbeitsplatz, andererseits den berufstätigen Frauen mit Betreuungspflichten eine Bereitstellung der Nachmittagsbetreuung. Unter dem Motto "nicht daheim

und doch zuhause" werden die Kinder am Nachmittag mit einer familienähnlichen Betreuung versehen. Die Öffnungszeiten richten sich nach den Bedürfnissen der Eltern und sind flexibel gestaltet. An schulfreien Tagen und in den Ferien ist ebenfalls eine Betreuung ganztägig gewährleistet.

Sehr geehrte Damen und Herren! Als Abgeordnete des Bezirkes freue ich mich, daß wir in der Schulstadt Althofen und St. Veit bereits genügend Nachmittags- und Ferienbetreuungsplätze haben. Ich orte aber, daß in ländlichen Bezirken, im ländlichen Raum, im Gurktal, Görtschitztal und Metnitztal den berufstätigen Eltern zu wenig Hilfestellung gegeben wird. Ich glaube daher, daß hier anzusetzen sein wird. Geschätzte Damen und Herren! Wenn wir heute den Beschluß zur qualifizierten Nachmittags- und Ferienbetreuung für Jugendliche und Kinder beschließen, so ist das Land Kärnten im Rahmen der Jugendwohlfahrt und des Jugendsekretariats aufgefordert, ausreichende und effiziente Strukturen gemeinsam mit den Gemeinden zu schaffen. Ziel muß es sein, gerade in Hinsicht auf zunehmende Alkohol- und Drogensucht der Jugendlichen und Pflichtschulkinder, die Angebote zur Jugendbetreuung zu erweitern. Wir dürfen eines nicht vergessen. Eine gefestigte und stabile Jugend ist unsere Zukunft. Wenn wir die Zukunft gewinnen wollen, dann müssen wir auf gezielte Jugendbetreuung setzen. Ich danke daher für die Zustimmung zum Antrag. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Wulz das Wort.)

Abgeordnete **Wulz** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir werden diese Anträge natürlich unterstützen, weil sie eigentlich einmal mehr aufdecken, wie wichtig die Betreuung von Kindern und Jugendlichen am Nachmittag und in den Ferien geworden ist. Im ländlichen Bereich gibt es dieses Angebot ja nur zum Teil und durch die Berufstätigkeit beider Eltern sind wir einmal mehr gefordert, hier zu handeln. Ziel dieser Anträge ist zum einen, einmal eine Bedarfserhebung in den Gemeinden wo eine Volks- und eine Hauptschule vorhanden ist, durchzuführen. Den Vorschlag, daß die jeweili-

Wulz

ge Gemeinde dann die Räumlichkeiten für die Betreuung der Kinder zur Verfügung stellen soll, kann ich mir gut vorstellen. Nur muß darauf geachtet werden, daß gerade Gemeinden im ländlichen Bereich finanziell nicht belastet werden. Für Junglehrer und Berufswiedereinsteigerinnen wäre es vorübergehend eine Beschäftigung. Besonderen Stellenwert sollte das qualifizierte Betreuen haben. Für Junglehrer und Berufswiedereinsteigerinnen wäre es vorübergehend eine Beschäftigung. Besonders wichtig aber ist es, daß durch qualifiziertes Betreuen die Schüler und Schülerinnen besser ausgebildet werden.

Im Pflichtschulbereich wurden vielfach Förderstunden gekürzt und gerade da könnte die qualifizierte Nachmittagsbetreuung den lernschwachen Schülern und Schülerinnen helfen. Nachdem gerade im schulischen Bereich die Belastungen für die Eltern in den letzten Jahren angewachsen sind, sollten diese Betreuungseinrichtungen frei zugänglich sein, daß heißt, keine zusätzlichen Zahlungen von Seiten der Eltern für diese Betreuungseinrichtungen. Damit wären auch die Förderstunden für sozial schwache Familien möglich. Auch das sollte man zusätzlich berücksichtigen. Wenn diese Anträge durchgesetzt werden können, werden sie vielen Familien und vor allen vielen Familien mit Frauen oder auch Männern als AlleinerzieherInnen die Vereinbarkeit von Familie- und Kinderbetreuung gewährleisten und erleichtern. Ich danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Scheucher-Pichler das Wort.)

Abgeordnete Mag. Scheucher-Pichler (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! *(Es herrscht Unruhe und Lärm im Hause.)* Die ÖVP hat sich in den letzten Monaten verstärkt zusätzlichen Maßnahmen im Bereich der Jugend *(Der Vorsitzende das Glockenzeichen gebend: Ich bitte um Aufmerksamkeit für die Rednerin!)* gewidmet und wir denken, daß das Forcieren des Jugendschutzes neben zusätzlichen Maßnahmen im Bereich der Betreuung der 10- bis 15-Jährigen hier ganz ein wichtiger Bereich ist. Wir haben deswegen auch diesen Antrag eingebracht und

unterstützen natürlich auch den zweiten Antrag der ähnliche Intentionen hat, eben die Betreuung der 10- bis 15-Jährigen, die Nachmittagsbetreuung unserer Jugend zu verbessern und auch die Betreuung in der Ferienzeit. Wie meine Vorrednerinnen ja schon gesagt haben, geht es hier vor allem auch um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Eine wichtige Voraussetzung für eine Verbesserung der Betreuung der jungen Leute ist eben auch, daß hier die Angebote verbessert werden. Und ich denke, daß wir hier viele neue Ansätze brauchen. Daß wir im Bereich der konkreten Lernbetreuung neue Aktivitäten setzen müssen, aber auch im Bereich der Freizeitbetreuung der Jugend - wobei ich auch bewußt sage, daß "Sport statt Drogen" hier sicherlich zu wenig ist - daß wir hier mehr und individuellere und gezieltere Aktivitäten brauchen. Ich denke auch, daß wir vor allem jene Organisationen und Vereine die sich im Bereich der Jugendarbeit engagieren verstärkt unterstützen sollten, gerade auch die Sportvereine im Bereich der Jugendarbeit verstärkt unterstützen sollten und die vielen Organisationen und die vielen Freiwilligen die in diesen Bereichen arbeiten mehr Aufmerksamkeit und auch mehr finanzielle und sonstige Unterstützung verdienen würden.

Die Idee, auch Pädagogen und Lehrer, die noch auf eine fixe Anstellung warten einzubeziehen, halte ich auch für eine, die überlegenswert ist und die man überprüfen sollte. Ich glaube aber auch insgesamt, daß wir gerade, wenn es um die ländlichen Regionen geht, neue und individuelle und vor allem auch flexible Möglichkeiten der 10- bis 15-Jährigen andenken sollten und hier einfach neue Wege gehen sollten, um auch in den ländlichen Regionen und in Gemeinden, in denen ganz einfach auch aufgrund der sinkenden Geburtenzahlen nicht so viele Kinder vor Ort sind, entsprechend die Betreuungsmöglichkeiten sicherzustellen. In dem Sinn freuen wir uns als ÖVP-Fraktion, daß diese beiden Anträge heute zur Beschlußfassung kommen. Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, erteilt der Vorsitzende der Berichterstatterin zum Tagesordnungspunkt 1 das Schlußwort. - Die Berichterstatterin verzichtet auf das Schlußwort und ersucht um das Eingehen in die

Mag. Scheucher-Pichler

Spezialdebatte. - Dieser Antrag wird einstimmig so angenommen.)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich darf berichten, daß ein Abänderungsantrag eingebracht wurde, dahingehend:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Antrag in Zusammenarbeit mit dem AMS und den Gemeinden, für Schulkinder und Jugendliche eine Nachmittags- und Ferienbetreuung in ländlichen Bezirken umzusetzen.

Wer diesem Abänderungsantrag die Zustimmung gibt, bitte um ein Handzeichen! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Ich bitte den Berichterstatter Abgeordneten Sablatnig zum Tagesordnungspunkt 2 um sein Schlußwort!

(Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. - Dieser Antrag wird einstimmig so angenommen.)

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Offensive für eine wesentliche Angebotsverbesserung der Nachmittagsbetreuung durch entsprechend geschultes Personal für Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter und der Freizeiteinrichtungen in den Gemeinden und Bezirksstädten in die Wege zu leiten.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Die Annahme ist beantragt. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

3. Ldtgs.Zl. 572-4/28**Anfragebeantwortung von LH Dr. Jörg Haider zur schriftlichen Anfrage von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend die Reise des Landeshauptmannes von Kärnten Dr. Jörg Haider zum Diktator Saddam Hussein**

Ich ersuche den Schriftführer um Verlesung!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Die Anfragebeantwortung lautet wie folgt:

Der Wert der von mir überbrachten medizinischen Hilfsgüter zur Errichtung einer Blutbank betrug 11.337 Euro (ATS 156.000,-). Eine Auflistung der genauen Bezeichnung, Stückzahl und Artikelnummer ist aus beiliegender Liste zu entnehmen.

Neben der Überbringung der Hilfsgüter, die über die Österreich-Irakische Gesellschaft organisiert wurden, hatte die Reise noch folgenden Zweck: Anlässlich meines Besuches im November des vergangenen Jahres in Kuwait wurde ich von der dortigen Organisation "Prisoners of War in Iraq" ersucht, Kontakt zum Irak aufzunehmen und Gespräche über kuwaitische Kriegsgefangene in Gang zu bringen. Ein weiterer Grund meiner Reise waren Gespräche über Möglichkeiten von wirtschaftlichen Kontakten von Kärntner Firmen im Rahmen des Programmes "Oil for Food".

Dem Land Kärnten sind durch die Reise keine Kosten entstanden.

Die Flugkosten von Klagenfurt nach Damaskus und retour mit Goldeck-Flug betragen € 16.720,- und wurden von mir privat finanziert. Die Flugkosten von Damaskus nach Bagdad in Höhe von US-\$ 900,- wurden von Herrn Karl-Heinz Petritz bezahlt.

Der Flug wurde über die Goldeck-Flug GesmbH abgewickelt.

An der Reise haben außer mir noch Herr Karl-Heinz Petritz und Frau Maria Walch, Krankenschwester aus Vorarlberg, teilgenommen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt und ich komme zum 4. Tagesordnungspunkt

4. Ldtgs.Zl. 319-16/28:

Anfragebeantwortung von LR Mag. Dr. Schaunig-Kandut zur schriftlichen Anfrage von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend den Vergleich der Rettungsflugeinsätze

Ich ersuche den Schriftführer um Verlesung!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

Die Anfragebeantwortung lautet wie folgt:

“Am 19. Oktober wurde in der Fragestunde der 33. Sitzung des Landtages vom Abgeordneten Sablatnig nahezu die gleiche Frage gestellt und bereits mündlich beantwortet. Die zusätzliche Frage der Häufigkeit, mit welcher die einzelnen Krankenhäuser in Kärnten angefliegen wurden, gliedert sich wie folgt:

Martin 5 - Flugeinsätze: LKH Villach 1, UKH Klagenfurt 103, UKH Graz 2, Landessonderkrankenhaus Stolzalpe 1, LKH Wolfsberg 5, LKH Villach 20, LKH-Klagenfurt 272, Innsbruck 1, LKH Graz 9, Krankenhaus Spittal 2, Krankenhaus Friesach 2, Bezirkskrankenhaus Lienz 1, Bad Kleinkirchheim 1, AKH Wien 6, Überlieferung nicht erforderlich 39; in der Summe 465 Flugeinsätze von Martin 5 - Jänner bis einschließlich Juni 2001.

Martin 5 - Jänner bis einschließlich Juni 2000: Krankenhaus Judenburg 1, UKH Klagenfurt 109, UKH Graz 1, LOWK 1, LKH Wolfsberg 12, LKH Villach 35, LKH Klagenfurt 377, Salzburg 1, Hermagor 2, Krankenhaus Spittal 6, Krankenhaus Friesach 5, Krakauenebene Leichenhalle 1, LKH Graz 14, AKH Wien 3, Lienz 1, Einlieferung nicht erforderlich 73; in der Summe 642 Flugbewegungen.

Rotes Kreuz - April bis einschließlich Juni 2001: LKH Klagenfurt 143, UKH Klagenfurt 20, LKH Villach 9, LKH Wolfsberg 8, Uni Laibach 1, LKH Graz 1, Krankenhaus Friesach 1, Krankenhaus Spittal 1; Summe 184 Einsätze.”

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! Damit ist dieser Tagesordnungspunkt ebenfalls erledigt und auch die Tagesordnung. Ich möchte nun den Schriftführer bitten, den Eingang zu verlesen.

Ich bitte, zu berichten!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

Wir kommen zum 1. Dringlichkeitsantrag:

A. Dringlichkeitsanträge:

1. Ldtgs.Zl. 580-5/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend soziale Sicherheit in Kärnten - Sozialstaat Österreich mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, daß dem Artikel 1 der österreichischen Bundesverfassung folgender Absatz 2 angefügt wird:

“Österreich ist ein Sozialstaat. Gesetzgebung und Vollziehung berücksichtigen die soziale Sicherheit und Chancengleichheit der in Österreich lebenden Menschen als eigenständige Ziele. Vor Beschluß eines Gesetzes wird geprüft, wie sich dieses auf die soziale Lage der Betroffenen, die Gleichstellung von Frauen und Männern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt auswirkt (Sozialverträglichkeitsprüfung). Die Absicherung im Fall von Krankheit, Unfall, Behinderung, Alter, Arbeitslosigkeit und Armut erfolgt solidarisch durch öffentlich-rechtliche soziale Sicherungssysteme. (*Unaufmerksamkeit im Hause - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Die Finanzierung der Staatsausgaben orientiert sich am Grundsatz, daß die in Österreich lebenden Menschen einen ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage angemessenen Beitrag leisten.”

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Klubobmann Unterrieder zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm! Ich stelle fest, daß die Redezeit fünf Minuten dauert.

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Wir haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht in einer Woche, wo das "Sozialstaat-Volksbegehren", welches von einer unabhängigen Gruppe mit Unterstützung auch des ÖGB und anderer Organisationen auch der Sozialdemokratie derzeit über die Bühne geht. Sozialpolitik ... Einen Sozialstaat brauchen nur die Menschen, die sich's nicht leisten können. Das heißt, die Reichen - Prinzhorn, Haselsteiner, so wie sie alle heißen - brauchen unter keinen Umständen den Sozialstaat. Folge dessen sieht man auch in der Berichterstattung jetzt, ... Wenn man sich das mediale Interesse ansieht, dann sieht man sehr genau im Zeitungsbereich, (*Zwischenruf vom Abg. Dipl.-Ing. Gallo*) wer sich eigentlich noch um dieses "Sozialstaat-Volksbegehren" kümmert. Wobei ich eines ... Herr Kollege Gallo, du kannst ja nachher reden den ganzen Nachmittag noch. Ich muß sagen, es ist dringend erforderlich, daß die Menschen durch ihre Unterschrift bezeugen, daß sie mit der Sozialpolitik und mit der Politik, mit der Belastungspolitik, die derzeit seitens der Bundesebene stattfindet, unter keinen Umständen einverstanden sind. Weil Bildung ist ein ganz ein wesentlicher Faktor. Sie haben die Bildung verteuert.

Der ganze Bereich des Gesundheitswesens entwickelt sich unter dem Titel "Senkung der Lohnnebenkosten" - das klingt sehr gut - hin zur Eigenbezahlung durch den jeweils betroffenen Kranken. Das heißt, die Menschen zahlen, wenn sie krank sind in diesem Staat unglaublich viel mehr in der heutigen Zeit, weil sich eben die Gesundheitspolitik in vielen Bereichen gewaltig verändert. (*Abgeordneter Stangl schüttelt verneinend den Kopf.*) Kollege Stangl, das stimmt schon! Und die Debatte, die scheinheilige, die jetzt stattfindet am Rücken der Patienten, wenn es um den Ärztevertrag, Gebietskrankenkasse

und Ärztekammer geht, - wobei der Vertrag in Kärnten ein sehr guter ist, den wir zur Verfügung haben aus der Sicht der Ärzte - dann muß ich sagen, dann kommt das nächste Kapitel der Belastung. (*Unaufmerksamkeit im Hause - Der Vorsitzende, das Glockenzeichen gebend: Ich bitte doch für dieses Thema auch um die notwendige Aufmerksamkeit für den Redner!*) Dann kommt das Kapitel der Belastung für die Menschen. Weil die werden selber zahlen, die Ärzte werden anständig kassieren und einen Teil wird die Gebietskrankenkasse, die man ganz bewußt aushungert, ... Weil Gesundheitspolitik muß privatisiert werden - siehe Köck und Co. Ich muß sagen, das ist ein Weg, den wir als Sozialdemokraten nicht zulassen werden.

Sie werden sehen, es werden viele Menschen dieses Sozialstaat-Volksbegehren unterschreiben. Und das ist der erste Schritt. Das ist der erste Schritt. Das ist der Beginn des langen Weges und wir werden diesen Weg konsequent beschreiten. Wir werden weiterhin kämpfen für die Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen in der Wirtschaft: Entgeltfortzahlungsgesetz, damit das wieder eingeführt wird auch für die Wirtschaftstreibenden. Vor kurzem hat mich einer aus Velden angerufen, der hat sich fast entschuldigt, daß er mich als ÖGB-Chef anruft - ein Unternehmer aus Velden, er hat gesagt: "Aber das ist eine Sauerei, was bei der Entgeltzahlung jetzt passiert ist, weil das ist eine Belastung für ihn und er muß die Leute heimschicken. Er kann es sich nicht leisten." (*Abg. Jost: Jetzt gibt es eine Versicherung!*)

Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, denken Sie zurück auf das Christbäumchen hier herinnen. Es ist alles eingetreten! Es ist alles eingetreten! Es ist ein Monatsbezug weniger an Cash in den Brieftaschen der Menschen in unserem Lande. (*Zwischenruf vom Abg. Jost*) Aus verschiedensten Gründen, Herr Kollege Jost, weil eben die Belastung der Menschen hier gewaltig angehoben worden ist. Die Leute haben Angst, daß das, was man in Jahrzehnten erreichen konnte über Gewerkschaft, über Sozialdemokratie in zähen Verhandlungen in Regierungsvorlagen ... Sie haben Angst, daß der Sozialstaat abmontiert wird. Und ein gut funktionierender Sozialstaat ist auch für die Kaufkraft, für die Wirtschaft Grundlage, (*Abg. Jost: Haben wir*

Unterrieder

in Kärnten gut gelöst: Familienförderung, Kindergeld!) damit das ganze Rädchen auch funktioniert.

Eine sichere Altersversorgung ist auch gut. Man wird erst sehen, ob diese Quasiabfertigung für alle funktionieren wird, ob es nicht nur ein Hintertürchen ist, um eine zweite Pensionsvorsorge irgendwo sich zu schaffen, die sich auch nur die Reichen leisten können und nicht die Million Österreicherinnen und Österreicher, die 1.000 Euro brutto monatlich verdient. Und die können sich keine Vorsorge leisten. Die können sich keinen Selbstbehalt leisten. Die können sich keine Krankensteuer leisten und all diese Dinge. Und die können sich keine Verdoppelung der Maut in Wahrheit leisten, weil das sind Belastungen, die sie zutiefst treffen. *(Abg. Jost: Was war denn der Grund?!)* Aus dem Grund ... Herr Kollege, die Scheinheiligkeit Ihrer Politik wird von den Menschen ja schon überrissen!

Aus dem Grund das "Sozialstaat-Volksbegehren", wir werden kämpfen darum. Wir werden auch schauen, daß das nicht nur Unterschriften sind, sondern wir werden auch schauen, daß die Sozialpolitik in den nächsten Perioden wieder auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt wird. Es gibt im nächsten Jahr die Nationalratswahl und da werden Sie ja die Bilanz sehen für die Politik, die Sie gemacht haben in Österreich. Es gibt dann danach Landtagswahlen, auch dort werden Sie sehen, wie sich das Ganze entwickeln wird.

In diesem Sinne noch einmal: unterstützen Sie dieses "Sozialstaat-Volksbegehren", unterstützen Sie eine vernünftige Sozialpolitik und montieren Sie nicht die Leute ab in unserem Land und in Österreich. In diesem Sinne bitte ich Sie um Unterstützung. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Als nächste Rednerin hat sich Abgeordnete Warmuth gemeldet. Ich erteile ihr das Wort! *(Abg. Warmuth: Zum nächsten Antrag!)* Bitte? Entschuldigen Sie, sie war nicht zu dem Antrag, weil das geht da sehr schlecht hervor ... Dann ist gemeldet Frau Abgeordnete Cernic. Ich bitte, die Wortmeldungen ordentlich zu kennzeichnen. Es

ist nicht immer ganz einfach. Darf ich noch einmal fragen, Ramsbacher hat sich wahrscheinlich schon zu Transit gemeldet? *(Abg. Ramsbacher: Ja!)* Gut, danke!

Bitte, Frau Abgeordnete Mag. Cernic, zu sprechen!

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Zu denen, die die Solidarität der Gesellschaft ganz besonders brauchen, zählen Frauen dann, wenn sie auch nur annähernd ein einigermaßen selbstbestimmtes Leben führen wollen. Die Lebensbiographien von Frauen unterscheiden sich ganz generell von denen von Männern. *(Abg. Lutschounig: Ja, sie werden älter!)* Frauen leisten den Großteil der Arbeit in der Familie, sie unterbrechen oder beschränken ihre Erwerbsarbeit für die Betreuung der Kinder, für die Haushaltsführung, für die Pflegearbeit. Mit einem oder mehreren Kindern an der Hand, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind Frauen nicht mehr mobil, sie sind auch nicht mehr flexibel und sie sind nicht mehr beliebig verfügbar und damit sind sie am Arbeitsmarkt grundsätzlich benachteiligt. Frauen brauchen daher dringender als Männer, viel dringender als Männer, einen funktionierenden Sozialstaat, der die notwendigen gesetzlichen Grundlagen sichert, um diesen Benachteiligungen entgegenzuwirken, und der die entsprechende Infrastruktur wie beispielsweise leistbare Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung stellt. *(Abg. Dr. Egger: Bringt es doch endlich einmal durch! Es gibt keine Blockade!)* Jede Einschränkung von Sozialleistungen trifft demnach Frauen zuerst und sie trifft Frauen besonders nachhaltig. Und in diesen Zeiten völlig unreflektierten Sozialsparens durch diese blau/schwarze Regierung gilt es unbedingt frauenpolitischen Widerstand zu leisten. Und ich hoffe von ganzem Herzen, daß sehr, sehr viele Frauen dieses überparteiliche Volksbegehren "Sozialstaat Österreich" auch unterschreiben werden. Denn die Aufnahme sozialer Grundrechte in die Verfassung ist keine abstrakte Idee, wie das der Bundeskanzler Schüssel formuliert hat. Nahezu alle europäischen Verfassungen enthalten neben den klassischen bürgerlichen Freiheitsrechten auch als zweiten Bestandteil des Grundrechtska-

Mag. Cernic

taloges auch soziale Grundrechte. Neben der Freiheit gehört in Österreich endlich auch die soziale Sicherheit als zentraler Wert unserer Gesellschaft verankert. Denn es ist individuelle Freiheit und Demokratie für uns alle nur dann lebbar, wenn die materielle Absicherung durch eine sozialstaatliche Politik auch gewährleistet ist. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Wulz das Wort.)

Abgeordnete **Wulz** (SPÖ):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Volksbegehren ist im Grunde genommen ein Aufschrei. Ein Aufschrei von und für jene Menschen, die vom Sozialabbau Österreichs betroffen sind. Aber noch mehr von jenen Menschen, die Sorge haben. Sorge haben, daß in Österreich viele Männer, Frauen und Kinder auf der Verliererseite stehen müssen und das, obwohl sie zu den Braven und Fleißigen zählen, die von manchen Politikern in unserem Lande dann hervorgeholt werden, wenn sie gerade gut in eine Werbekampagne passen. Wir haben in der kurzen Zeit dieser Regierung erleben müssen, wie man durch die Ambulanzgebühren zum Kranksein noch zusätzliche finanzielle Belastungen aufbürdet. Und wenn es wirklich passieren wird, daß der Selbstbehalt beim Arztbesuch eingeführt wird, dann werden sich viele Menschen überlegen, zum Arzt zu gehen. Viele werden sich fragen: Kann ich mir den Arztbesuch leisten? Wahrscheinlich wird ein Familienmitglied verzichten, am ehesten - so schätze ich ein - wird es die Frau sein. Wir haben erleben müssen wie Menschen, die aufgrund eines Arbeitsunfalles eine Unfallpension beziehen, steuerlich massiv belastet werden. Wir erleben es tagtäglich, daß Arbeiter und Angestellte aufgrund ihres Alters keinen Job mehr bekommen, aber für die Pension zu jung sind.

(Den Vorsitz hat um 12.30 Uhr 2. Präs. Ferlitsch übernommen.)

Wie es in einem Menschen aussieht, der bis zu seinem 54. Lebensjahr gearbeitet hat und dann so quasi in die Warteschlange für Pension eingereiht wird und mit Notstand und Sondernotstand das Auslangen finden muß und sich das natürlich auf die Pension auch noch auswirkt, das

brauche ich keinem von uns erzählen. Jeder von uns hat in seiner Umgebung mehrere solche Fälle. Und ich schäme mich, nein ich bin zornig auf die Regierung in diesem Land, die den Betroffenen die Würde nimmt und sie zu Bittstellern degradiert! Männer und Frauen, die Österreich mit ihrer Arbeit den Wohlstand gebracht haben, müssen im Alter um ihre Existenz bangen. *(Abg. Lobnig: Das ist die Sozialpolitik der letzten 30 Jahre! - Lärm im Hause.)*

Wir erleben, wie in Schulen Stunden gekürzt werden, Klassen zusammengelegt werden und sämtliche zusätzlichen Lehrangebote, die unser Schulsystem so umfassend gemacht haben, zurückgenommen werden. Mit der Einführung der Studiengebühren hat man vielen jungen Menschen die Chancen auf Bildung genommen. Das bringt uns in Österreich auf den Stand vor der Ära Kreisky. Und wie damals der Bildungsstandard, aber auch der Lebensstandard war, da brauchen Sie sich nur erinnern, meine Damen und Herren! Wollen wir dorthin zurück?

Wir erleben aber auch, daß Frauen zwar arbeiten gehen, aber zum größten Teil keine Pensionsabsicherung haben, da sie geringfügig beschäftigt sind. Anstatt hier ordentlich einzuschreiten und endlich Maßnahmen zu setzen, daß das nicht mehr möglich ist, kürzt man in vielen Bereichen die Leistungen unter dem Motto „Das soziale Österreich ist nicht mehr leistbar.“

Es ist eigentlich erschreckend, wie in den letzten zwei Jahren die Umverteilung von den unselbständigen Erwerbstätigen, aber auch von den Klein- und Mittelbetrieben zu den großen Konzernen passiert ist. Ein Beispiel ist der Entgeltfortzahlungsfonds, den man still und heimlich einfach abgeschafft hat. Hier mußte jeder Betrieb pro Arbeitnehmer einen Betrag einzahlen. Aus diesem Topf wurde dann in den ersten Wochen der Krankenstand bezahlt. Das war eine sinnvolle Einrichtung, weil kleine Betriebe mit wenigen Arbeitsplätzen im Krankheitsfalle eines Mitarbeiters keine finanziellen Belastungen hatten.

Was passiert heute? - Heute werden Mitarbeiter gekündigt und wieder aufgenommen: ein großer Nachteil für die Arbeiter und Angestellten, aber auch für die Klein- und Mittelbetriebe! Warum hat man diese sinnvolle Einrichtung abgeschafft? - Weil der Druck der großen Konzerne

Wulz

massiv war und weil diese Regierung diesem Druck nachgegeben hat, um die Großbetriebe zu entlasten.

Um solche Huschpusch-Gesetze zu verhindern, um solche Nachteile für die Menschen in unserem Land gar nicht erst entstehen zu lassen, brauchen wir die Verankerung „Sozialstaat Österreich“ in der Verfassung! Gerade deshalb sollte jeder Österreicher und jede Österreicherin dieses Volksbegehren unterstützen.

Jeder von uns kann durch ein Unglück einmal auf die Hilfe eines anderen angewiesen sein. Und wenn die öffentliche Hand das soziale Netz engmaschig genug gewoben hat und die Solidarität in der Bevölkerung verankert ist: dann brauchen wir keine Angst zu haben, alleingelassen zu werden; dann können wir uns auf Österreich wieder verlassen, so wie wir es eigentlich vor dem letzten Regierungswechsel gewohnt waren. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion. - Vorsitzender: Die Redezeit betrug 4 Minuten 24 Sekunden.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Dr. Wutte. - Er ist nicht hier. *(Abg. Lutschounig: Er tut Nachrichten hören!)* Die nächste Wortmeldung lautet auf Klubobmann Dr. Strutz. Ich bitte dich, zu sprechen! *(Lärm im Hause)*

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Die Forderungen des Volksbegehrens sind Schlagworte ohne Substanz. Die Verankerung von Schlagworten in der Verfassung hilft in Wirklichkeit niemandem. Zur Sicherung des Sozialstaates ist ein gesellschaftspolitischer Grundkonsens erforderlich. Ein Stichwort darf ich hier anführen: den Generationenvertrag; ein Übereinkommen, wo sichergestellt wird, daß die Jungen auch zukünftig die Pensionen der Älteren zahlen. Dieser Grundkonsens ist in Österreich, Hoher Landtag, in hohem Maße gegeben und nicht gefährdet, wie Sie das behaupten.

Ich möchte einen Vergleich zitieren. In Deutsch-

land steht der Sozialstaat in der Verfassung - in Österreich nicht. Was ist der Unterschied, meine Damen von der SPÖ? - Die staatlichen Pensionsausgaben erreichen in Österreich mit 15 % des Sozialproduktes weltweit einen Spitzenwert, weit über den Ausgaben beispielsweise von Deutschland. Weitere 11 % werden für das Gesundheitswesen aufgewendet. Das bedeutet, jeder vierte Schilling in Österreich geht direkt für das Sozialsystem in Verwendung und wird hier eingesetzt. Der Sozialbericht, den Bundesminister Haupt vorgelegt hat, zeigt das ja deutlich in Zahlen. Die Sozialausgaben haben 1998 in Österreich insgesamt 745 Milliarden Schilling betragen; 28,4 % des Bruttoinlandsproduktes. Vorwiegend begünstigt sind die unteren Einkommen - jetzt! -, aufgrund der zahlreichen Maßnahmen auch der Bundesregierung. Die untere Einkommenshälfte bekommt zirka 70 % und die obere Hälfte rund 30 % dieses Sozialtransfers. Das bedeutet, die Forderungen des Volksbegehrens werden in Österreich und von der Österreichischen Bundesregierung in einem höchsten Maß umgesetzt und erfüllt.

Die Maßnahmen der neuen Bundesregierung werden diesen Anteil auch weiter erhöhen - während nämlich die SPÖ in Wahrheit ja die Schröpfmeister, ein Inkassobüro, in ihrer Verantwortung in der Bundesregierung gewesen sind. Was haben wir hier nicht alles gehabt, von 1996 bis 1997: Umsatzsteuer erhöht, Energieabgabe eingeführt, Versicherungssteuer, Tabaksteuer, Normverbrauchsabgabe, Lohnsteuer erhöht, Einkommensteuer erhöht, Körperschaftsteuer drastisch angestiegen, Kapitalertragssteuer eingeführt. Das hat in Summe 65,58 Milliarden Schilling an Mehreinnahmen bedeutet, das Geld, das Sie dem Steuerzahler aus der Tasche gezogen haben, den sozial Bedürftigen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Wie sieht das heute aus? - Der Ausbau des österreichischen Sozialstaates, ein deutliches Ja auch von den Freiheitlichen und von unserer Funktion - aber dort, wo er sinnvoll und wo er finanzierbar ist. Österreich geht den richtigen Weg, wie auch die Studie „Soziale Grundrechte in Europa“ sehr deutlich beweist. Unsere Sozialpolitik liegt im Ergebnis weit vor den Ländern, die wie die südeuropäischen Staaten das Sozialstaatsprinzip in der Verfassung auch tatsächlich verankert haben.

Dr. Strutz

Ich möchte aber schon auf die SPÖ zu sprechen kommen, denn die Wahrheit über die SPÖ ist, daß sie in Wirklichkeit eine Politik der Wendehälse betrieben hat. Was die SPÖ heute fordert, das Nullbudget, also keine neuen Schulen, muß per Gesetz festgeschrieben werden. Der Sozialstaat muß in die Bundesverfassung hineingeschrieben werden. Was die SPÖ gemacht hat, (*Vorsitzender: Die Redezeit ist noch eine Minute!*) als sie regiert hat, war genau das Gegenteil. Allein wenn man sich ansieht, ein Blick auf die letzten vier Jahre unter einem SPÖ-Kanzler Klima. Die Roten haben innerhalb dieser Jahre die Schulden mehr als vervierfacht, mehr als vervierfacht, zu Lasten gerade der sozial bedürftigen Menschen bei uns und haben deshalb kein Recht, jetzt derartige Forderungen aufzustellen. Wir bekennen uns zu einem Sozialstaat. Wir bekennen uns zu wichtigen Maßnahmen, die die Bundesregierung eingeführt hat: das Kindergeld, die Abfertigung-neu, die Behindertenmilliarde, die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten, die Erhöhung der Familienhilfe ab dem Jahr 2003, die Entschädigung der österreichischen Kriegsgefangenen, das Pflegegeld ab der Geburt und ein Sozialpaket auch für NS-Opfer, das ein erhöhtes Pflegegeld und Nachkaufsmöglichkeiten sichert. Das ist die beste Sozialpolitik, die man machen kann, und nicht mit Forderungen, (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!*) Schlagworten ohne Substanz den Ruf nach der Verfassung hier erschallen zu lassen! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Scheucher-Pichler das Wort.*)

Abgeordnete **Mag. Scheucher-Pichler**
(ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Die Diskussion rund um das Sozialvolksbegehren ist in Wirklichkeit ein Scheingefecht. Das sind Absichtserklärungen, es sind leere Worte. Sie sind natürlich, Herr Kollege Unterrieder, parteipolitisch motiviert. Sie werden von der SPÖ und vom ÖGB getragen. Sie wecken - und das ist irgendwie das Traurige! - bei vielen Menschen Hoffnungen, die unrealistisch sind, denn die Aufnahme des Sozialstaates in die Verfassung würde in Wirklichkeit überhaupt nichts ändern.

Wenn Sie sich andere Länder in der EU und auch darüber hinaus anschauen, wo es derartige verfassungsmäßige Richtlinien gibt, dann ist dort die Arbeitslosigkeit, zum Beispiel in Ländern, wo das Recht auf Arbeit in der Verfassung festgelegt ist, höher als beispielsweise in Österreich. So sind die Sozialleistungen in solchen Ländern niedriger als in Österreich. Also das ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine leere Worthülse. Was wir dringend brauchen in Österreich, das ist eine seriöse Debatte, ein seriöser Diskurs über die Zukunft des Sozialstaates und über die Aufgaben und über die Prinzipien des Sozialstaates. Aber dazu ist die SPÖ - und das muß ich leider feststellen - gerade auf Bundesebene eben nicht bereit. Dazu ist sie nicht bereit: sich diesen Zukunftsfragen zu stellen! Um diese Zukunftsfragen geht es. Das sind die wirklichen Herausforderungen, die eigentlichen Herausforderungen im Bereich der Sozialpolitik. Das wurde ja alles schon von meinem Vorredner erwähnt, eben die Kosten der Alterssicherung, die Pensionsreform, die Sicherung der Pflege und Betreuung der alten Menschen. Das sind die wirklichen Themen. Ein solidarisches Gesundheitssystem, das finanzierbar bleibt, die Sicherung der Bildung; die Sicherheit, den Fortschritt in der Medizin mithalten und mitmachen zu können. All diese Dinge - und das sind Themen, die letztlich stereotyp von der SPÖ links liegen gelassen werden, auf die Sie nicht eingehen, die Ihnen nicht wichtig sind. Das sind aber gerade die Punkte, die dazu führen und die sichern, daß Österreich als Wohlfahrtsstaat und Österreich als Sozialstaat sichergestellt bleibt, auch in Zukunft. Letztlich geht es hier auch nicht um unsere alten Menschen, die aufgrund der demographischen Entwicklung natürlich eine große Sorge für uns alle bedeuten, die Betreuung der älteren Menschen - es geht auch um die Zukunft unserer Kinder, gerade um die Zukunft unserer Kinder. Und hier gilt es, Verantwortung zu übernehmen!

Ich sehe eine Chance noch für dieses Sozialvolksbegehren in positivem Sinn, daß es vielleicht einen Denkanstoß in diese Richtung bewirken könnte, einen Denkanstoß für soziale Themen insgesamt. Ich akzeptiere das auch, wenn viele Menschen denken: Wenn sie das unterschreiben, leisten sie einen positiven Beitrag. Es war beim Frauenvolksbegehren ähnlich.

Mag. Scheucher-Pichler

Was dabei herausgekommen ist, das wissen wir alle: null!

Letztlich geht es wirklich darum - und ich betone das noch einmal -, in den entsprechenden Gremien, dort, wo es die Möglichkeiten gibt, entsprechendes Lobbying für soziale Themen und für soziale Bereiche zu führen und auch etwas durchzusetzen. Diese Grundsatzdiskussion, dieser Diskurs, die Diskussion was eine gerechte Gesellschaft für uns in Österreich bedeutet, die Frage, wofür die Allgemeinheit, wofür der Staat Verantwortung zu übernehmen hat, die Frage, wo Solidarität verstärkt gefördert werden muß und wo Eigenverantwortung einzufordern ist: diese Diskussion müßte geführt werden! Diese Fragen müßten diskutiert werden. Hier gilt es, Entscheidungen zu treffen. Hier gilt es, sich wirklich einmal ehrlich und aufrichtig all diese Fragen zu stellen und dann festzulegen, wo wir Prioritäten in Österreich setzen. Ich denke, die derzeitige Regierung ist hierbei auf einem sehr ehrlichen und einem sehr guten Weg.

Das Volksbegehren hat keinen konkreten Inhalt. Das, was Sie heute hier inszenieren, Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ, ist letztlich eine Pflichtübung gegenüber der Bundes-SPÖ, die Sie hier abziehen. So, wie Sie Ihre Donnerstag-Demos abziehen und abspulen, so spulen Sie jetzt diese Inszenierungen rund um das Sozialvolksbegehren ab. Wenn man weiß, daß die Kosten sich auf rund 2 Millionen Euro belaufen - und von den Kosten in bezug auf und rund um diese Donnerstag-Demos will ich also jetzt gar nicht sprechen -, dann muß ich mir wirklich die Frage stellen, ob es nicht doch sinnvoller wäre, all diese finanziellen Mittel wirklich in gescheite und vernünftige und *(Vorsitzender: Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit beträgt noch eine Minute!)* wichtige Sozialprojekte zu legen. *(Abg. Sablatnig: Bravo! - Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Wir werden jedenfalls von seiten der ÖVP eine ehrliche Diskussion im Parlament führen, wenn das Volksbegehren auf die Tagesordnung kommt, aber Sie hätten das leichter haben können: Fünf Unterschriften von Abgeordneten hätten gereicht, um einen Tagesordnungspunkt zu dem Thema im Parlament zu erreichen.

Auch das, was hier in Kärnten auf der Nebenschaufläche stattfindet, das ist letztlich nichts

anderes als Show im Bereich der Familienpolitik, wo zuerst 250 Millionen aus dem Bereich der Familienförderung abgezogen werden und dann die Vorsitzende des Familienfondskuratoriums zurücktritt. Letztlich ist das alles nicht dazu angetan, soziale Sicherheit zu forcieren und Sicherheit für die Familien und für jene Menschen, die eben Sozialleistungen in Anspruch nehmen müssen, zu forcieren. Daher ist es eigentlich wirklich nur Scheinheiligkeit. Es sind alle Dinge, die Sie rund um das Sozialvolksbegehren hier erwähnen und einbringen, nichts anderes als leere Worthülsen.

Wir werden uns weiterhin zu einem Sozialstaat bekennen, und wir werden dafür sorgen, daß Wirtschaftlichkeit, *(Vorsitzender: Die Redezeit ist beendet!)* soziale Solidarität und Gerechtigkeit miteinander verbunden bleiben, was letztlich auch eine Grundvoraussetzung dafür ist, daß es den Menschen in Österreich gut geht! *(Abg. Dr. Wutte: Jawohl! - Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Dr. Kaiser zur Dringlichkeit das Wort.)

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Bevor ich ein paar inhaltliche Dinge, die etwas über das bisher Gesagte hinausgehen anspreche, erlaube ich mir kurz auf die Kollegin Scheucher zu replizieren. Ich mache das etwas freundschaftlich-polemisch, denn ich denke, das was die ÖVP als Partei mit dem Konferenzzentrum, Kongreß-Zentrum in Wien, was die FPÖ mit ihren Initiativen gegen Temelin als Parteien vorgezeigt haben, kann doch nicht so schlimm und so falsch gewesen sein, wenn wir daher als SPÖ und auch die Grünen, eine überparteiliche Initiative unterstützen - wenn Sie es so wollen, einen bildungspolitischen Erfolg einzuheimen - dann haben wir von Ihnen gelernt, daß solche Dinge die wichtig erscheinen, vom Volk auch befragt und unterstützt werden sollten. *(Zwischenruf Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo.)*

Zweiter Punkt: Wenn hier beklagt wird, das kostet 2 Millionen Euro, meine Damen und Herren! Allein die "Rot-Raus" "Blau-Schwarz-Rein" in den verstaatlichten oder ehemals verstaat-

Dr. Kaiser

lichten Unternehmen haben an Abfertigungen, für Leute, die voll der Schaffenskraft waren, aber in Pension geschickt wurden, weil sie eben das rote Parteibuch haben, 22 Millionen Euro gekostet. Also ein Elffaches dessen, was Sie als Summe beklagen. Und drittens, Herr Klubobmann Strutz! Sie haben den Generationenvertrag als einen Grundkonsensus, der nicht gefördert ist, bezeichnet. Wenn er nicht gefördert ist, dann denke ich, sollte er in der Verfassung auch verankert sein. Denn ich glaube auch nicht, daß das Taxigewerbe in Österreich gefährdet ist. (*Abg. Dr. Strutz: Wer hat denn das gemacht!? Wer hat denn die die Verfassung ... Unruhe unter den Abgeordneten der FPÖ-Fraktion. Zwischenrufe von 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag und Abg. Dipl.-Ing. Gallo. - Lärm im Hause.*) Und auch dieses ist in der Österreichischen Bundesverfassung verankert, meine Damen und Herren!

Zu den Inhalten. Ich möchte mich hier wirklich auch der Zukunftsfrage widmen. Wir leben in einer Zeit die ich jetzt - etwas zugespitzt - "des Kannibalismus" bezeichnen möchte, was die Wirtschaft betrifft. (*Dies löst mehrere Zwischenrufe und Gelächter von Abgeordneten der FPÖ-Fraktion aus. - Lärm und Unruhe im Hause.*) Bevor Sie hämisch lachen, lassen Sie es wenigstens erläutern. Wirtschaftskannibalismus der dahin geht, (*Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) daß große kleinere Unternehmungen fressen ... (*Es herrscht Lärm im Hause. - Unruhe unter den Abgeordneten der FPÖ-Fraktion.*) daß große kleinere Unternehmungen fressen. Daß daraus resultierend ein wirklicher Jobkannibalismus folgt, das heißt, Shareholder-Value über alles, daß Leute entlassen werden. (*1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Ihr wollts die Globalisierung!*) Und die letzten Zahlen auch für Österreich - Erfolg Ihrer Koalition Herr Präsident Freunschlag - ist, daß wir im März mehr als eine Viertel Million Erwerbslose haben. (*Es herrscht ständige Unruhe im Lärm im Hause.*) Die höchste Zahl, die es jemals, in einer März-Statistik ausgewiesen, in den letzten zehn Jahren gegeben hat. Und das ist ein Faktum. Trotzdem wachsen Armut und wächst Reichtum. Nur Armut quantitativ bei viel viel mehr Menschen, Reichtum bei Wenigen. Auch das ist ein Erfolg, ein sogenannter Erfolg Ihrer Politik!

Der Sozialstaat gerät zunehmend unter Druck.

Privatisierung der Eigenvorsorge statt sozialer Sicherheit und kollektiver Solidarität sind die politischen Grundpfeiler Ihres (*Abg. Ing. Rohr: Leider!*) Systems. Und dieses System ist aus meiner Sicht zu konterkarieren. Wenn ich mir anschau, was die ersten Maßnahmen Ihrer Bundesregierung unter dem sogenannten Titel der "Budgetkonsolidierung" waren, da waren das Leistungskürzungen, wie Arbeitslosengeld, Gesundheitsbeiträge und Gebührenerhöhungen (Vignetten, Studiengebühreinführung, Ambulanzgebühr). Es hat ein sehr gescheiter Mann das einmal als "ein Kabinett der Grausamkeiten" bezeichnet. Ich habe dem eigentlich diesbezüglich nichts hinzuzufügen.

Zwei Punkte warum dieses Volksbegehren "Sozialstaat" jetzt auch vom politischen Aspekt wichtig ist. Ich denke, daß eine Verankerung in der Verfassung natürlich symbolischen Charakter hat, aber einen symbolischen Charakter der in diese Richtung geht, daß auf alle Fälle die Wichtigkeit durch Volksentscheid, durch Volksunterstützung, dokumentiert wird. Und noch einmal - ich schließe mit dem an, was ich bereits einmal gesagt habe: Wenn in der Österreichischen Bundesverfassung für Taxigewerbe Platz ist, dann denke ich, sollte es auch für die Absicherung des Sozialstaates sein. Aus meiner Sicht ist es höchst an der Zeit. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Danke für die Disziplin. Die Redezeit betrug genau 4 Minuten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Jost.

Abgeordneter **Jost** (FPÖ):

Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Wenn etwas in die Verfassung geschrieben gehörte im Zusammenhang mit dem Sozialstaat, dann müßte hineingeschrieben werden, daß der Herr Gusenbauer niemals eine verantwortliche Stelle in der Regierung haben darf. Denn, meine Damen und Herren, der Herr Gusenbauer schlägt in der Zeitung "Der Presse" den größten Anschlag in der Sozialgeschichte Österreichs vor,

Jost

denn er sagt wortwörtlich: "Die Einführung des Pflegegeldes im Jahre 1993 war ökonomisch falsch. Man hat damals irrtümlich geglaubt, durch zusätzliche Sozialleistungen die wirtschaftliche Krise überwinden zu können. In Zeiten einer ökonomischen Krise sollte man nicht die Sozialausgaben ausweiten, sondern antizyklisch investieren". Und das, meine Damen und Herren, sagt der Chef der SPÖ! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) 20 Milliarden Schilling will der Herr Gusenbauer den Ärmsten der Armen in Österreich wegnehmen! Das ist die Realität der heutigen Politik, meine Damen und Herren! (*Mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten aus der SPÖ-Fraktion – Lärm und Unruhe im Hause.*) Und ich sage Ihnen noch eine Realität, weil der Herr Unterrieder so für den Sozialstaat gesprochen hat. Wenn er sozial denkt, dann sollte er mal auf die gewerkschaftseigene Bank, die BAWAG, schauen. Was sich dort der Direktor geleistet hat, das leisten sich nicht einmal die schlimmsten Kapitalisten, meine Damen und Herren! Da läßt er sich eine Pensionsabfindung in der Höhe von über 20 Millionen Schilling auszahlen und dann erfrecht er sich noch, weil die BAWAG eine Beteiligung an einer Glücksspielgesellschaft hat, sich dort auch noch ein Millionengehalt zusätzlich zu seinem Direktorengelohnte, zu genehmigen. (*Mehrere gleichzeitige Zwischenrufe aus den Reihen der SPÖ-Abgeordneten! - Lärm im Hause.*) Das ist die gesellschaftliche Realität, Herr Doktor Kaiser! (*Zwischenruf von Abgeordneten Ing. Rohr.*) Wir haben auf der einen Seite einen Direktor ... brauchst dich nicht so aufregen, Herr Rohr. Wir haben auf der einen Seite einen Multimillionär bei der Gewerkschaftsbank, der sich gebärdet wie der ärgste Kapitalist und auf der anderen Seite haben wir Unternehmer, die um 10.000,- Schilling im Monat jeden Tag im Geschäft stehen müssen und die schauen müssen, daß sie mit ihre "Greschlan" zusammenkommen, meine Damen und Herren! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Auf diese Realitäten müssen wir Bedacht nehmen, und da kommen wir nicht aus mit den alten Schemata, alle Arbeitnehmer sind arm und alle Arbeitgeber sind sozusagen die Ausbeuter. Und dann kommt dann diese Wortschöpfung "Kannibalismus" heraus, die unglückliche. Meine Damen und Herren, das geht halt nicht. Man muß auf die gesellschaftlichen Realitäten Rück-

sicht nehmen und man muß den Sozialstaat und - wie es die Kollegin Scheucher auch hier gesagt hat - auch diesen Realitäten anpassen. Es gibt genug zu tun, das ist überhaupt keine Frage. Wir haben ganz neue Herausforderungen. Wir haben das Phänomen der neuen Armut die man auch bei Arbeitgebern findet. Und der Kollege Unterrieder hat es ja durchaus gesagt, mit dem Unternehmer, der darunter leidet, daß der Entgeltfortzahlungsfonds weggefallen ist. Da gibt es natürlich eine Lösung in Kärnten, eine durchaus pragmatische, daß also alle Unternehmer eine Versicherung abschließen können. (*Bla, bla - weißt eh diese Konferenz, diese Friedenskonferenz ...*) Ach Gott! Das hat jetzt aber nichts mit dem Sozialstaat zu tun. Das hat nichts mit dem Sozialstaat zu tun.

Ich möchte nur noch auf zwei weitere Dinge die hier erwähnt worden sind sagen - die Kollegin hat den sozialen Zustand vieler Frauen beklagt. Und da kann ich ihr nur zustimmen, aber wer hat das verursacht? Wir haben das Ergebnis einer jahrzehntelangen Sozialpolitik der SPÖ, daß also hunderttausende Frauen ohne eigenen Pensionsanspruch dastehen. Das ist also eines der eklatantesten Versäumnisse in der Sozialpolitik der letzten Jahrzehnte. Und dieses Versäumnis haben sicher Sie zu verantworten und das gehört sicher massiv geändert. Die Kollegin Wulz hat wahrscheinlich vergessen, daß der Selbstbehalt beim Arztbesuch (*Vorsitzender: Ihre Redezeit beträgt noch eine Minute!*) für sicher 30 Prozent der Bevölkerung längst Realität ist. Alle Unternehmer, alle Eisenbahner, alle Beamten, müssen einen Selbstbehalt bezahlen wenn sie zum Arzt gehen. Und auch das wurde eingeführt unter einer SPÖ-Regierung. Aber viele Eisenbahner sind damit durchaus zufrieden, weil sie ein ganz funktionierendes Gesundheitssystem haben. (*Es herrscht Unaufmerksamkeit im Hause.*) Aus diesem Grund nützt es uns nichts, wenn der Sozialstaat in den Verfassungsrang kommt. Denn mir ist viel lieber, ein Sozialstaat ist in bester Verfassung, als daß er als zusätzliche Bestimmung in der Verfassung aufscheint und nicht in die Realität umgesetzt werden kann. Dietmar du hast zum Beispiel in Portugal (*Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluß zu kommen! Die Redezeit ist beendet!*) ... Portugal hat alle Sozialbestimmungen im Verfassungsrang und hat um die Hälfte weniger Sozialausgaben als Österreich. (*Zwi-*

Jost

schenrufe von Abgeordneten Unterrieder. - Beifall von der FPÖ-Fraktion.)

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Schlagholz das Wort.)

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Mit ein Grund für dieses Volksbegehren - und das unterstelle ich auch den PropONENTEN - ist es, daß wir letztendlich, Herr Jost, nicht dort ankommen wo heute Portugal ist, nämlich daß wir das Niveau des Sozialstaates in Österreich durch eine Verankerung in der Verfassung auf diesem hohen Niveau (*Zwischenrufe von Abgeordneten der FPÖ-Fraktion. - Unruhe und Lärm im Hause.*) ... auf diesem hohen Niveau ... Geschätzte Damen und Herren! Und wenn hier draußen der Herr Klubobmann der Freiheitlichen den Selbstbehalt, die Tabaksteuer, die Energieabgabe, die Autobahnvignette, beklagt, ja dann frage ich Sie: Warum haben Sie denn das nicht in der Bundesregierung mit der ÖVP gemeinsam abgeschafft? Was habens denn gemacht? Sie haben ja in einem wahren Inkassorausch diese Abgaben nahezu in vielen Bereichen geradezu verdoppelt, geschätzte Damen und Herren! Das ist ja eine Doppelmoral, die Sie hier draußen predigen! Und wenn die Frau Abgeordnete Scheucher hier von einem "Scheingefecht" spricht, dann sage ich einmal: Namhafte Persönlichkeiten über alle Parteigrenzen hinweg unterstützen dieses Volksbegehren, und zwar aus Sorge um die Aushöhlung des Sozialstaates unter dem Vorwand von wirtschaftlichen Zwängen seitens der neuen Bundesregierung, geschätzte Damen und Herren! Namhafte Persönlichkeiten beteiligen sich an einem "Scheingefecht". Das müssen Sie wissen, meine Damen und Herren, das erst Mal erklärend. Und es ist tatsächlich so. Die Realität fordert zum Handeln, Herr Jost. Die Realität fordert die breite Masse auf, gegen diese Regierung mit Maßnahmen wie diesem Volksbegehren anzutreten. Denn es gibt hier Fakten und es ist nicht wegzuleugnen: Die Schere zwischen den Begüterten und den weniger Begüterten wird immer größer! Massive Belastungen betreffen in erster Linie die mittleren und die unteren Einkommensbezieher. Die Armutgefährdung in unserem Land

steigt drastisch. Und da gehören wir halt nicht zu denen die wegschauen, sowie diese Bundesregierung es vornehmlich tut.

Es kann nicht sein, daß man der steigenden Anzahl sozial schlechter gestellter Personen in Österreich mit Teilnahmslosigkeit entgegnet. Für die Betroffenen, geschätzte Damen und Herren, gibt es Wichtigeres, als das, was Sie heute teilweise gemacht haben, nämlich Schönreden. Für die Betroffenen gibt es Wichtigeres als mediengeile Minister. Das österreichische Staatsoberhaupt, geschätzte Damen und Herren, welches (*Es herrscht Unaufmerksamkeit und Lärm im Hause. - Zwischenruf von Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo.*) in Ihrer Wertschätzung ja ohnedies nicht hoch angesiedelt ist, aber das österreichische Staatsoberhaupt fordert von dieser Bundesregierung budgetäre Maßnahmen für eine ausgewogene Sozialpolitik, für eine verlässliche Politik. Wie begegnen sie - diese Bundesregierung - diesem Ansinnen des Bundespräsidenten? - mit Negieren! Ich sage nochmals. Es gibt ja Teile in dieser Regierung, die offensichtlich generell das Staatsoberhaupt negieren. Atypische Beschäftigungsverhältnisse (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Stimmt ja gar nicht!*) nehmen zu - wird von Ihnen negiert - Leiharbeit, Teilarbeit, geringfügige Beschäftigungen nehmen zu. Daraus resultiert Unterversicherung, daraus resultieren Hungerlöhne. Geschätzte Damen und Herren! Und das alles bringt halt in Österreich namhafte Persönlichkeiten und die breite Masse dazu, dagegen aufzutreten und dieser Regierung zu sagen, der Arbeit dieser Regierung muß mit dieser Maßnahme Einhalt geboten werden. Ein Heer der Arbeitslosen, wenn auch tagtäglich die Zahlen schöngeredet werden, aber 250.000 sind halt einmal 38.000 mehr gegenüber dem Vorjahresmonat. (*Es herrscht Unruhe unter den Abgeordneten der FPÖ-Fraktion. - Lärm im Hause. - Mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten der FPÖ-Fraktion.*) nicht nur die 24.000 allein in Kärnten, sondern auch 41000 Jugendliche zwischen dem 15. und 25. Lebensjahr sind arbeitslos. Das sind 7100 Jugendliche mehr gegenüber dem Vorjahr. Noch immer suchen 3.400 österreichweit und auch viele Kärntnerinnen und Kärntner eine Lehrstelle. 700.000 Menschen, mehr als 700.000, waren im vergangenen Jahr einmal im Jahr arbeitslos, geschätzte Damen und Herren! Das sind doch Zahlen, das sind Fakten,

Schlagholz

die ja geradezu herausfordern hier zu reagieren und zu agieren. Geschätzte Damen und Herren! Und was macht die Regierung? Kein Gegensteuern! Kein Gegensteuern! Der Staat greift hier nicht lenkend ein, geschätzte Damen und Herren! Österreich ist ein reiches Land - das wird auch von Ihnen nicht bestritten! (*Mehrere Zwischenrufe von Abgeordneten der FPÖ-Fraktion. Zwischenruf von Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo. - Lärm und Unruhe im Hause. - Vorsitzender: Die Redezeit beträgt noch eine Minute!*) Das wird auch von Ihnen nicht bestritten! Es ist zuwenig, wenn sich die Regierung nur um die Grundbedürfnisse bemüht. Das ist eine verfehlte Politik, geschätzte Damen und Herren!

Das Einzige was bislang funktioniert, was tatsächlich funktioniert, das ist der Postenschacher, das ist die Umfärbelung unter dem Deckmantel der Entpolitisierung. Das ist traurig, geschätzte Damen und Herren! Österreich ist ein reiches Land und schröpft körperlich geschädigte Personen. Zum persönlichen Schicksal werden sie auch noch finanziell bestraft. Das ist eine beschämende Politik in einem reichen Land. Denn Franz K. aus St. Johann im Lavanttal, ein Handamputierter, schwer Sehbehinderter, dem werden monatlich 3.500,- Schilling durch die Besteuerung der Unfallrenten entzogen. Dem Michael B. aus St. Michael im Lavanttal, einem Beinamputierten, werden monatlich 4.000,- Schilling genommen. Dem Alois D. aus St. Stefan im Lavanttal, einem über 40 Prozent körperlich dritten Grades Verbrennten, werden monatlich 3.000,- Schilling und so weiter und sofort, geschätzte Damen und Herren! Und das alles vergleichen Sie mit Scheingefechten. Da muß man reagieren! Da muß man aufschreien! Und da gibt es, Gott sei Dank, namhafte Persönlichkeiten, die erhaben sind über jedes Parteiengestänk hinweg, daß (*Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluß zu kommen!*) der Sozialstaat in der Verfassung verankert wird! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Steinkellner das Wort.*)

Abgeordnete **Steinkellner** (FPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Mittels Plakataktionen - in Villach zum Beispiel hat die SPÖ

an den Bäumen Plakate aufgestellt zu diesem Volksbegehren - wird versucht, den Menschen die Unwahrheit einzuhämmern. Und das ist aus meiner Sicht zu verurteilen. Zum Beispiel wird zu diesem Volksbegehren ganz groß plakatiert "Pensionskürzungen" und darunter "die Pensionsanpassung liegt weiter unter der Inflationsrate".

Grundsätzlich, geschätzte Damen und Herren, muß festgehalten werden, daß bei Fragen der Pensionsanpassung der Dialog mit den älteren Menschen, sprich den Vertretern von Seiten der Politik, gepflogen werden soll. Und das ist auch der Fall. Das war bei der letzten Pensionsanpassung der Fall und durchaus von Vorteil, geschätzte Damen und Herren! Denn erstmals hat der Finanzminister statt 4,3 Milliarden 6,5 Milliarden Schilling bereitgestellt. Das heißt, es ist bei der Pensionsanpassung wesentlich mehr Geld eingesetzt worden als bisher und jemals zuvor. Geschätzte Damen und Herren, die derzeitige Regierung, mit Sozialminister Haupt hat im Gegensatz zu vorherigen Regierungen erkannt, daß es darum geht, primär im Bereich der unteren und der mittleren Pensionen mit einer Fixbetragsregelung die Pensionsentwicklung nicht mehr auseinandergehen zu lassen, sondern den Menschen die tatsächlich gestiegenen Lebenshaltungskosten abzugelten. Und das, geschätzte Damen und Herren, ist auch voll gelungen. Auf der Grundlage dieses neuen Berechnungsmodells, das vom Kostenaufwand und vom Geldeinsatz weit über dem liegt, was der Pensionsbeirat selbst für die Senioren errechnet hat. Wir können hier festhalten, daß in Kärnten zirka 75 Prozent der Seniorinnen und Senioren durch die Fixbetragsregelung gewonnen haben und ihre Erwartungen positiv erfüllt wurden. Österreichweit wurde die Inflationsrate für 54 Prozent der Pensionisten abgegolten.

Meine geschätzten Damen und Herren der SPÖ! Unter SPÖ-Regierungen hat es eine Reihe von Jahren gegeben, in welchen die Inflationsrate wesentlich höher war als die Anpassung der Pensionen. Ich darf aufzählen: 1980, 1981, 84, 88, 1992, 1994 und 1997. In all diesen Jahren war die Inflationsrate höher als der Anpassungsfaktor und war immer mit einem gewaltigen Kaufkraftverlust verbunden. Geschätzte Damen und Herren, die reine prozentuelle Erhöhung der

Steinkellner

Pensionen hat immer nur die höheren Einkommensschichten gewaltig bevorzugt. (*Zwischenruf aus der SPÖ-Fraktion*) Sozialminister Herbert Haupt hat glaubhaft versichert, daß die Zeit der Belastungen für Senioren und das Auseinandergehen der Schere vorbei ist. Ich appelliere daher an Sie, endlich aufzuhören, mit Panikmache die Menschen zu verunsichern. Gerade die ältere Generation hat dies nicht verdient. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Und wenn Sie schon den stichhaltigen Argumenten der Freiheitlichen nicht folgen wollen, geschätzte Damen und Herren, dann nehmen Sie einmal die heutige Ausgabe der Kleinen Zeitung her, die ja wirklich nicht als die Zeitung abgestempelt werden kann, die besonders freiheitlich liebend ist, (*Abg. Dr. Strutz: Kampfblatt gegen die FPÖ!*) hier wird dezidiert erklärt und aufgezählt: das Kinderbetreuungsgeld, wie die Regierung den Sozialstaat ausgebaut hat, das Kinderbetreuungsgeld, das Pflegegeld. Und das ist ein Punkt, meine Damen und Herren, dieses Pflegegeld will euer großer Vorsitzender in Wien draußen abschaffen. Er sagt, das ist zu negieren, das war ein Blödsinn! (*Lärm in der SPÖ-Fraktion*) Ihr geht's im Ausschuß immer wieder her und verlangt's eine Valorisierung, wir auch! Redet's doch einmal mit dem Herrn Gusenbauer. (*Abg. Dr. Strutz: Die reden nicht miteinander!*) "Das war ein Fehler", sagt der Herr Gusenbauer heute. Also tut's ihr mir bitte im Ausschuß nie mehr über das Pflegegeld diskutieren. (*Vorsitzender: Eine Minute noch, Frau Abgeordnete!*) Jawohl! (*Lärm in der SPÖ-Fraktion*) Geschätzte Damen und Herren, mit dem Pflegegeld wurde eine Lücke geschlossen! Es gebührt nun auch den Eltern behinderter Kinder von der Geburt an. Und das stellt der Herr Gusenbauer in Frage! (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Unglaublich!*) Die Hospizkarenz: Erst kürzlich wurde die Möglichkeit einer Karenz für Personen eingeführt, die schwer- oder todkranke Angehörige pflegen. Die Erziehungszeiten gelten für Frauen als pensionsbegründet. Die Behindertenmilliarde, auch damit, meine geschätzten Damen und Herren, die Behindertenmilliarde auch damit wurde von der derzeitigen Bundesregierung unter der Ägide von Herrn Sozialminister Haupt eine schon von früheren SPÖ-Regierungen in Verbund mit ÖVP gegebenes Versprechen eingelöst. Meine geschätzten Damen und Herren! (*Vorsitzender:*

Bitte zum Schluß zu kommen, die Redezeit ist ausgelaufen!)

Ich komme zum Schluß. Wie es der Herr Klubobmann schon gesagt hat, ist das ganze Volksbegehren ein Volksbegehren der SPÖ, bringt der Bevölkerung nichts. Das Volksbegehren ist ohne Fundament und das Volksbegehren ist ohne Substanz. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Sablatnig das Wort.*)

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Es ist das ein Volksbegehren, initiiert von einer Gruppe, unterstützt von einer politischen Partei. Grundsätzlich glaube ich, daß Volksbegehren sinnvoll sind, wenn es darum geht, die Interessen der Bürger öffentlich zu machen beziehungsweise die Interessen der Bürger bis hin auf die bundespolitische Diskussionsebene zu heben. Grundsätzlich glaube ich, daß wir als Volkspartei es den Bürgern völlig freistellen, dieses Volksbegehren zu unterstützen oder nicht zu unterstützen. Wir halten es als entbehrlich. Wenn es aber Bürger gibt, die Interesse daran haben, ihre Interessen durch die Teilnahme am Volksbegehren auch zusätzlich abgesichert zu bekommen, dann wird das ganz sicher niemanden zum Vorwurf gemacht.

Geschätzte Damen und Herren! In der Sozialpolitik ist es für mich ganz klar, daß wir einem permanenten Nach- und Umdenkprozeß unterworfen sind. Es kommen ständig neue Aufgaben auf die Sozialpolitik zu: durch die Veränderung der Familienverhältnisse, durch die Veränderung der Altersstruktur, durch die Veränderung der Wohnverhältnisse. Diese Aufgaben kommen immer neu hinzu und daher ist der Sozialstaat immer mehr gefordert. Es ist kaum eine Aufgabe, auf die man verzichten könnte. Daher ist es zusätzlich zu budgetieren. Und wenn man etwas zusätzlich budgetieren muß, muß die Wirtschaftskraft derart gehoben werden, die Steuerkraft gehoben werden, die Sozialabgaben derart angepaßt werden, daß man sich diese Dinge finanzieren kann oder man macht es auf Budgetdefizite aufgebaut. Und wenn wir wissen, daß wir 1.000 Milliarden Schilling und noch etwas

Sablatnig

mehr - wenn man es in Schilling ausdrückt - im Jahr an Zinsen bezahlen, dann glaube ich, daß man hier schon richtigerweise nachzudenken hat, was der Sozialstaat sich in Zukunft für Aufgaben zusätzlich zuordnet. Daher stehen wir nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Menschen, die leisten und leistungsbereit und leistungsfähig sind, die Überlegung einer Eigenvorsorge mit ins Kalkül ziehen sollten. Es muß der Staat andererseits die steuerrechtlichen Möglichkeiten und die Steueranreize schaffen, um diese privaten Absicherungen überhaupt bewerkstelligen zu können.

Geschätzte Damen und Herren, tun wir nicht so als würde es in unserem Bundesland und in Österreich keinen Fortschritt in der Sozialpolitik geben. Ich möchte darauf verweisen, daß viele europäische Länder die Sozialbestimmungen in den jeweiligen Verfassungen verankert haben. Aber alle die, die in der Verfassung die Sozialpolitik verankert haben, (*Unruhe in der SPÖ-Fraktion*) alle die sind im Sozialbereich im Vergleich der europäischen Länder wesentlich schlechter dran als Österreich. Ich wollte nur sagen, - (*Abg. Unterrieder: Die scheinheiligste Partie ist die Caritas!*) daß wir bei der Familienförderung ohne Verfassungsbestimmung an drittbesten Stelle in Europa liegen, und daß wir bei den Pensionsleistungen an erster Stelle in Europa liegen. Ja, das ist jedenfalls bemerkenswert. Und daß wir in unserem Bundesland massive Dinge verändert haben, das werden wir ja alle deshalb noch in Erinnerung haben, weil wir mitbeschlossen haben: die Veränderung der Familienförderung, das Schulstartgeld, der Ausbau der sozialen Dienste, wenn ich hier an die Organisationen denke AVS, Kärntner Hilfswerk, Rotes Kreuz. (*Vorsitzender: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit beträgt noch eine Minute!*) Es sind alle diese Maßnahmen nicht ohne Geld geschehen, es hat das Land hier massiv mitgewirkt. Gestatten Sie mir aber, daß ich der SPÖ doch einen Hinweis gebe, daß durch einen Landtagsbeschluß das von der ÖVP und FPÖ beschlossene Familienförderungsgesetz durch einen neuerlichen Landtagsbeschluß Freiheitlicher und Sozialdemokraten den Kärntner sozialnotbedürftigen Familien ganz genau 210 Millionen Schilling gekostet haben.

Das heißt, wenn man hier heraus geht und eine

Verankerung der sozialen Rechte der Bürger ... (*Abg. Unterrieder: Die Redezeit ist aus! Was ist den los?!*) Wenn man heraus geht und eine Verankerung der sozialen Rechte der Bürger in der Verfassung fordert, darf man hier im Kärntner Landtag nicht gegen die Rechte der sozial Schwachen in unserem Bundesland stimmen. (*Vorsitzender: Die Redezeit ist beendet! - Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Arbeiter das Wort.*)

Abgeordneter **Arbeiter** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich werde mich jetzt hüten, zu den verschiedenen Wortmeldungen noch meine dazu abzugeben. Ich werde versuchen, ein paar sachliche Zahlen hier mit in die Diskussion zu bringen, um damit zu untermauern, wie wichtig und notwendig doch auch trotz der vielen Gegenredner dieses Unternehmen - wie ich dieses Volksbegehren bezeichnen möchte - ist. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Dann mußst unterschreiben gehen und uns nicht da aufhalten!*) Wenn ich in die Protokolle schaue, lieber Herr Kollege Gallo, bist du ja der absolute Protokollredner und gibst deinen Senf zu allen Tagesordnungspunkten dazu. Bei einigen kennst dich ganz sicher aus, bei allen würde ich das allerdings ein bißchen anzweifeln. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das steht nicht zur Debatte!*) Ich würde dir raten, statistische Unterlagen auch einmal anzuschauen, dann könntest sie bei den Rufen in den nächsten Reden auch verwenden und dann könnte man auch sachlich über diese Dinge diskutieren.

Was ist den Österreichern wichtig ohne sie parteipolitisch anzuschauen und zu durchleuchten? Es hat eine der letzten Untersuchungen - ich nehme an, Kollege Gallo, daß du die kennst, weil du ja sowieso alles kennst, wie ich immer wieder höre - folgendes Ergebnis gegeben. Wichtig ist den Österreichern die innere Sicherheit mit 47 Prozent, ein ausgeglichener Staatshaushalt interessanterweise nur mit 18 Prozent, Aufrechterhaltung unseres Gesundheitswesens mit 77 Prozent, Stärkung der Landesverteidigung mit minimal zehn Prozent, Förderung von Schulwesen und Forschung 57 Prozent, und die

Arbeiter

Sicherung der Pensionen - über die interessanterweise diskutiert wird - 70 Prozent, wobei die Pensionisten über 81 Prozent natürlich dieses Thema als sehr wichtig halten.

Und weil man sehr wehleidig jetzt über das Volksbegehren diskutiert, sollte man sich auch einmal die Unterlagen anschauen, wie in anderen EU-Ländern die sozialen Grundrechte verankert sind. Und zwar untersucht wurden: Recht auf Arbeit, Recht auf Bildung und Ausbildung, Recht auf Wohnung, Recht auf Gesundheit, Recht auf soziale Sicherheit - ein wesentliches Thema heute, aber auch die anderen Dinge -, Recht auf Kultur - interessanterweise auch mitverankert - und Recht auf eine gesunde Umwelt. Wenn ich jetzt das Recht auf Arbeit anschau, sind diese Grundrechte verfassungsmäßig verankert in Belgien, Dänemark, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Holland, Portugal, Finnland, Schweden. (*Zwischenruf von Abg. Kreuzer*) Wenn ich mir die Rechte der sozialen Sicherheit anschau - die Verankerung in der Verfassung, wenn ich davon rede, Frau Kollegin, auch hier in Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Holland, Portugal, Finnland ... Alle anderen wesentlichen Punkte, die im sozialen Volksbegehren drinnen sind - Schutz der Mieter, Familien, Behinderte, Kinder, Alter, usw. - könnte ich Ihnen auch - wenn Sie wollen - gerne die anderen EU-Länder hier einmal zur Kenntnis bringen. Ich glaube, Österreich war immer stolz auf seine Verfassung, weil die Grundrechte des Bürgers in der Verfassung verankert sind und Gott sei Dank noch waren und sind. Und ich sehe überhaupt keinen Grund, warum man da heute doch verhältnismäßig sehr wehleidig gegen dieses Volksbegehren auftritt. Auch wenn die Spitzenfunktionäre der FPÖ und ÖVP zwar bei Veranstaltungen in Wien - weil man heute Gusenbauer schon mehrmals genannt hat auch Schüssel und andere natürlich auch die verantwortlichen FPÖ-Leute - dort eigentlich anders formulieren und im Grunde genommen nichts gegen das Volksbegehren haben. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Haben wir eh nicht!*) Und wenn man weiß ... (*1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Gegen ein Nichts kann man nichts haben!*) Wenn man, weiß nichts, wortwörtlich nichts, über mehrere Presseaussendungen anschaut, verstehe ich die wehleidige Formulie-

rungen einiger Abgeordneten heute hier in diesem Hohen Haus nicht.

Umgekehrt hört man ständig die Argumentation „fleißig, anständig, tüchtig“, und die Fleißigen, Anständigen und Tüchtigen werden in diesem Volksbegehren unterstützt, weil das sind die Arbeitnehmer, die in Österreich arbeiten. Die machen dieses Volksbegehren erst richtig sinnvoll. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Es liegt keine weitere Wortmeldung zur Dringlichkeit mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wie Sie wissen, ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Handzeichen! - Das ist einstimmig so beschlossen! Wir kommen zur materiellen Behandlung. Es liegt dazu ebenfalls keine Wortmeldung vor. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Inhalt des Antrages. Ich darf ebenfalls die Abgeordneten ersuchen, die Abstimmung vorzunehmen. Wer damit einverstanden ist: bitte um ein Handzeichen! - Das ist nicht die Mehrheit! (*Lärm im Hause*) Die Sozialdemokraten stimmten dafür, FPÖ und ÖVP stimmten nicht mit. Ich weise den Antrag dem Sozialausschuß zu.

(*Anm.: siehe Wortmeldung 2. Präs. Ferlitsch!*)

Bitte, Herr Schriftführer!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

2. Ldtgs.Zl. 580/1/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend nachhaltige Sicherung des Sozialstaates in Österreich mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, daß der eingeschlagene Weg der nachhaltigen Sicherung und des gezielten Ausbaues des sozialen Netzes in Österreich fortgesetzt wird.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Ich darf etwas nachholen: Selbstverständlich ist es so, daß dieser Antrag keinem Ausschuß zugewiesen wurde. Er fand nicht die Mehrheit, und damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Zur Begründung der Dringlichkeit des eben vortragenen Dringlichkeitsantrages hat sich Frau Abgeordnete Warmuth gemeldet. Ich darf ihr das Wort erteilen!

Abgeordnete **Warmuth** (FPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Die Freiheitlichen bekennen sich dazu, daß es zu einer Weiterentwicklung unseres Sozialstaates kommen muß. Österreichs Sozialpolitik liegt im Ergebnis zu jenen Staaten, die das Sozialstaatsprinzip in der Verfassung verankert haben - wie beispielsweise Spanien und Portugal 20 %, 22 % gegenüber Österreich - mit 30 % überdurchschnittlich gut. Erfreulich ist auch, daß die EU die gezielte Armutsbekämpfung lobt.

Wir haben hier ein einzigartiges Familienförderungssystem. In Kärnten haben wir hier eine Vorreiterrolle. Waren es im Jahr 2000 noch 313 Millionen Schilling, sind im Jahr 2002 1,5 Milliarden Schilling für die Familien vorgesehen, inklusive dem Bundeskindergeld.

Es kommt aber auch auf Bundesebene zu einer Erhöhung der Familienbeihilfe, und auch das Pflegegeld gilt ab der Geburt des Kindes. Zudem stieg die Frauenbeschäftigung in Österreich um zusätzliche 50.000 Arbeitsplätze. Tatsache ist, daß jeder vierte Schilling in Österreich für das Sozialsystem eingesetzt wird. Das bedeutet, daß dieses Volksbegehren reine Schlagworte beinhaltet, keine Garantie für soziale Sicherheit bietet. Ich zitiere aus einer Kärntner Tageszeitung vom 30. März, mit der Überschrift „Wird die Verfassung zum Spielball der Politik“: „Das Sozialvolksbegehren wird weder die Politik ändern noch besondere Rechte begründen. Staatsziele sind ehrenhaft, aber unwirksam. Sozialpolitik kann nicht auf die Höchststrichter abgeschoben werden.“ Dieser Meinung sind wir auch.

Auch zum Thema „Chancengleichheit“ des Volksbegehrens ist bereits im Artikel 7 unserer

Verfassung das klar definiert. Ich zitiere: „Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, keine Vorrechte durch Geburt, Geschlecht, Stand, Klasse oder Bekenntnis, und niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ und, als letzten Punkt, „die Gleichstellung von Frau und Mann.“ (*Den Vorsitz hat um 13.19 Uhr 3. Präs. Mitterer übernommen.*)

Ich erinnere mich - ich gehe hier mit Kollegin Scheucher konform - an das Frauenvolksbegehren im Jahre 1997, in einer Ära mit einem sozialistischen Bundeskanzler und einer SPÖ-Frauenministerin. Elf frauenrelevante Forderungen wurden aufgestellt. 644.000 Menschen österreichweit haben dieses Volksbegehren unterzeichnet. Nur, was ist passiert? - Keine einzige Forderung wurde von der sozialdemokratischen Regierung umgesetzt! Und jetzt frage ich: (*Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!*) Wo bleibt hier die Glaubwürdigkeit von jenen Politikern, die jetzt ein Volksbegehren forcieren?! Ich bin der Meinung, daß unsere künftigen Ziele sein müssen: die Vollbeschäftigung als Fundament für die Finanzierung der Sozialleistungen, die Sicherung von Pensionen und Pflege für die Senioren, die weitere Unterstützung der Familien, ein funktionierendes Gesundheitssystem und Hilfestellung für Menschen, die aus eigener Kraft sich nicht helfen können.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Freiheitlichen stehen für eine Politik mit Herz. Ich ersuche Sie, mit uns diesen Weg „Politik mit Herz“ weiterzugehen! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Die Redezeit wurde genau eingehalten! Es liegt mir zur Dringlichkeit keine Wortmeldung mehr vor. Ich bitte die Abgeordneten, die Plätze einzunehmen und lasse über die Dringlichkeit abstimmen. Wer diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand! - Das ist die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Es hat nur die SPÖ dagegen gestimmt. Es liegt mir zum Antrag selbst keine Wortmeldung vor. Ich lasse über den Antrag selbst abstimmen. Wer dem zustimmt: bitte um ein Zeichen mit der Hand! - Das ist mit Mehrheit von Freiheitlichen und Volkspartei angenommen.

Mitterer

Ich bitte um die Verlesung des weiteren Einlaufes!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

3. Ldtgs.Zl. 580-3/28:**Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend soziale Sicherheit** mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu erreichen, daß von dieser weiterhin alles unternommen wird, um durch zielgerechte und ausgewogene Reformen die Finanzierbarkeit des österreichischen Sozialsystems sicherzustellen und das Bestehen des Solidarsystems den aktuellen Anforderungen entsprechend weiterzuentwickeln. Dabei muß vor allem ein besonderes Augenmerk auf die langfristige Finanzierbarkeit der Pensionen, die Leistungsfähigkeit des Kranken- und Unfallversicherungssystems, der Arbeitslosenversicherung sowie der Sozialhilfe gelegt werden.

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Klubobmann Dr. Wutte gemeldet. Ich darf ihm das Wort erteilen!

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Danke! Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, man sollte eher versuchen, auch in der Sozialpolitik Nägel mit Köpfen zu machen, konkrete Leistungen zu erbringen - anstatt, würde ich sagen, eine Augenauswischerei zu betreiben und „No-na-Anträge“ zu formulieren, gegen die zwar nichts spricht, außer der Sinnhaftigkeit und daß es überhaupt hilfreich wäre, das in der Verfassung zu verankern. Denn wenn wir alles, was wir für gut und wichtig in unserem Leben erachten, in die Verfassung hineinschreiben wollen, dann begehen wir zweierlei: erstens eine Überfrachtung der Verfassung. Es gäbe genug andere „No-na-Themen“: niedrige Steuern als Staats-

zielbestimmung wäre etwas ganz Tolles; eine minimale Abgabenquote wäre etwas ganz Tolles; ein Nulldefizit, vorgeschlagen vom SPÖ-Vorsitzenden Gusenbauer, wäre etwas ganz Tolles. Als man gesagt hat: „Das wäre gescheit.“, hat er genau die gegenteilige Position bezogen. Er hat es dann eh nicht gesagt, weil es offenbar doch zu gescheit gewesen ist. (*Zwischenruf des Abg. Unterrieder*) Nein, wirklich! Gusenbauer schafft uns ja oder euch das Problem, daß wir uns da überhaupt mit dem beschäftigen müssen: Recht auf Arbeit, auf Freizeit, vielleicht auch das Recht auf Leistung und auf freie Entfaltung. Ökologie. Ökosozial ist vielleicht auch eine Begriffsorientierung und eine Werthaltung, die es verdient, in einer Verfassung abgesichert und verankert zu sein.

Nur, eines müssen wir uns bewußt sein, meine Damen und Herren! Was ist das Wesen einer Verfassung, und was soll sie im wesentlichen dokumentieren und ausdrücken? - Unsere Bundesverfassung war von Anfang an von einem Geist getragen - das war zu Beginn unserer Staatswerdung (1918 bis 1920) -, der sich im wesentlichen darauf beschränkt hat, Grund- und Freiheitsrechte niederzuschreiben, nämlich vor allem auch, daß darin die Spielregeln einer Demokratie festgehalten werden, die Grundelemente der Gesellschaft und des Zusammenwirkens und daß die wesentliche Ausprägung der Wertvorstellungen über die einfache gesetzliche Umsetzung der konkreten Politik gemacht wird.

So verstehen wir das und auch unseren Antrag als Unterstützung und als Ermutigung der Bundesregierung, in diesem Prozeß fortzufahren und diesen Prozeß auch zu verstärken, nämlich nicht nur die Trauben hochzuhängen und sie schön abzubilden und dann vielleicht in die Verfassung zu stellen, sondern eben auch den Menschen die Leiter zu geben, jene Trauben zu erreichen, um die es geht. Und das geht nur mit aktiver und konkreter Sozialpolitik. Das heißt, wir müssen das auch für Generationen sicherstellen. Das, was Sie teilweise betreiben als Sozialpolitik, ist eine Sozialpolitik der verbrannten Erde. Alles, was es schon gibt, einmal total absichern und in jeder Hinsicht verfestigen und versteinern - ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß eigentlich eine Generation später oder andere Personen, die heute noch nicht in das soziale

Dr. Wutte

Fangnetz fallen können, vielleicht mehr Berücksichtigung finden sollten als jene, die vielleicht heute schon zu Unrecht in irgendeinem System sich festkrallen und aus dem nicht mehr entlassen werden sollen. Wir müssen schon ein bißchen mit einem anderen Augenmaß und Zugang an die Sache herangehen. (*Zwischenruf des Abg. Schlagholz*)

Ein ständiger Reformprozeß wird notwendig sein, damit wir den Sozialstaat langfristig überhaupt absichern können, Kollege Schlagholz. Das ist der Punkt: Ihr verschließt ja die Augen vor der Realität (*Lärm von der SPÖ-Fraktion*) und träumt von den „heißen Eislutschern“. Aber die Leute sind nicht so dumm, daß sie das nicht durchschauen, daß sie dieses System und diese Gedankengänge, die ihr hier vertreten, nicht durchschauen. (*Abg. Unterrieder: Die ÖVP Sozialpolitik war noch nie berühmt!*)

Wenn ich mir den Antrag anschau, den ihr eingebracht habt: Da fehlt etwas! (*Abg. Unterrieder: Die ÖVP war Abcasher - nicht Sozialpolitik. Sie sind unglaublich! - Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!*) Herr Präsident! Herr Präsident, du kannst als Gewerkschaftsbundobmann ja alles machen - aber das Volksbegehren dann als überparteilich da darzustellen, das ist ja wohl die größte Scheinheiligkeit, die ich jemals gesehen habe. Macht es als ÖGB, dann werdet ihr eh sehen, wie weit das geht! Ich sage euch offen: Das ist, den Leuten Sand in die Augen streuen. Sinnvoller ist es jedenfalls, die aktive Arbeit der Bundesregierung auch in der Sozialpolitik nachhaltig zu unterstützen! (*Lärm in der SPÖ-Fraktion. - Beifall von der ÖVP-Fraktion. - Zwischenruf des Abg. Unterrieder. - Abg. Dr. Wutte: Tu dich nicht künstlich aufregen!*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort.*)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Wenn man sich die letzten Minuten oder Stunden vergegenwärtigt, so sind zwei Vorgangsweisen, ich möchte fast sagen, zwei Denkweisen, die hier auch zur Abstimmung stehen: auf der einen Seite ein sogenanntes Volksbegehren, auf

der anderen Seite eine im Parlamentarismus verankerte Sicherung und auch Weiterentwicklung des sozialen Netzes in Österreich.

Ich sage ganz offen: Das Volksbegehren kann unterschreiben, wer es will. Das ist jedermanns Recht als Bürger - nur wehre ich mich dagegen, daß hier sehr viel von „Unabhängigkeit der Proponenten“ gesprochen worden ist. Denn wenn es so wäre, hätten plötzlich die Unabhängigen in allen Landesparlamenten und im Parlament in Wien ganz satte Mehrheiten. Ich glaube, die Proponenten sind in erster Linie unabhängig, aber von denen, die sie vorgeben, zu vertreten oder von ihren Mitgliedern. Und da schließe ich auch die Evangelische Kirche gleich mit ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ! Sie beweisen ja durch Ihren Antrag eigentlich sehr augenscheinlich, daß es tatsächlich ein parteipolitisch motiviertes Volksbegehren ist, denn einerseits haben Sie, ziemlich wortident, den Text des Volksbegehrens in Ihrem Antrag gehabt - aber Sie arbeiten auch gegen das Volksbegehren in einer anderen Hinsicht und auch gegen die eigene Sozial- und Regierungspolitik von 1945 bis 2000! Denn wer hat Sie daran gehindert, all das, was jetzt in dem Volksbegehren mitgefordert wird, bereits umzusetzen oder zu beschließen?! (*Abg. Arbeiter: Euer Partner, die ÖVP!*) Bitte? Ja? Und da kann aber ich, bitteschön, nichts dafür.

Insofern sehe ich in diesem Volksbegehren einen horrenden Mißtrauensantrag auch zur bisherigen Politik der SPÖ im Bund und auch in den Ländern. Wir sind, wie gesagt, für Reformen. Nur wird den Menschen im Volksbegehren etwas vorgegaukelt, das es nicht gibt. Einerseits ist dieses Horrorszenario nicht vorhanden, andererseits wird dadurch kein Schilling mehr den Menschen zur Verfügung gestellt. Es gibt die Beispiele im internationalen Vergleich.

Weil Kollege Arbeiter mich aufmerksam gemacht hat, ihm zuzuhören: Jetzt habe ich ihm sehr genau zugehört und mich kundig gemacht. Beispielsweise nenne ich Portugal und Spanien, Staaten, die von den Befürwortern des Volksbegehrens als „die Musterländer“ dargestellt werden. Jedenfalls ist es so, daß die Menschen dort wenig davon haben, denn der Anteil für Sozialausgaben an der Wirtschaftsleistung beträgt in

Dipl.-Ing. Gallo

diesen Ländern 22 oder 20 %, in Österreich bereits jetzt rund 30 %. Auch ist in den EU-Ländern, die bisher bereits in irgendeiner Form in der Verfassung ein „Recht auf Arbeit“ festgeschrieben haben, die Arbeitslosigkeit wesentlich höher als in Österreich. Also, was soll das Ganze?!

Auch das, was im Volksbegehrenstext oder in den Begleiterscheinungen zitiert wird - nämlich eine EU-Studie -, räumt ein, daß es zur sozialen Grundsicherung nicht der verfassungsrechtlichen Verankerung bedarf.

Ich möchte daher festhalten: Österreich ist und bleibt ein Sozialstaat, wie es kaum einen anderen in Europa gibt. Was wir haben, ist nur eine zu hohe Steuerquote. Daher ist hier der Hebel anzusetzen. Niemand rüttelt an der staatlichen Krankenversicherung oder an der Pensionsvorsorge, sondern wir gehen den Weg konsequent weiter, daß wir dieses soziale Netz, das hier vorhanden ist, weiterentwickeln und dauerhaft absichern. Das ist der richtige Weg, wie er dem Parlamentarismus auch zusteht! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Es liegt mir keine Wortmeldung mehr zur Dringlichkeit vor. *(Abgeordneter Koncilia gibt in diesem Moment seine Wortmeldung ab.)* Herr Abgeordneter Koncilia - ich darf ihm das Wort erteilen!

Abgeordneter **Koncilia** (SPÖ):

Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die letzte Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Gallo hat mich eigentlich dazu veranlaßt, mich doch noch zu Wort zu melden. Er hat gemeint, daß die SPÖ eigentlich seit dem Jahr 1945 federführend war und warum eigentlich das Eine und das Andere nicht geschehen ist? Naja, ich meine es ist sehr viel geschehen, denn Österreich ist zweifelsohne in Europa und in der Welt beispielgebend in der Sozialpolitik. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Das aber nach wie vor Wünsche vorhanden sind, daß nach wie vor Verbesserungen notwendig und möglich sind, das hat diese Leute bewegt, dieses Volks-

begehren zu stellen. Und auch die Frau Abgeordnete Warmuth hat gesagt, es ist eine Weiterentwicklung - genau das ist es - eine Weiterentwicklung des guten Systems. Und daher, glaube ich, sollten wir das schon sagen, weil wir meinen, daß diese Weiterentwicklung gefährdet ist und es Leute gibt - und das wird von der SPÖ unterstützt - die das einfach als gefährdet ansehen und man meint, man sollte das in der Verfassung verfestigen.

Und zur Pensionsvorsorge. Wissen Sie, ich habe da immer ein bißchen Bedenken aus meiner beruflichen Praxis. Es wäre an und für sich nichts dagegen einzuwenden, wenn man sagt, durch das höhere Lebensalter können die Leute auch länger arbeiten. Grundsätzlich nicht falsch, denn wenn wir wissen, daß wir heute Frauen mit 45/50, Männer mit 50/55 nicht mehr unterbringen, dann frage ich mich, ob das sinnvoll ist. Denn, was geschieht denn in Wirklichkeit? Es mag schon sein, daß die Pensionszahlen etwas zurückgehen, aber es werden die Zahlen der Arbeitslosigkeit steigen. Und bitte, nicht zu vergessen! Nach einem bestimmten Zeitraum ist die Arbeitslosigkeit vorbei bzw. der Arbeitslosenbezug vorbei. Und dann gibt es die Notstandshilfe und dann wird das Familieneinkommen herangezogen. Und dann bekommen viele Menschen eben nichts mehr. Und wissen Sie was das bedeutet? Oder können Sie sich vorstellen was das psychologisch für eine Frau mit 45/50 oder einen Mann zwischen 45 und 60 bedeutet? Was das bedeutet, er wird nicht mehr gebraucht? Er wird nicht mehr untergebracht? Das sollten wir überlegen, wenn wir meinen, wir sollen die Pensionsfrage regeln. Wir sollten schon darüber nachdenken, aber zu einem Zeitpunkt wo wir die Menschen brauchen, zu einem Zeitpunkt wo wir die Menschen nicht psychisch krank machen. Und das ist die große Gefahr. Und daher, glaube ich, hat dieses Volksbegehren einen Sinn. Wir wollen, daß das was alle Österreicherinnen und Österreicher in den letzten 50 Jahren aufgebaut haben, erhalten werden und weiterentwickelt werden soll. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Kollmann das Wort.)

Abgeordneter **Kollmann** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es wurden jetzt von den Vorrednern sehr viele Zahlen genannt, die eigentlich die Vergangenheit betreffen und es wurde auch von vielen hier am Rednerpult festgestellt, daß die Steuerquote derzeit zu hoch ist und daß es hier einfach notwendig ist, diese zu reduzieren. Ich möchte vielleicht auch einige Punkte dazu sagen. Mitte der 90iger-Jahre setzt auch in Österreich eine Sparpolitik ein, wo Sozialleistungen gekürzt wurden die den Sozialstaat auch schwächten. Das muß man ganz offen auch miteingestehen. Nur dieser Kurs wurde mit dieser blau-schwarzen Bundesregierung verstärkt. Das muß man ein- für allemal auch hier feststellen. Da helfen alle Dringlichkeitsanträge die hier gestellt werden nichts. *(Abg. Dr. Wutte: Wohl, wohl! Wohl, wohl!)* Nein, Kollege Dr. Wutte, eben nicht. *(Abg. Dr. Wutte: Wohl, wohl!)* Weil in den Krankenversicherungen wurden die Selbstbehalte erhöht, Kollege Wutte! *(Abg. Dr. Wutte: Wenn Ihr nicht mitspielt hilft uns das garnichts, da hast recht!)* In der Krankenversicherung wurden die Selbstbehalte erhöht! Die nachhaltige Finanzierung - und das wurde des öfteren hier schon festgestellt - ist eben die solidarische Finanzierung, daß der Gesunde etwas dazu beizutragen hätte, eben nicht der Kranke. Und hier wird genau das Umgekehrte getan. Und genauso bei den Leistungen in der Pensionsversicherung, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wissen, ... wir wissen, daß genau bei der ... *(1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Zwei Jahre länger der Edlinger, dann wäre alles pleite!)* nein, gerade umgekehrt! Ich werde die Zahlen, Herr Präsident Freunschlag, ich werde die Zahlen dann wirklich sagen müssen, wie das wirklich aussieht. Und zwar, wie schaut das wirklich aus? Im Jahr 2001 hat man dadurch, daß man die Pensionen nicht um die Inflationsrate erhöht hat, den Bundeszuschuß von 71 Milliarden Schilling um 4 Milliarden Schilling eingespart. *(1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Die Millionenschulden hätte der Edlinger zahlen müssen!)* Der ist zurückgegangen auf 67 Milliarden Schilling. Das bedeutet aber auch, daß gerade bei vielen Pensionisten damit auch die Kaufkraft gesenkt worden ist. Und damit haben wir eine höhere Arbeitslosigkeit - das was der Kollege Koncilia gesagt hat.

Wenn man die Anspruchsberechtigten von der Arbeitslosenversicherung, die der Kollege Koncilia auch angesprochen hat, hernimmt, dann weiß man ganz genau, daß auch hier Einsparungen drinnen sind. Wir wissen aber ganz genau, daß gerade im Bereich der Behinderten, mit der Besteuerung der Unfallrenten, auch hier Maßnahmen gesetzt wurden die wieder die Schwächsten treffen, nämlich die Beeinträchtigten, die schon ... *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Du kannst das nicht sagen. Du weißt ja genau, daß da eine Ungleichbehandlung ausgeschaltet worden ist!)* Gerade eben nicht! Gerade eben nicht! Weil es immer wieder die Behinderten sind, die am Arbeitsmarkt nicht vermittelt werden können, die am Arbeitsmarkt die höchste Arbeitslosenquote haben. Das wissen wir alle ganz genau und wir reden aber trotzdem heraußen wider besseren Wissen von etwas anderem.

Aber zum Schluß kommend. Ich glaube, daß wir wirklich in dieser Frage was die Finanzierung angeht, wenn man die Zahlen anschaut - und die sind hier drinnen im Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung - dann wissen wir, daß im Vergleich Bilanz 2000 und 2001 allein bei der Lohnsteuer um 16 Milliarden Schilling Neueinnahmen zu verzeichnen waren. Und wenn wir nur allein anschauen - um das nicht zu verringern - die Bruttogesamteinnahmen von 693 Milliarden Schilling im Jahr 2000 die auf 773 Milliarden Schilling gestiegen sind, um 12,7 Prozent! Das sind 80 Milliarden Schilling mehr und dann hier heraußen zu sagen, wir haben kein Geld, wir müssen etwas zurücknehmen, daß der Sozialstaat nicht finanziert werden kann. Wir können aber da heraußen, mit den 80 Milliarden Schilling, mit einer Erhöhung von 13 Prozent Mehreinnahmen von Steuern, *(Abg. Jost: Ein Haufen Schulden! Was ist mit den Schulden?!)* nicht hergehen und sagen, wir können uns die 4 Milliarden nicht leisten, daß über die Inflationsabgeltung der Pensionisten auch abgegolten werden könnten. Aus diesem Bereich sind keine Schulden zurückgezahlt worden, Kollege Jost! Das wissen Sie ganz genau, daß die Schulden mit anderen Mitteln zurückgezahlt worden sind, die aber auch uns und die Einnahmen für das nächste Jahr schmälern.

Das werden wir im Budget 2003 sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Uns wird eine Milliarde Schilling im Wohnbau in Kärnten

Kollmann

abgehen, weil einfach die Wohnbauförderung verkauft worden ist. In diesem Sinne bin ich nur traurig, daß unser Antrag und viele Anträge, die wirklich die Sozialleistungen betreffen, die wirklich die Armen von den Armen betroffen haben, keine Zustimmung von eurer Seite bekommen haben. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Es liegt keine Wortmeldung mehr zur Dringlichkeit vor. Ich ersuche, die Plätze einzunehmen! - Wer diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Es liegt mir zum Antrag selbst keine Wortmeldung vor. Ich lasse über den Inhalt abstimmen. Wer dem die Zustimmung die erteilt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist ebenfalls die Mehrheit und damit ist dieser Antrag von den Freiheitlichen und der ÖVP beschlossen.

Wir kommen zur Verlesung des weiteren Einlaufs.

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

4. Ldtgs.Zl. 584-1/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu erreichen, daß eine Zustimmung Österreichs zu den endgültigen Ergebnissen der Erweiterungsverhandlungen mit den EU-Beitrittskandidaten nur dann erfolgt, wenn für den alpenländischen Transitverkehr eine nachhaltige "europäische Lösung" gefunden wird, durch welche eine nachhaltige Reduktion der Schadstoffemissionen im Straßenverkehr in und durch Österreich gesichert wird.

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Schwager zur Begründung der Dringlichkeit das Wort.)

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Präsident! Wir sind bei einem weiteren ernster politischer Angelegenheiten für unser Bundesland aber auch für ganz Österreich, weil - wie Sie alle wissen - haben vor kurzem, am 26.3. dieses Jahres die EU-Verkehrsminister getagt und dabei ist mehr oder weniger zu Tage gekommen, daß man diesen Transitvertrag wie er bereits noch besteht, mit seiner Deckelung von 108 Prozent und mit der Ökopunktregelung keine Mehrheit - voraussichtlich muß man sagen - in der EU finden wird, weil vor allem die starken Länder in der EU und vor allem auch unsere Nachbarn Italien und Deutschland das nicht haben wollen - sie wollen die freie Durchfahrt ihrer LKW durch Österreich haben - und natürlich auch die Gefahr bei einer EU-Osterweiterung auch von Ost nach West oder Süd/West besteht, verstärkt die Durchfahrt der neuen Beitrittsländer durch unser Bundesland zu haben. Das kann so nicht ungeschützt und ohne einen weiteren Vertrag oder weitere Beschlüsse der zuständigen EU-Stellen erfolgen. Leider muß halt festgestellt werden, daß sich die österreichischen Parlamentarier im EU-Parlament auch nicht durchgesetzt haben und eine für Österreich günstige Lösung auch im EU-Parlament keine Mehrheit gefunden hat. Das hat natürlich vor allem die betroffenen Länder Tirol, Salzburg und auch in Kärnten soll das so sein, veranlaßt, einmal gemeinsam Besprechungen zu führen. Der Landtag des Bundeslandes Salzburg hat sich ja schon damit befaßt und in einem Dringlichkeitsantrag unter Punkt 2 festgestellt: Der Salzburger Landtag ersucht seinen Präsidenten, zu einer gemeinsamen Konferenz der Landtage Salzburg, Tirol, Kärnten einzuladen, um in einem aktiven Austausch die Standpunkte zu akkordieren und eine weitere Strategie abzustimmen. Und ich glaube wir Kärntner sollen verstärkt unseren Verkehrsminister, der ebenfalls ein Kärntner ist, in dieser Sache unterstützen und auf das zurückgreifen, was zu diesem Thema der damalige Außenminister und jetzige Bundeskanzler Dr. Schüssel damals bereits gesagt hat. Erklärung Österreichs zum Kapitel 9 der Verkehrspolitik - also vor den EU-Verantwortlichen hat er gesagt, genau zitiert aus dem Protokoll: "Österreich betont nachdrücklich im Kontext einer erweiterten Union dem Ziel

Schwager

nachhaltiger Senkung der von Lastkraftwagen verursachten Schadstoffemissionen verpflichtet zu sein. Aus diesen Gründen muß auch eine Lösung hinsichtlich der nachhaltigen Reduktion der Schadstoffemissionen im Straßenverkehr in und durch Österreich gefunden werden. Österreichs Zustimmung zu dem endgültigen Ergebnis der Erweiterungsverhandlungen wird von einer zufriedenstellenden Lösung im Bezug auf Erreichung des oben erwähnten Zieles abhängen".

Dahin zielt auch unser Antrag und ich glaube, wir Kärntner sollen in dieser sehr heiklen und für unser Land, die wir so betroffen sind, sehr wichtigen Frage im Gleichklang sein. Deshalb bitte ich Sie, diesem Dringlichkeitsantrag, den wir da verfaßt haben, die Zustimmung zu geben, der genau oder in etwa das aussagt, was bereits auch unser Bundeskanzler vor EU-Vertretern gesagt hat. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Ramsbacher zur Dringlichkeit das Wort.)

Abgeordneter **Ramsbacher** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Die Transitproblematik ist sicherlich gerade für uns Kärntner auch eine besondere Problematik und ich muß leider feststellen, daß in diesem Antrag nur von Schadstoffemissionen im Straßenverkehr in und durch Österreich gesprochen wird. Ich hätte dazu aber noch weitere 7 Punkte die insbesondere wichtig wären, gerade bei den Verhandlungen miteinzubauen. 1. Daß wir - wie wir im Landtag schon beschlossen haben - ein multifunktionales Lärm- und Geschwindigkeitssystem an der A10, zum Beispiel wo wir besonders darunter leiden, eingebaut wird. 2. Daß die Gefahrgüterkontrollstelle so schnell wie möglich, eben auch für LKW und Omnibusse vom Süden her, installiert wird. 3. Daß die Abgasnormen nicht nur nach dem derzeitigen System, sondern auch für den Feinstaub, gerade bei Dieselmotoren, *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ja, und Traktoren!)* – Traktore dürfen auf der A10 leider nicht fahren, Herr Gallo, wissen Sie das vielleicht oder nicht? Dazu gibt es eine sehr gute Dokumentation von der Mag. Tanja Tschuk in der Zeitung "Ganze Woche". Und auch da ist Kärnten zitiert. Nicht nur Tirol und Salzburg leiden unter dem Transit, denn in Kärnten geht

es dazu auch noch um den Lärm. Wir haben Untersuchungen gerade an der A10, daß es vor allem auch um die Lärmemissionen geht und nicht nur um Schadstoffemissionen. Und 4.: Gerade deshalb ist es wichtig, auch die Lärmemission bei den Verhandlungen miteinzubeziehen. 5. Geht es weiters generell um die regionale Flächensicherung. Wie wir wissen, haben die Salzburger 45 Dezibel bereits bei der Raumordnung in der Nähe von Transitstrecken drinnen. Wir in Kärnten haben das nicht.

Und das Sechste, das Wichtigste ist, daß wir als sensible Zone anerkannt werden in den Alpen. Wenn wir nämlich die sensible Zone als Anerkennung haben, dann haben wir auch Verkehrsbeschränkungen und auch das Recht Verkehrsbeschränkungen zu verlangen, aber erst wenn wir auch tatsächlich als sensible Zone anerkannt werden. Und das ist auch vom Transitforum, vom Gurgiser, auch vom - wie heißt er jetzt - Halleiner Bürgermeister Dr. Christian Stöckl, der ebenfalls auch im Transitforum drinnen sitzt, eine der wichtigsten Forderungen. Das ist auch entscheidend. Und noch dazu darf ich auch Verkehrsminister Mathias Reichhold zitieren, auch in der "Ganzen Woche": "154 Züge könnten zusätzlich geführt werden, die man nicht ausnützt". Und er beklagt sich, zum Beispiel, daß in Brüssel viele Verkehrsminister nicht einmal wußten, daß unsere ÖBB viel mehr Verkehr aufnehmen könnte. Die Deutschen haben anscheinend die Züge nicht; in Italien hat man Angst vorm Streik bei der Bahn und deswegen funktioniert das nicht.

Auch das ist ein Thema, das wir mitbehandelt haben wollen. Deshalb ist es nicht sinnvoll, mit einem Dringlichkeitsantrag das jetzt zu beschließen, sondern im Ausschuß drüber zu reden, was wir als Kärntner noch hinein verpacken können, um hier ein entsprechendes Verhandlungsmandat zu haben, um dann auch eine entsprechende Lösung - sage ich - gerade vor dem Bau der zweiten Tunnelröhre auch entsprechend abgesichert im angebotenen Generationenvertrag zu bekommen.

Deshalb werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen, aber im Ausschuß dann sachlich behandeln, so daß was Gescheites dann herauskommt, was für Kärnten entscheidend ist und nicht nur einem Wald- und Wiesenantrag - so

Ramsbacher

wie er derzeit formuliert ist - die Zustimmung geben. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Hans, ich bin enttäuscht!*) Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion - 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Du bist Agrarier und magst weder Wald noch Wiese! Das werde ich in der Kammer sagen!*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Koncilia das Wort.*)

Abgeordneter **Koncilia** (SPÖ):

Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Gewisse Dinge funktionieren schon, gell Kollege Schwager! Du hast das heute dokumentiert, indem du heute gesagt hast "unser Bundeskanzler hat es schon gesagt". A so, auf oberster Basis paßt es schon wieder.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich meine also, daß dieser Antrag ... (*Abg. Lutschounig: Konce, es ist auch dein Kanzler! - Heiterkeit beim Abgeordneten Koncilia.*) Den habe ich mir nicht aussuchen können. (*Heiterkeit im Hause*)

Transitverkehr ist zweifelsohne ein Thema, das gerade uns Kärntner sehr interessiert und sehr belastet - würde ich sagen - und daher ein sehr ernst zu nehmender Antrag. Ich meine nur und das hat der Kollege Schwager auch gemeint und das hat der Herr Präsident Freunschlag heute in der Obmännerkonferenz gesagt, daß es am 12. oder 19. Juni ein gemeinsames Gespräch geben soll zwischen den Vertretern der Bundesländer Salzburg, Tirol und Kärnten, wobei auch das Präsidium und der Verkehrsausschuß daran teilnehmen sollen. Ich glaube, das ist ein sehr wesentlicher Punkt. Und ich meine, dort werden sicherlich Dinge besprochen werden, die eben im gemeinsamen Interesse aller drei Bundesländer liegen. Daher glaube ich, daß es sinnvoll ist, daß wir diese Frage im Ausschuß behandeln. Also das Thema ist in Ordnung, das ist keine Frage. Aber ich glaube es ist sinnvoll, daß wir das Thema im Ausschuß behandeln. Daher bitte ich um Verständnis dafür, daß wir heute der Dringlichkeit keine Zustimmung geben, weil wir einfach im Ausschuß darüber reden wollen.

Und zum zweiten: Etwas möchte ich schon auch kritisch bemerken. Wir reden eigentlich alle immer mehr von einem gemeinsamen Europa.

Ich persönlich vertrete die Auffassung, es wird solange kein gemeinsames Europa im Herzen geben, solange nicht jeder Einzelne bereit ist Europäer zu sein. Und wenn wir dann in diesem Antrag wieder lesen, daß das junktimiert wird mit Erweiterungsverhandlungen EU-Beitritt, dann muß ich sagen: einmal ist es Temelin und dann ist es der Transit. So sollten wir das - glaube ich - nicht machen. Wir sollten uns echt der Sache Transit annehmen. Das ist für unsere Bundesländer wichtig. Aber nicht immer junktimieren mit Beitrittsverhandlungen in Europa. Das ist meiner Ansicht nach nicht sehr fair. Daher noch einmal: Das Thema ist für uns genauso wichtig. Es ist richtig, daß es auf die Tagesordnung kommt. Es gibt diese gemeinsame Konferenz der Bundesländer. Und wir sollten uns im Ausschuß wirklich damit beschäftigen, was wir in diesem Zusammenhang noch alles erreichen können oder versuchen zu erreichen.

Daher bitte ich noch einmal um Verständnis dafür, daß wir der Sache zwar zustimmen würden aber der Dringlichkeit eben nicht, weil wir diese Problematik eben in einem größeren Rahmen sehen wollen. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich lasse über die Dringlichkeit abstimmen. Wer dem die Dringlichkeit zuerkennt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand! Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Ich weise daher diesen Antrag dem Ausschuß für Bauwesen und Verkehr zu. Die ÖVP und die SPÖ hat dem Antrag die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Bevor die Verlesung des weiteren Einlaufes erfolgt, darf ich nur noch daran erinnern, daß im Anschluß die Konstituierung des Untersuchungsausschusses unter Vorsitz des Ersten Präsidenten im Kleinen Wappensaal stattfindet. (*1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Des ältesten Mitgliedes!*) Bitte? (*1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Des ältesten Mitgliedes!*) A so! Das älteste Mitglied wird dann den Vorsitz führen unter Beisein des Ersten Präsidenten.

Ich darf um die Verlesung des weiteren Einlaufes bitten!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

B. Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 459-4/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend ein kombiniertes Pflegeheim für Althofen mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, auf Grund des neuen Bedarfs- und Entwicklungsplanes in der Stadtgemeinde Althofen die Errichtung eines kombinierten Pflegeheimes zu ermöglichen, bei welchem auch einige Betten für Kurzzeit- und Übergangspflege vorzusehen sind.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

2. Ldtgs.Zl. 582-1/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Änderung des Großgeräteplanes zur Aufstellung eines ECT Gerätes für den Bezirk Spittal mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Strukturkommission ein Ersuchen um Änderung des Großgeräteplanes zur Aufnahme eines ECT-Gerätes (spectfähige Gammakamera) für die nuklearmedizinische Diagnostik im Bezirk Spittal zu richten.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

3. Ldtgs.Zl. 243-7/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Änderung des Kärntner Straßengesetzes 1991 - K-StrG mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Straßengesetz 1991 - K-StrG geändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Zuweisung: **Ausschuß für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten**

4. Ldtgs.Zl. 583-1/28:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Kinderbetreuungsgeld auch für Gemeindebedienstete mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, durch Vorlage einer entsprechenden Novelle zum Kärntner Mutterschutzlandesgesetz dafür Sorge zu tragen, daß durch eine Novellierung des Mutterschutzlandesgesetzes die geltenden Bundesbestimmungen betreffend Karenzgeld zur Gänze übernommen werden und damit auch Gemeindebedienstete ein Kinderbetreuungsgeld erhalten.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

C. Schriftliche Anfragen:

1. Ldtgs.Zl. 581-1/28:

Schriftliche Anfrage von Abgeordneten des SPÖ-Klubs an Landeshauptmann Dr. Jörg Haider

2. Ldtgs.Zl. 581-2/28:

Schriftliche Anfrage von Abgeordneten des SPÖ-Klubs an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Karl Pfeifenberger

3. Ldtgs.Zl. 581-3/28:

Schriftliche Anfrage von Abgeordneten des SPÖ-Klubs an Landesrat Georg Wurmitzer

Mag. Weiß

**4. Ldtgs.Zl. 581-4/28:
Schriftliche Anfrage von Abgeordneten
des SPÖ-Klubs an Landesrat
Gerhard Dörfler**

Vorsitzender Dritter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Mit der Verlesung des Einlaufes ist die Tagesordnung erledigt. Ich darf nun die Mitglieder des Untersuchungsausschusses in den Kleinen Wappensaal bitten und die heutige Sitzung schließen.

Ende der Sitzung: 13.55 Uhr